Nr. 289.

Erscheint täglich außer Montags. Preis pränumerando: Vierteljährlich 2,10 Mark, monatlich 0,70 Mk., wöchentlich 23 Pfg. frei in's Haus. Einzelne Nummer 5 Pfg. Sonntags-Nummer mit illustr. Sonntags-Beilage „Neue Welt" 10 Pfg. Post-Abonnement: 2,10 Mk. pro Quartal. Unter Kreuzband: Deutschland u. Oesterreich-Ungarn 2 Mk., für das übrige Ausland 3 Mk. pr. Monat. Eingetr. in der Post-Zeitungs-Preisliste für 1892 unter Nr. 6852.

Vorwärts
Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

9. Jahrg.

Insertions-Gebühr beträgt für die fünfgespaltene Petitzeile oder deren Raum 40 Pfg., für Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 20 Pfg. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr Nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 7 Uhr Abends, an Sonn- und Festtagen bis 9 Uhr Vormittags geöffnet.

Fernsprech-Anschluß Amt I. Nr. 4186.

Redaktion: SW. 19, Beuth-Straße 2. | Freitag, den 9. Dezember 1892. | Expedition: SW. 19, Beuth-Straße 3.

Cherchez le Juif!

Das „Suchet die Frau" — Cherchez la femme — der galanten Franzosen ist jetzt für eine große Zahl von Menschen, auf einige Zeit wenigstens, durch das Suchet den Juden — Cherchez le Juif — verdrängt. Sie suchen den Juden, sie schnüffeln nach dem Juden, sie stecken die Nase überall hin, um den Juden zu finden — und es geht ihnen, wie manchem Ehemann, der den Liebhaber seiner Frau sucht und mehrere findet — sie finden mehr Juden als sie gesucht haben und — als ihnen lieb sein kann.

Ob die Juden Pechvögel sind, das wissen wir nicht — der Schein spricht dagegen —, gewiß ist, daß alle Die Pechvögel sind, die mit den Juden sich zu schaffen gemacht und sich an ihnen vergangen haben. Es scheint fast, die Göttin der geschichtlichen Vergeltung, Frau Nemesis, habe das auserwählte Volk Gottes ganz besonders dazu auserwählt, um ihr Walten den mit Blindheit geschlagenen Menschen greifbar und fühlbar zum Verständniß zu bringen — um durch Anschauungsunterricht den sündhaft Dummen die Lehre einzuprägen, daß jede Abweichung von dem schlichten Wege des: „Wie Du mir, so ich Dir!" in Sümpfe und Abgründe führt und sich, wenn auch Anfangs Erfolg winkt, doch zu guterletzt stets bitter rächt. Auch im Mittelalter hieß es schon: Cherchez le Juif — Hepp! Hepp! Und Hunderte von Malen wurden die gesuchten Juden auch gefunden und entweder todtgeschlagen, wie tolle Hunde, oder bis auf die Haut ausgeplündert und ins Elend gejagt. Jeder ehrliche Erwerb wurde den Ueberlebenden verboten — sie durften kein Handwerk ausüben, kein Land besitzen — kurz, keine ehrliche Arbeit treiben. Jedoch leben wollten sie, sie thaten, was sie mußten — sie trieben, was man damals so nannte, unehrliche Arbeit: sie schacherten, sie wucherten, sie sammelten Schätze und wurden die Bahnbrecher und Vorläufer der modernen Bourgeoisie. Und siehe da, die Unterdrückten sind Weltherrscher geworden, ein gewichtiger Theil der weltbeherrschenden Bourgeoisie, die von dem gleichen Geiste erfüllt ist wie sie. Der Witz oder die Ironie der Geschichte hat die Dinge umgedreht, aus der Strafe eine Belohnung, aus den Verfolgern die Knechte, aus den Verfolgten die Herren gemacht.

Jetzt wiederholt sich die tragikomische Prozedur, freilich mit veränderter Form, und wohl mit schlimmeren Wirkungen für die Verfolger. Wieder hallt es in allen Ecken und Enden Hepp! Hepp! Sucht den Juden! Der Jude ist schuld an allem!

Fürst Bismarck, als Oberdemagog der agrarisch-schutzzöllnerischen Sippe, als Organisator und Generalfeldmarschall des Raubzugs gegen das Eigenthum des kleinen Mannes — er gab das Signal. Dem ausgebeuteten, ausgeplünderten kleinen Manne mußte ein Opfer hingeworfen werden, an dem er seinen Zorn ausließ, so daß der Schuldige frei ausgehen konnte. Der Jude ward hingeworfen! Der Antisemitismus sollte eine Stütze sein der kapitalistischen Gesellschaft und des Junker-, Pfaffen-, Polizei- und Soldatenstaats. Cherchez le Juif! Sucht den Juden! Spürt ihm nach bis in die geheimsten Winkel! Und Jude 'raus!

Der Antisemitismus grünte und blühte. Bismarck ist gefallen, aber sein Lieblingswerk, der Antisemitismus, ist geblieben — und der Antisemitismus, gehegt und gepflegt, ist auch unter Bismarck's Nachfolger gewachsen, gewachsen, so rasch gewachsen, daß er schließlich dem Staat über den Kopf zu wachsen droht.

Erst spät merkte die Regierung die Gefahr. Und nun war es zu spät. Sie wollte eindämmen, der Fluth Einhalt gebieten, allein die modernen Staatsmänner sind keine Hexenmeister und der Zauberlehrling kennt die rettende Formel nicht. Unsicher und ohne festen Plan ward vorgegangen. Mechanisch, aus alter eingewurzelter Gewohnheit griff man nach den alten Hausmitteln — der Staatsanwalt sollte helfen und die Polizei.

Und nun haben wir die unvermeidliche Bescherung. Die Polizei hat nur Oel ins Feuer gegossen, und der Staatsanwalt hat die Flamme nur angefacht, so daß sie jetzt lichterloh brennt, und die Hüter des Staates den so oft mit Unrecht erhobenen Ruf mit Recht ausstoßen könnten: Der Staat ist in Gefahr.

Ja, der Staat ist in Gefahr, und der blöde Hödur, der ihm einen Stoß ins Herz versetzt hat, er heißt Ahlwardt. Die Erbärmlichkeit der Person läßt die Bedeutsamkeit der Rolle, zu der ihn die Göttin der Geschichte in einer bizarren Laune sich ausersehen, um so schärfer hervortreten. Das kleinste Steinchen kann die gewaltigste Maschine zum Stillstand bringen.

Der Antisemitismus ist durch die Logik der Thatsachen beim Wort genommen und weit über sein eigenes Ziel hinausgetrieben worden in staatsfeindlichstes Katilinarierthum.

Er war reaktionär und ist revolutionär geworden. Gegründet von Reaktionären, zu Zwecken der Reaktion verrichtet er die Geschäfte der Revolution.

Cherchez le Juif! Sucht den Juden, sucht die Korruption! Der Antisemitismus hat den Juden gesucht, und er hat mehr gefunden — neben und hinter dem Juden — Andere, und immer wieder Andere. Er hat die Korruption gesucht, und er hat sie gefunden, mehr als ihm lieb war — er hat die jüdische Korruption gesucht, und er hat die allgemeine kapitalistische Korruption gefunden bis in den innersten Kern der Gesellschaft.

Verschließen wir nicht pharisäisch die Augen! Was da jetzt in Frankreich sich abrollt — dieser „unerhörte" Panama-Skandal, der unserer mordspatriotischen Tugend so erwünschtes Futter gab, er ist um kein Haar breit skandalöser als dieser Ahlwardt-Prozeß, der viel, viel Korruption enthüllt, und die Aussicht auf endlose Korruption eröffnet hat.

Man täusche sich nicht! Das Urtheil der Volksseele, die Anfangs an die „Judenflinten" nicht glaubte, ist durch den Prozeß erschüttert worden.

Militärische Geheimnisse sind durch „horrenden Vertrauensmißbrauch" verrathen, das Ansehen des Staats, des Reichs hat gelitten, das Interesse des Staats, des Reichs ist geschädigt, die Autorität der höchsten Behörden zu untergraben versucht worden, in einem Umfange, wie das niemals zuvor geschehen — und das nicht durch eine Partei des Umsturzes, sondern durch eine konservative, eine reaktionäre Partei par excellence, durch die lautesten und glühendsten Anbeter des Throns und des Altars.

Wie die Franzosen triumphiren! Wie sie der deutschen Heuchelei, die über den Panama-Skandal höhnt, den Ahlwardt-Prozeß ins Gesicht stoßen. Und wie sie wohlgefällig, mit grinsender Schadenfreude in dem Koth wühlen, den die antisemitischen Kloakenräumer da aufgethürmt haben. Wer kann's den Franzosen verargen?

Der preußische Staat und das deutsche Reich, sie haben den Schaden. Und wer den Schaden hat, braucht für den Spott nicht zu sorgen.

Wird Ahlwardt vor dem Berge der Korruption Halt machen, wie weiland Fusangel vor der Schienenflickerei? Hat er Verstand genug, die Konsequenzen zu erfassen und vor ihnen zu erschrecken?

Wie dem immer sei — ein Blick ist in den Abgrund gethan worden, und wir Alle haben gesehen, daß die Korruption, welche die Signatur der kapitalistischen Gesellschaft ist, auch den Staat nicht verschont, — daß der Kapitalismus die Stützen des Staates ebenso zu zerfressen sucht, wie die der Gesellschaft.

Und der erzreaktionäre Antisemitismus ist es, der auf der Suche nach Juden in den Abgrund geleuchtet und die Fäulniß erhellt hat.

Das Dichterwort hat sich wieder bewahrheitet — das Wort von „der Kraft,

die stets das Böse will
und stets das Gute schafft."

Ob der Herostrat von Friedrichsruhe sich des Unheils freuen wird, das „seine Leute" hier angestiftet? Ob er vielleicht die Hände in der Pastete gehabt? — —

Und was nun? Was werden „die Konsuln" thun, um das Vaterland zu retten?

Wir warten es ruhig ab.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 8. Dezember.

Zur Ahlwardt-Wahl. Der „Reichs-Anzeiger" meldet in seinem nichtamtlichen Theil:

„Der Minister des Innern hat dem Landrath des Friedeberger Kreises wegen der Unterzeichnung eines Wahlaufrufs für den Rektor Ahlwardt seine ernste Mißbilligung zu erkennen gegeben."

Wir würden dieses Verhalten des Ministers besser

Feuilleton.

(Nachdruck verboten.) [33

Bel-Ami.

Roman von Guy de Maupassant.

In vollen Zügen athmete Duroy die reine Luft ein, und plötzlich fühlte er sich von froher Hoffnung erfüllt und seine Brust weitete sich vor dem brausenden Nahen des Glücks.

Er wandte sich um. „Schöpfen Sie doch auch ein wenig frische Luft," sagte er. „Es ist so wunderschön draußen."

Sie kam ruhig heran und stützte sich neben ihm auf das Fensterbrett.

Da flüsterte er mit leiser Stimme: „Hören Sie und achten Sie wohl auf das, was ich sagen will. Zürnen Sie mir nicht, weil ich überhaupt in diesem Augenblick von solchen Dingen rede, aber übermorgen verlasse ich Sie, und wenn wir uns in Paris wiedersehen, ist es vielleicht zu spät. Also . . . Ich bin zwar nur ein armer Teufel, ohne einen Pfennig Geld und soll mir eine Stellung in der Welt noch erringen. Das wissen Sie so gut wie ich. Aber ich habe den festen Willen und wie ich glaube auch einigen Verstand dazu. Ich bin auf dem Wege zum Ziel, auf dem richtigen Wege. Bei einem Manne, der eine Stellung erreicht hat, weiß man, was man nimmt; bei einem Anfänger aber weiß man nie, wohin er es bringen wird. Um so schlimmer oder um so besser! Eines Tages habe ich Ihnen ja auch in Ihrer Wohnung schon gesagt, daß mein theuerster Traum es wäre, eine Frau wie Sie zu finden. Heute wiederhole ich Ihnen diesen Wunsch. Antworten Sie mir nicht. Lassen Sie mich fortfahren. Ich richte keine bestimmte Frage an Sie. Ort und Augenblick würden sehr wenig dazu passen. Nur das liegt mir am Herzen: Sie sollen wissen, daß Sie mich mit einem einzigen Worte beglücken können, daß Sie in mir einen brüderlichen Freund oder einen Gatten finden, wie Sie wünschen, wie Sie wollen, daß ich Ihnen mit Leib und Seele gehöre. Ich möchte von Ihnen jetzt nicht eine Antwort hören, ja nicht einmal hier weiter darüber sprechen. Wenn wir beide wieder in Paris sind, werden Sie mir Ihren Entschluß mittheilen. Bis dahin kein Wort weiter, wenn ich bitten darf."

Er hatte das alles hingesprochen, ohne sie anzublicken, als säte er seine Worte in die Nacht vor ihm. Und es schien, als hätte sie seine Reden nicht verstanden, so unbeweglich starrte sie in die bleiche, mondbeleuchtete Landschaft.

Lange blieben sie so Seite an Seite, Ellenbogen an Ellenbogen sinnend und schweigend stehen.

„Es wird ein wenig kalt," sagte sie schließlich, wandte sich um und kehrte ans Bett zurück. Er folgte ihr.

Sie schauten jetzt weniger den Todten an, sie hatten sich schon an den Gedanken gewöhnt. Sie sprachen nicht mehr und suchten den Schlaf von sich fernzuhalten, um, wie es sich gehörte, bei der Leiche zu wachen. Gegen Mitternacht aber schlief zuerst Duroy ein. Als er erwachte, sah er, daß Frau Forestier gleichfalls eingeschlafen war. Er machte es sich im Lehnstuhl bequemer, schloß von Neuem die Augen und brummte: „Alle Wetter auch! Im Bett ist man doch besser aufgehoben."

Ein plötzliches Geräusch ließ ihn auffahren. Die Wärterin trat ins Zimmer. Es war heller Tag. Die junge Frau im Lehnstuhl ihm gegenüber schien aber so überrascht wie er. Sie sah ein wenig blaß, aber doch so hübsch, so frisch, so graziös wie immer aus, trotz der im Lehnstuhl verbrachten Nacht.

Als Duroy aber auf den Leichnam blickte, rief er zitternd: „Oh, sein Bart! In wenigen Stunden war dieser Bart aus dem sich schon zersetzenden Fleisch so mächtig hervorgeschossen, wie sonst, als er noch lebte, in Tagen nicht.

Sprachlos blickten sie auf dies Leben, das sich über den Tod hinaus fortsetzte. Wie ein unheilvolles Wunder, wie die übernatürliche Drohung einer Auferstehung erschien es ihnen; vor einem jener fremden, ungewöhnlichen Dinge standen sie, die die Vernunft erschüttern.

Sie verließen alle beide das Zimmer, um sich bis elf Uhr auszuruhen. Dann legten sie Charles in den Sarg, und fanden nun Ruhe und Erleichterung wieder. Beim Essen saßen sie einander gegenüber und fühlten das Bedürfniß, von tröstlichen, heiteren Dingen zu reden, mit dem Tode abzuschließen und sich dem Leben wieder zu widmen.

Warme, süße Frühlingsluft drang in das weit geöffnete Fenster hinein und trug den Duft des Nelkenbeetes vor der Thür in's Zimmer.

Frau Forestier schlug Duroy einen Spaziergang im Garten vor und sie wandelten behaglich um den kleinen Rasenfleck und athmeten die wonnige vom Duft der Tannen und Eucalyptusbäume erfüllte Luft ein.

Und plötzlich begann sie zu reden, so wie er in der Nacht da oben, ohne ihr Gesicht ihm zuzuwenden. Mit leiser, ernster Stimme sprach sie langsam:

„Hören Sie, lieber Freund, ich habe bereits . . . über Ihren Vorschlag nachgedacht . . . und ich will Sie nicht

würdigen, wenn es auch bei Unterzeichnung anderer Wahlaufrufe durch den Landrath geübt würde. —

Gegen Ahlwardt's Wahl soll ein Protest wegen zahlreicher, im Kreise vorgekommener Unregelmäßigkeiten eingereicht werden. Bei der großen Majorität Ahlwardt's dürfte der Protest wenig Erfolg haben. —

Beim Reichstage ist eine Nachweisung der Rechnungs-Ergebnisse der Berufsgenossenschaften für 1891 eingegangen. —

Der Bau des neuen Reichstags-Gebäudes am Königsplatz ist bis auf Einzelheiten vollendet, und die beiden letzten Baujahre werden nunmehr von dem inneren Ausbau und der Einrichtung des Hauses in Anspruch genommen werden.

Die Reichstagsbau-Kommission, welche aus Mitgliedern des Bundesraths und des Reichstags besteht, hat in ihrer letzten Sitzung sich damit beschäftigt, die voraussichtlichen Kosten für den inneren Ausbau und die Einrichtung festzustellen.

Die Kosten für Mobiliar, Beleuchtungskörper, Gardinen und Vorhänge, Teppiche u. s. w. sind auf 1 275 000 M. veranschlagt, während der gesammte innere Ausbau, Decken, Fußböden, Treppen, Wandgetäfel, Malereien, Bildwerke, Statuen u. s. w. voraussichtlich einen Kostenaufwand von 6 450 000 M. erfordern wird.

Die Kosten des Reichstagsbaues werden ohne Berücksichtigung der Kosten des Grunderwerbes 21 000 000 M. betragen.

In der Kommission wurde allseitig betont, daß die Reichstagsbau-Verwaltung bei dem inneren Ausbau sich in den Grenzen der Kostenanschläge halten, und wenn irgend möglich eine Ueberschreitung der veranschlagten Summen vermeiden müsse. Bei der vorläufigen Besprechung über die Vertheilung der Arbeiten für den inneren Ausbau des Reichstags-Gebäudes wurde von dem Abg. Singer der Wunsch ausgesprochen, nicht immer nur sogenannte erste Firmen und die großen Möbel- und sonstigen Fabriken zu beschäftigen, sondern auch das Handwerk und Arbeitergenossenschaften durch Ertheilung von Aufträgen zu berücksichtigen.

Das von der Regierung so oft ausgesprochene Wohlwollen für Handwerk und Arbeiter könnte hierbei einmal zur Bethätigung gelangen, und es gäbe auch, abgesehen von den großen rein künstlerischen Aufgaben, bei dem inneren Ausbau des Reichstags-Gebäudes Gelegenheit genug, das Handwerk und Arbeitervereinigungen mit Aufträgen zu versehen.

Dieser Anregung wurde von keiner Seite der Kommission widersprochen, im Gegentheil, der Vorsitzende der Kommission, Staatsminister v. Bötticher, schloß sich dem Wunsche des Abgeordneten Singer an und stellte in seinem Schlußresumee namens der Kommission an die Reichstags-Bauverwaltung das eindringliche Verlangen, bei der Vergebung der Arbeiten für den inneren Ausbau des Reichstags-Gebäudes so weit als irgend möglich die von dem Abgeordneten Singer bezeichneten Kreise zu berücksichtigen. —

Freisinn für die Militärvorlage. Die „Freisinnigen" in Stuhm-Marienwerder haben beschlossen, bei der Stichwahl für den freikonservativen Kandidaten, Polizeidirektor Wessel, einzutreten, der erklärt hat, für die Militärvorlage einzutreten. Gleich den eingefleischtesten Chauvinisten ist ihnen gegen den „Polen" Donimirski jeder, auch der reaktionärste Kandidat willkommen. —

Zur Geschichte der Fortschrittspartei theilt die „Freisinnige Zeitung" gelegentlich des Todes von Werner Siemens mit, daß dieser mit zu den Begründern der Fortschrittspartei gehörte, die ihm auch diesen Namen verdankte. Siemens hatte der Parteibildung und der Berathung des Programms und Namens im Sommer 61 beigewohnt. Siemens selbst erzählt darüber:

„Die Mehrheit war geneigt, für den Namen „demokratische Partei" zu stimmen, während Schulze-Delitzsch sie „deutsche Partei" taufen wollte. Ich schlug vor, den Namen „Fortschrittspartei" zu wählen, da es mir angemessener schien, die Thätigkeitsrichtung als die Gesinnung durch den Parteinamen zu bezeichnen. Es wurde beschlossen, meinen Vorschlag mit dem von Schulze-Delitzsch zu vereinigen und die neue Partei „deutsche Fortschrittspartei" zu nennen."

Die Fortschrittspartei, welcher Johann Jacoby 1870 bereits den Beinamen „verschämte Nationalliberale" beilegte, hat gut gethan, im Jahre 1883 ihren Namen abzulegen, da ihre „Thätigkeitsrichtung" längst aufgehört hatte, eine fortschrittliche zu sein. —

Der Geschäftsliberalismus, der vor einigen Wochen triumphirend ankündigte, daß sämmtliche liberale Parteien in Bayern — auch die sogenannte Volkspartei — sich dahin geeinigt hätten, bei der kommenden Landtagswahl lieber einem Zentrumsmann die Stimme zu geben, als einem Sozialdemokraten, sind jetzt außer sich, weil die Rechnung ein Loch bekommen und nennen die Katholiken, welche da sagen, es könne unter Umständen vortheilhafter sein, für einen Sozialdemokraten zu stimmen, statt für einen Liberalen: „Geschäftskatholiken". Da schimpft ein Grauthier das andere Langohr. Ob Geschäftsliberaler oder Geschäftskatholik — das ist gehupft wie gesprungen — sie alle sind Geschäftspolitiker. —

Die brave Bourgeoisie. Als „Wirkung des neuen Einkommensteuer-Gesetzes", welches den Steuerhinterziehungen à la Bochum einen kleinen Riegel vorschiebt, stellt Herr Eugen Richter die Thatsache hin, daß zahlreiche Mitglieder von Wohlthätigkeitsvereinen in Rixdorf ihren Austritt erklärt hätten mit der übereinstimmenden Begründung, daß sie nach ihrer neuesten Heranziehung zur Einkommensteuer für Wohlthätigkeitszwecke nichts mehr übrig hätten. Denselben Grund hätten jetzt auch 75 sogenannte „passive" (nur zahlende) Mitglieder der freiwilligen Rixdorfer Feuerwehr für ihr Ausscheiden aus diesem gemeinnützigen Verein angegeben, was für diesen einen erheblichen Ausfall bedeutet. — In schmutzigerer Weise konnte sich die protzige Bourgeoisgesinnung nicht äußern. —

Wer selber ein gläsernes Dach hat, thut gut, andere mit Steinen zu werfen. So hält es wenigstens die „Kölnische Zeitung". Vor wenigen Wochen erst veröffentlichte sie die ihr durch „Indiskretion" zur vorzeitigen Kenntniß gelangte Militärvorlage, und gegenwärtig zeigt sie die größte Entrüstung darüber, daß Militäraktenstücke in die Hände Ahlwardt's gelangt sind, und giebt sich zum Denunzianten her. Sie schreibt:

„Der in Wesel geübte Verrath ist wohl ganz ungezwungen in eine gewisse Verbindung zu bringen mit dem in Cleve verhandelten Xantener Mordprozeß, der die Gemüther so aufgeregt hat, daß sich zuletzt ein wahrscheinlich untergeordneter Beamter zu dem Verrath hat verleiten lassen. Ganz wesentlich schlimmer erscheint aber, daß man auch an höheren Stellen die Hände in der Ahlwardt-Affäre gehabt hat. Herr v. Langen sagte in seiner Vernehmung, daß er die Broschüre vor ihrer Veröffentlichung einem hochstehenden Offizier vorgelegt habe. Wie dieser sich zu dieser Veröffentlichung eigentlich gestellt hat, geht aus der Vernehmung nicht recht hervor; unter allen Umständen berührt es aber nicht angenehm, daß sich ein hochstehender Offizier überhaupt in solche wenig reinlichen Intriguen mischte und daß er überhaupt in Verbindung mit einem Buch genannt werden kann, das die schmählichsten Anklagen gegen die Armee enthält. Es ist zu bedauern, daß bei der vorgestrigen Verhandlung nicht festgestellt wurde, wer denn eigentlich der hohe Offizier ist, bei dem sich Herr v. Langen in dieser bedenklichen Angelegenheit Rath geholt hat. Die Angaben der Antisemiten sind mit Vorsicht aufzunehmen, aber in diesem Falle wird an ernsten Stellen vielfach geglaubt, daß Herr von Langen seine Angabe über den „hochstehenden" Offizier auch dahin hätte erweitern können, daß es sich um einen aktiven und sehr hochstehenden Offizier handelte, der den Lintentruppen angehört. Das Versäumte kann aber noch nachgeholt werden, und es wäre zu wünschen, daß es geschähe, damit man in gewisse Vorgänge einen klarern Einblick erhielte. Auch deshalb wäre es wünschenswerth, damit kein hoher Offizier der Armee in einen unberechtigten Verdacht kommt." —

Ein weißer Rabe ist ein Fabrikinspektor, der mit den Arbeitern direkt über die Arbeiterfrage verhandelt. Wie der „Frankfurter Zeitung" aus Mannheim, 7. Dezember, berichtet wird, ist der Fabrikinspektor Wörrishoffer im Auftrag der Regierung in Mannheim eingetroffen, um mit den Vertretern der Arbeitslosen zu konferiren. Einem Fabrikinspektor der preußischen Rheinprovinz zog der direkte Amtsverkehr mit den Arbeitern, auf die Beschwerde der Fabrikanten, eine scharfe Rüge zu. —

Eine verblümte Denunziation leistet sich die, mehr und mehr in ihre alten Jugendlaster zurücksinkende „Kreuz-Zeitung", indem sie heute folgende Notiz zum Abdruck bringt:

Leipzig, 6. Dezember. Dem „Vogtländischen Anzeiger" schreibt man: Mit welchem Zynismus sich oft die Anhänger der Umsturzparteien zu ihren elenden Ansichten bekennen, zeigen die heute früh in einer Versammlung der „unabhängigen Sozialisten" gefallenen Aeußerungen eines 19jährigen Burschen, welcher erklärte, daß er mit der Gottesidee gebrochen habe — ihm sei es gleich, ob er einen Meineid schwöre oder nicht; „wenn es sich um das Wohl der Gesammtheit handelt, schwöre ich lieber einen Meineid, ehe ich die Gesammtheit schädige." Zwar widersprach die Versammlung, in welcher die fraktionellen Sozialdemokraten den Vorsitz und die Majorität hatten, lebhaft; allein die Gemeinheit des Redners fand auch einige Vertheidiger.

Der „Vogtländische Anzeiger" ist eins der verrufensten Amtsblätter in Sachsen — Leiborgan des sattsam bekannten antisemitisch-agrarischen Reichsboten und Oberstaatsanwalts Hartmann. Ob die Aeußerung so gefallen ist, wie gesagt wird, wissen wir nicht, aber aus den Berichten der gegnerischen Blätter wie unseres eigenen Leipziger Partei-Organs geht übereinstimmend hervor, daß es sich um das Geschwätz eines unreifen, der Tragweite seiner Worte nicht bewußten Jungen handelte, der verdientermaßen nicht beachtet wurde, nicht einmal von der Polizei. Wozu nun auf diese werthlose Aeußerung die Aufmerksamkeit lenken? Und warum die Schlußbemerkung, daß der Sprecher „auch einige Vertheidiger" gefunden habe? Muß und soll dadurch nicht der Schein erweckt werden, die Versammlung habe die betreffenden Aeußerungen doch nicht so ganz mißbilligt, während thatsächlich die paar Krakehler, welche die Versammlung einberufen hatten, von den Leipziger Arbeitern so gründlich heimgeschickt und abgethan wurden, wie es überall geschehen sollte und wie es überall geschehen kann. —

Der konservative Parteitag hat heute begonnen. Gleich zu Beginn begann der Kampf um die Stellungnahme zum Antisemitismus. Der Rechtsanwalt Clasing beantragte:

„In Erwägung, daß die deutsch-konservative Partei Ausschreitungen jeder Art bekämpft, — im Punkt 1 des Programm-Entwurfs den Satz: „Wir verwerfen die Ausschreitungen des Antisemitismus" zu streichen."

Der Vorsitzende verlas eine „Erklärung" von 21 Mitgliedern der konservativen Partei, darunter v. Helldorf, v. Flügge, Dr. Hartmann, v. Holleuffer u. s. w., wonach diese Herren auf dem Boden des alten Programms stehen. Unter großem Tumult sprach sich der Kammerherr v. Blumenthal gegen den Antisemitismus aus. „Man kann nicht konservativ sein und einen Ahlwardt wählen." Rechtsanwalt Krause-Arnswalde erklärt, er halte sich für ebenso konservativ wie der Vorredner und habe in der Stichwahl Ahlwardt gewählt. Der Antrag Clasing wurde angenommen und ebenso, auf Antrag Stöcker's, die Streichung des Passus in dem Programm, daß die Anhänger der Sozialdemokratie mit den Machtmitteln des Staates zu bekämpfen seien. Ueber den weiteren Vorgang werden wir morgen berichten. —

Ehrgefühl haben die Leute ja doch nicht. In der „Pommerschen Oekonomischen Gesellschaft" sprach der Graf v. Königsmark über die Arbeiterfrage. Er hob nach dem „Naugarder Kreisblatt" die Zuchtlosigkeit, die Streiklosigkeit beim Umziehen und den Kontraktbruch der Arbeiter hervor. Aus Gefängniß mache sich der Arbeiter nichts, „da er im Gefängniß ja besser lebe als zu Hause" — ein schönes Kompliment, das da den Rittergutsbesitzern für ihre Behandlung der Arbeiter gemacht wird. Selbst aus einer Zuchthausstrafe machten sich die Arbeiter nichts, da sie durch dieselbe dem Militärdienst entgingen. „Ehrgefühl haben die Leute ja doch nicht", nur die Wiedereinführung der Prügelstrafe könne da helfen. — Nun, wenn denn schon die Prügelstrafe eingeführt werden soll, dann führe man sie ein für gräfliche Bankrotteure und Schuldenmacher, für betrügerische Majoratsherren, die ihr unantastbaren Besitz ihres Majorats Schuster und Schneider betrügen, für die Herren von dem Schlage des Grafen Gersdorff — Ehrgefühl haben diese Leute doch gewiß nicht. —

Ueber die Zahl der Arbeitstage im Jahre macht das „Zentralblatt für Textil-Industrie" folgende Mittheilung:

a) Preußen 305 Arbeitstage. Es gehen von der Zahl 365

---

abreisen lassen, ohne ein Wort darauf erwidert zu haben. Ich sage weder ja noch nein zu Ihrem Vorschlage. Warten wir ab und sehen wir zu, uns noch besser kennen zu lernen. Denken Sie auch Ihrerseits noch einmal nach. Gehorchen Sie nicht ohne weiteres einem Einfall vielleicht. Wenn ich mit Ihnen schon jetzt darüber rede, wo der arme Charles noch nicht einmal begraben ist, so geschieht es, weil Sie nach dem, was Sie mir gesagt haben, wissen müssen, wie ich bin, damit Sie bald die Gedanken, die Sie gestern ausdrückten, fallen lassen, falls Sie nicht ein . . . ein . . . Charakter sind, der mich versteht und erträgt.

Verstehen Sie mich wohl. Für mich ist die Ehe keine Kette, sondern ein Bündniß. Ich will frei sein, frei auf alle Fälle, in allen meinen Entschlüssen, in meinem Gehen und Treiben, frei auf immer. Ich kann weder Ueberwachung noch Eifersucht, noch Auseinandersetzungen über mein Betragen dulden. Andererseits verpflichte ich mich, wohlverstanden, dazu, den Namen meines Mannes nie zu kompromittiren, ihn nie lächerlich oder verhaßt zu machen. Aber mein Mann muß sich auch für gebunden erachten, in mir eine Gleiche, eine Verbündete zu sehen und nicht eine untergeordnete, gehorsame und ergebene Gattin. Diese Gedanken sind nicht herkömmlich, das weiß ich wohl, aber ich werde sie niemals ändern.

So, das wollte ich Ihnen sagen.

Auch ich füge hinzu: Antworten Sie mir jetzt nicht, es wäre überflüssig und unschicklich. Wir werden uns wiedersehen und vielleicht später einmal weiter davon sprechen.

Machen Sie jetzt einen Spaziergang. Ich kehre zu ihm zurück. Auf Wiedersehn, heut Abend!"

Er drückte einen langen Kuß auf ihre Hand und entfernte sich, ohne ein Wort zu sagen.

Am Abend sahen sie sich nur während des Diners. Dann begaben sie sich auf ihre Zimmer, sie waren beide vor Mattigkeit halb gebrochen.

Charles Forestier wurde am nächsten Morgen auf dem Friedhof von Cannes begraben. Es war ein schlichtes Begräbniß.

Georges Duroy wollte um eineinhalb mit dem Kourierzug nach Paris zurückkehren.

Frau Forestier begleitete ihn zum Bahnhof. Sie gingen ruhig auf dem Bahnsteig auf und ab, warteten auf die Abfahrtszeit und sprachen über gleichgiltige Dinge.

Der Zug lief ein, er war nur kurz, ein richtiger Kourierzug, fünf Waggons nur.

Der Journalist suchte sich seinen Platz und stieg dann wieder aus, um noch einige Augenblicke mit ihr zu sprechen. Ihm war plötzlich ärgerlich und traurig zu Muth geworden, und es that ihm sehr leid, sie zu verlassen, als wenn er sie für immer verlieren sollte.

Ein Beamter rief: Einsteigen in der Richtung Marseille, Lyon, Paris. Duroy kletterte in den Wagen und lehnte sich zum Fenster hinaus, um ihr noch ein paar Abschiedsworte zu sagen. Die Lokomotive pfiff, und der Zug setzte sich langsam in Bewegung.

Der junge Mann beugte sich aus dem Waggon und sah der jungen Frau nach, die unbeweglich auf dem Steige stand und ihm mit ihren Blicken folgte.

Und als er sie fast schon aus dem Gesicht verlor, führte er rasch beide Hände zum Munde und warf ihr einen Kuß nach.

Sie erwiderte den Gruß, nur verdeckter und zögernd, als entschlüpfe er ihr.

Zweiter Theil.

I.

Georges Duroy hatte all seine alten Gewohnheiten wieder aufgenommen.

Er wohnte jetzt in dem kleinen Parterre der Rue de Konstinople und lebte so vernünftig wie ein Mann, der sich zu einem neuen Leben rüstet. Selbst seine Beziehungen zu Frau von Marelle hatten die Form einer Ehe angenommen, als wenn er sich auf das nahende Ereigniß hätte vorbereiten wollen; und oft wunderte sich seine Geliebte über die geregelte Ruhe ihrer Verbindung und wiederholte lachend: „Du bist ja noch pomadiger, als mein Mann. Da lohnte es sich wirklich kaum der Mühe zu wechseln."

Frau Forestier war noch nicht zurückgekehrt. Sie hielt sich noch immer in Cannes auf. Sie schrieb ihm, daß sie erst Mitte April in Paris eintreffen werde; von ihren Abschiedsgesprächen stand kein Wort, keine Anspielung im Briefe.

Er wartete. Er war jetzt fest entschlossen, sie um jeden Preis zu heirathen und alle Mittel anzuwenden, wenn sie zögern sollte. Aber er vertraute seinem Glück und der Verführungskraft, die er in sich spürte, einer nicht näher zu bezeichnenden, doch unwiderstehlichen Gewalt, die ihm alle Frauen unterwarf.

Ein kurzes Billet theilte ihm mit, daß die Stunde der Entscheidung geschlagen hatte:

„Ich bin in Paris. Besuchen Sie mich.

Madeleine Forestier."

Nichts weiter. Um neun Uhr hatte er es erhalten. Um drei Uhr an demselben Tage noch war er bei ihr. Mit ihrem hübschen, freundlichen Lächeln reichte sie ihm beide Hände. Einige Sekunden lang sahen sie sich tief in die Augen.

Dann flüsterte sie: „Wie gut Sie waren, mich in den schrecklichen Tagen da unten nicht allein zu lassen."

„Was Sie mir auch befohlen hätten, hätte ich gethan," erwiderte er.

Sie setzten sich. Sie ließ sich erzählen, was es Neues gäbe, was Walter, die Zeitung und die Kollegen machten. Um die Zeitung kümmerte sie sich sehr.

„Sie fehlt mir jetzt sehr," sagte sie, „wirklich sehr. Ich war mit Leib und Seele Journalist geworden. Ich liebte eben das Handwerk."

Sie schwieg. Er glaubte sie zu verstehen, glaubte in ihrem Lächeln, in dem Ton ihrer Stimme, ja in ihren Worten sogar eine Art Einladung zu finden, und obwohl er sich vorgenommen hatte, die Dinge nicht zu überstürzen, stotterte er doch:

„Ja dann . . . warum . . . warum . . . nehmen Sie das Handwerk . . . nicht wieder . . . unter dem Namen . . . dem Namen Duroy wieder auf?"

Sie wurde plötzlich ernst, legte die Hand auf seinen Arm und murmelte: „Sprechen wir noch nicht davon!"

(Fortsetzung folgt.)

ab: 52 Sonntage, 1 Neujahrstag, 1 Charfreitag, 1 Ostermontag, 1 Buß- und Bettag, 1 Himmelfahrtstag, 1 Pfingstmontag, 2 Weihnachtsfeiertage; b) Königreich Sachsen 302 Arbeitstage. Die drei Feiertage, welche Sachsen mehr hat als Preußen, sind Dreikönigstag, 2 statt 1 Bußtag, Reformationsfest. c) Sächsische Herzogthümer 301 Arbeitstage. Die vier Feiertage mehr im Vergleich zu Preußen sind Gründonnerstag und drei zwischen 1. Oktober und 15. November fallende Kirchweih-Festtage; die Katholiken feiern extra an 10 Tagen: Epiphanias, Valentinstag, Fastnacht, Frohnleichnam, Mariä Heimsuchung, Mariä Himmelfahrt, Aschermittwoch, Mariä Geburt, Michaelistag, Martini-Bischofstag. d) Bayern 300 Arbeitstage (ohne spezielle Angabe). e) Württemberg 303 Arbeitstage (desgleichen). — Von sämmtlichen in Frage kommenden Ländern hat Ungarn mit 312 die meisten, das Innere Rußlands mit 267 die wenigsten Arbeitstage. Eine Vergleichung aller Länder ergiebt folgende Reihenfolge: Inneres Rußland 267, Canada 270, Schottland 276, England 278, Portugal 283, Russisch Polen 288, Spanien 290, Oesterreich und Russische Ostsee-Provinzen 295, Italien 298, Bayern, Belgien, Brasilien und Luxemburg 300, Sächsische Herzogthümer 301, Frankreich, Königreich Sachsen und Russisch Finnland 302, Württemberg, Schweiz, Dänemark und Norwegen 303, Schweden 304, Preußen und Irland 305, Vereinigte Staaten von Amerika 306, Holland 308, Ungarn 312 Arbeitstage.

Wie viele Feiertage sonst noch den Arbeitern aufgezwungen werden, ist aus dieser Zusammenstellung nicht ersichtlich. Sie würde ein Bild der anarchistischen Produktionsweise geben, die heute Millionen Arbeitskräfte übermenschlich ausbeutet und morgen Millionen arbeits- und brotlos aufs Pflaster wirft. Die Furcht vor Arbeitslosigkeit zwingt überdies die Arbeiter, sich eine ganze Menge „Feiertage" gefallen zu lassen. In sehr vielen Fabriken giebt es nicht zwei, sondern 10—14 Weihnachts-Feiertage, die der Fabrikant zur Aufnahme der Inventur benutzt, während die Arbeiter feiern müssen. „Patriotische" Festtage, Sedanstage u. s. w. werden den Arbeitern aufgezwungen. Aber ein Weheruf geht durch die ganze Bourgeoisie, wenn die Arbeiter die „Frechheit" haben, aus freien Stücken sich einen eigenen Arbeiter-Feiertag, wie den 1. Mai, zu schaffen. —

In Oesterreich hat der rasende See doch sein Opfer gefordert. Graf Taaffe, der Dauerhafte, bleibt, aber sein Kollege Kuenberg, auch Graf, geht oder wird gegangen. —

Zur italienischen Krisis. In der Kammer haben bei Berathung des Budgets die parlamentarischen Stürme schon begonnen. Natürlich um den Dreibund. Ein Abgeordneter, mit dem ominösen Namen Lucifero, behauptete, der Dreibund verbürge den Frieden und — Sparsamkeit, sintemalen Italien ohne den Dreibund mehr Geld für seine Armee brauche, worauf seitens verschiedener Abgeordneten sehr heftige Entgegnungen erfolgten. Ein Ergebniß hatte die Debatte nicht — sie verrieth aber die zunehmende Rathlosigkeit. —

Frankreich. Das neue Ministerium giebt der Panama-Kommission die weitesten Vollmachten und läßt die Leiche Reinach's ausgraben, um zu sehen, ob und in wie weit die an den Tod dieses Zentralagenten des Panama-Schwindels geknüpften Gerüchte begründet sind. Wenn das Programm ausgeführt wird, ist es ein sehr gutes. Aber wo ist der Herkules, der den Augiasstall des Kapitalismus zu reinigen vermöchte? Sogar der alte Halbgott konnte den Stall nicht mit eigener Kraft ausfegen — er mußte einen Fluß zur Hilfe nehmen, der den Mist wegräumte. Und für den Panama-Schmutz reicht das Wasser der Seine nicht aus.

Ueber die Programmerklärung wird telegraphirt:

Paris, 8. Dezember. Deputirtenkammer. Die von dem Ministerpräsidenten Ribot verlesene ministerielle Erklärung beginnt mit einer Uebersicht über die gegenwärtige Lage von allgemeinen Gesichtspunkten aus und betont, daß das neue Kabinet nach innen wie nach außen die Politik befolgen werde, welche die Zustimmung der Kammer gefunden habe. Die Erklärung hebt weiter hervor, daß die Regierung den aufrichtigen Willen hege, das Parlament und die Gerichte zu unterstützen, um Licht in der Panama-Angelegenheit zu verbreiten. Ebenso sei es ihr nicht minder eifriger Wunsch, den Grundsätzen der Trennung der öffentlichen Gewalten, denen Alle zugethan seien, treu zu bleiben. Die Fehler und Vergehen einzelner Persönlichkeiten dürften indessen nicht das öffentliche Leben zum Stillstand bringen. Die Erklärung weist sodann auf die Leistungen der Republik hin, und namentlich auf das von der gegenwärtigen Kammer ausgeführte Werk; die Kammer müsse stolz auf dieses Werk sein und möge dasselbe weiter verfolgen. Die Erklärung führt alsdann aus, wie gefährlich es sei, allzuleicht sein Ohr Angebereien zu leihen, welche bezweckten, der öffentlichen Meinung Schlingen zu legen, die man vermeiden müsse. Es sei nothwendig, daß die Kammer die provisorischen Zwölftel bewillige und sich mit der Prüfung der Reform der Getränkesteuer beschäftige, sowie mit dem französisch-schweizerischen Abkommen. Zum Schlusse betont die Erklärung die Absicht der Regierung, das Parlament zu unterstützen, um in vollem Einvernehmen mit diesem ihre Aufgabe zu einem guten Ende zu führen zum Heile der Republik und Frankreichs. —

In London sind jetzt zwei Ausstellungen — eine von fettem Riesenvieh, die berühmte Weihnachts-Ausstellung — und mit dieser verbunden, eine Ausstellung von fetten Riesenmenschen, den schutzzöllnerisch gesinnten Landwirthen, die noch fetter und noch riesiger werden möchten, und deshalb alljährlich einmal, bei Gelegenheit ihrer Riesen-Fettvieh-Ausstellung, Schutz für die „nothleidende Landwirthschaft" fordern, wofür sie dann in Anbetracht ihres riesigen Leibesumfanges alljährlich ausgelacht werden. Indeß, das können die Herren vertragen. Ein Spaßvogel hat einmal vorgeschlagen, man solle die nothleidenden Landwirthe doch wiegen. Und das wäre ganz vernünftig — auch für Deutschland. Wir schlagen das Wiegen überhaupt als Hilfsmittel der Statistik vor — und zwar ganz im Ernst. Nicht blos die Stimmen, sondern auch die Menschen soll man nicht blos zählen, sondern auch wiegen. Man nehme z. B. an, die deutschen Großgrundbesitzer und Großfabrikanten würden gewogen, und desgl. ihre Arbeiter. Welch' überraschender Unterschied würde sich herausstellen. Die ganze soziale Frage käme in den Gewichtsziffern zum klassischsten Ausdruck. —

Hiobsposten aus Afrika. Die Gerüchte von dem Untergang verschiedener Kongo-Expeditionen bestätigen sich im vollsten Umfang. Die Expeditionen Bia, Jacques und Dubert, zusammen — ohne die Träger — 700 Mann mit 24 Europäern sind bis auf den letzten Mann aufgerieben. Dasselbe Schicksal ist allem Anscheine nach den Expeditionen Kerkhoven's und Delcommune's geworden, von denen die erstere, nach den eigenen Berichten des Führers, furchtbare Greuel verübt hatte. In ganz Innerafrika sind jetzt die Araber unbestrittene Herren. Sie verstehen sich auf das Kolonisiren des „dunkelen Erdtheils" bei weitem besser als die durch den Militärdrill für die Kulturarbeit verdorbenen europäischen Zivilisatoren. —

Die Botschaft des Präsidenten Harrison. Der Präsident der Vereinigten Staaten hat eine Botschaft erlassen, in welcher er über die zu erwartende Stellung der neuen Regierung sich ausspricht. Was er zum Mac-Kinley-Tarif sagt, dürfte das meiste Interesse erregen. Er sagte:

„Wir müssen annehmen, daß der jetzige Tarif, der nach den Regeln des Schutzzolles aufgebaut ist, aufgehoben werden soll, und daß derselbe durch einen Tarif ersetzt werden wird, der ausschließlich im Hinblick auf Staatseinkünfte konstruirt ist, und daß kein Zoll höher sein soll, weil die Steigerung eine amerikanische Fabrik offen halten wird, oder die Löhne der amerikanischen Werkleute dadurch hochgehalten werden, sondern daß in jedem Falle ein solcher Zollsatz aufgelegt werden wird, der dem Staatsschatze die größten Einnahmen zuführt. Der Wettstreit hat sich nicht um Zolllisten, sondern um Grundsätze gedreht. Es würde beleidigend sein, die Idee aufzuwerfen, daß die vorherrschende Partei die Prinzipien, die sie befürwortet und die Zusagen, die sie dem Volke gemacht hat, nicht in Gesetze verwandeln wird."

Doch empfiehlt der Präsident, die Frage der Tarifrevision dem nächsten Kongreß zu überweisen. Die Frage des Einflusses auf die Arbeitslöhne sei zu erörtern; eine Lohnermäßigung könne von patriotischen Bürgern nicht ohne die ernstesten Besorgnisse betrachtet werden, doch glaube er, daß es auch ohne Stütze von Schutzzöllen in vielen Zweigen der Produktion möglich sei, mit dem Auslande zu konkurriren. Es sollte Unbeschäftigten nicht gestattet sein, amerikanisches Domizil zu erwerben. Die ganze Stellungnahme zu den Arbeitern ist eine so gewundene, daß selbst ein deutscher „Staatsmann" noch davon profitiren könnte. —

Parteinachrichten.

Die **„Norddeutsche Allgemeine Zeitung"** sieht in dem Ausfall der Hamburger und Mannheimer Arbeitslosenstatistik den Beweis dafür erbracht, daß die Arbeitslosigkeit keineswegs so groß ist, wie die Arbeiterschaft behauptet. Es war vorauszusehen, daß dieser billige Einwand von den Gegnern gemacht werden würde. Wenn das offiziöse Blatt aber weiter sagt, daß die ablehnende Haltung, welche der „Vorwärts" zu dem Projekt der Aufnahme einer privaten Arbeitslosenstatistik einnahm, darin ihre Ursache habe, daß unsere Partei ein so „brauchbares Agitationsmittel nicht fahren lassen wolle, wie man es darin besitzt, auf Grund unbestimmter Angaben über die Größe der Arbeitslosigkeit lamentiren zu können", so ist unbegreiflich, warum das Blatt nicht selbst die Aufnahme einer Arbeitslosenstatistik durch das Reich verlangt. Wäre die Arbeitslosigkeit, zu welcher die Staatsbetriebe durch zahlreiche Arbeiterentlassungen sehr viel mit beitragen, wirklich nicht in dem befürchteten Maße vorhanden, so würde das Ergebniß der Reichsstatistik unserer Partei jenes „brauchbare Agitationsmittel" ja am allersichersten entziehen.

* * *

Gegen die Militärvorlage wurden ferner Protest-Versammlungen abgehalten in Saalfeld (Referent Reißhaus), Rohr und Vaihingen (Referenten Tauscher und Raut), Friedberg (Referent Reichstagsabg. Ulrich), Edenkoben (Referent Weiß-Mannheim), Brake und Abbehausen (Referent Hug-Bant.

In Greiz fand am 26. November eine von über tausend Personen besuchte Versammlung statt, in welcher der Reichstags-Abgeordnete Franz Hofmann über die Militärvorlage und den Parteitag referirte. Die einstimmig angenommene Resolution gipfelt in der Forderung: Dem Moloch Militarismus keinen Mann und keinen Groschen mehr. In einer anderen Resolution sprach die Versammlung der sozialdemokratischen Reichstags-Fraktion ihr vollstes Vertrauen aus und erklärte sich mit den Beschlüssen des Parteitages vollständig einverstanden.

Die Resolution, welche in den am 27. November in Dill-Weißenstein und Huchenfeld, Amt Pforzheim, stattgehabten Protestversammlungen nach dem Referate Ad. Geck's-Offenburg einstimmig angenommen wurde, hat folgenden Wortlaut: „Die Volksversammlung erklärt sich mit dem Referenten darin einverstanden, daß der Militarismus den geistigen und materiellen Ruin der Völker, auf denen er lastet, herbeiführt. Die Militärlasten, unter denen das deutsche Volk seufzt und die auf dem Wege der indirekten Steuern getragen werden, sind unerträglich. Wir erklären uns einverstanden mit den sozialdemokratischen Parteivertretern im Reichstage, welche nicht nur die neue Militärvorlage ganz ablehnen, sondern auch dem jetzigen System des Militarismus keinen Mann und keinen Groschen bewilligen und die Einführung einer allgemeinen Volkswehr verlangen."

In Güstrow (Mecklenburg) fand am 5. Dezember eine geschlossene Parteiversammlung statt, welche nach dem Vortrage des Genossen Martikke-Hamburg einstimmig eine Protest-Resolution gegen die Militärvorlage annahm. Der Zutritt zu der Versammlung war nur gegen Karten gestattet, weshalb die Polizeibeamten, die nicht im Besitz einer Eintrittskarte waren, zurückgewiesen wurden, worein sie sich nach einigen Auseinandersetzungen auch fügten. Anwesend waren etwa 600 Personen. Die Güstrower Genossen bitten uns, den Text der erwähnten Resolution unter dem Stichwort: „Herrn v. Frege von grünen Jungens aus dem Agrarierlande Mecklenburg zur Antwort."

Die Resolution lautet:

„In Erwägung, daß der Militarismus kulturfeindlich ist, die Freiheit und den Wohlstand vernichtet, dem arbeitenden Volke immer neue Lasten auferlegt und ihm die nothwendigsten Lebensmittel immer mehr vertheuert,

in ferngerer Erwägung, daß durch die ewigen Rüstungen Deutschlands auch dessen vermeintliche Gegner in ihren Rüstungen fortfahren und dadurch der Staat dem Bankerott entgegengetrieben wird, erklärt sich die Versammlung mit den Ausführungen des Referenten einverstanden, protestirt energisch gegen jede Mehrbelastung des Volkes durch den Militarismus und fordert die Einführung der Volkswehr."

Es ist schade — bemerken unsere Güstrower Genossen noch — daß die politischen Verhältnisse Mecklenburgs und die lokalen Verhältnisse Güstrows es unmöglich machen, die Meinung der gesammten Bevölkerung zum Ausdruck zu bringen. Das ist nur möglich während der Reichstags-Wahlen, wenn auch dann immer noch sehr von dem Willen des „gnädigen Herrn" abhängig. Eine Auflösung des Reichstags ist deshalb hier doppelt erwünscht.

* * *

Mit den Beschlüssen des Berliner Parteitags erklärten sich die Quedlinburger Parteigenossen im allgemeinen einverstanden. Sie mißbilligten jedoch die Ablehnung des Antrags, welcher die Schaffung eines neben dem „Vorwärts" wöchentlich erscheinenden Zentralorgans bezweckte.

Ihre Zustimmung zu sämmtlichen Parteitags-Beschlüssen sprachen aus die Parteigenossen in Friedberg in Hessen, Lage, Bremerhafen, Hamburg (2. Wahlkreis).

Die Zeitzer Parteigenossen sind mit den Beschlüssen des Parteitags ebenfalls einverstanden, behalten sich aber vor, „alle Anträge, welche besonders den revolutionären Charakter der Bewegung hervorkehren sollen, bei kommenden Parteitagen immer wieder bis zur endgiltigen Annahme seitens des Parteitages einzubringen".

* * *

Gemeindewahlen. Gegen die Wahl des Genossen Bremer zum Stadtverordneten des Magdeburger Stadtheils Buckau hatte der Stadtverordnete Schmidt Einspruch erhoben, weil Bremer nicht in Buckau wohnhaft sei. Nach dem § 7 des bei der Vereinigung Buckau's mit Magdeburg abgeschlossenen Vertrages soll Buckau behufs Vornahme der Stadtverordnetenwahlen in Gemäßheit der §§ 14 und 15 der Städteordnung einen besonderen Wahlbezirk bilden, der in sich vorläufig sechs Stadtverordnete zu wählen hat. Und es bestimmt jener § 15: bei Stadtgemeinden, die mehrere Ortschaften enthalten, kann — jetzt durch Beschluß des Bezirksausschusses — nach Verhältniß der Einwohnerzahl bestimmt werden, wie viel Mitglieder der Stadtverordnetenversammlung aus jeder einzelnen Ortschaft zu wählen sind. Das Oberverwaltungsgericht wies jedoch die Beschwerde ab, da für diese Bestimmung des § 7 nicht die Genehmigung des Bezirksausschusses erfolgt sei und die allerhöchste Bestätigung des Vereinigungsvertrages sich nur auf die Thatsache der Vereinigung von Magdeburg und Buckau beziehe. — Der alte Genosse Bremer bleibt also Stadtverordneter und wird es hoffentlich noch lange bleiben.

* * *

Parteiorganisation. Die Quedlinburger Parteigenossen wählten ein 7-gliedriges Agitationskomitee, das für energische Agitation in Quedlinburg und Umgebung zu sorgen hat.

* * *

Aus dem Wahlkreise Offenbach-Dieburg wird uns geschrieben:

Daß unsere ländliche Bevölkerung für die Bestrebungen der Sozialdemokratie reges Verständniß hat, kann man aus der Zustimmung ersehen, welche unseren Rednern in allen bisher abgehaltenen Versammlungen zu theil wurde. So fand am 27. November in Seligenstadt (einem Hauptorte der Ultramontanen) eine Versammlung statt, in welcher Genosse Galm vor den sehr zahlreich erschienenen, sowohl dem Bauern- wie dem Kleinhandwerkerstande angehörenden Zuhörern über den Berliner Parteitag und die neue Militärvorlage, sowie den schädlichen Einfluß des Militarismus sprach. Die Ausführungen fanden begeisterten Beifall und die vom Redner vorgeschlagene Resolution, in welcher gesagt ist, daß die sozialdemokratische Partei die einzige wirkliche Gegnerin des herrschenden Militärsystems sei, wurde einstimmig angenommen.

Ebenso fanden am 28. Novbr. in Klein-Steinheim, am 4. Dezember in Klein-Krotzenburg und Babenhausen (der früheren Hochburg der Nationalliberalen), am 5. in Neu-Isenburg zum Theil überfüllte Versammlungen statt, in welchen gleichfalls das Thema: „Militärvorlage" behandelt wurde. Ueberall wurden die Protestresolutionen mit Einstimmigkeit angenommen. Im Laufe der nächsten Tage werden noch in verschiedenen Orten unseres Kreises Protestversammlungen abgehalten werden. Gleichzeitig halten, wie der „Vorwärts" schon berichtete, die Genossen aus acht größeren Orten Sonntag, den 11. d. M., in Dreieichenhain eine Besprechung über die nächstes Jahr in diesem Bezirke stattfindende Landtagswahl ab. Bei einiger Thätigkeit dürfen wir hoffen, den derzeitigen nationalliberalen Abgeordneten aus dem Sattel zu bringen. Die Aussichten hierauf sind bei dem Vorhandensein einer zahlreichen Arbeiterbevölkerung, die in größeren Orten, — wie Neu-Isenburg, Sprendlingen, Langen — wohnen, die denkbar günstigsten. Im Anschluß an die Konferenz, welche Mittags tagt, findet eine große Volksversammlung statt, in der Genosse Galm aus Seligenstadt über den Berliner Parteitag und die Militärvorlage referiren wird. Alles in Allem ist die Bewegung in unserem Wahlkreise eine gute und sollte, was allseitig gewünscht wird, der Reichstag aufgelöst werden, dann werden wir aller Voraussicht nach schon bei der Hauptwahl siegen. Die schlechte wirthschaftliche Lage, unter welcher unsere gesammte Arbeiterbevölkerung von je zu leiden hat, wird in Verbindung mit der noch nie dagewesenen Arbeitslosigkeit dazu besonders beitragen.

* * *

Todtenliste der Partei. Am 1. Dezember cr. starb in Liegnitz der Genosse Bernhard Schwerdtner. 1500 bis 1800 Personen erwiesen dem braven Mitstreiter die letzte Ehre. — In Langerfeld (Westfalen) ist der Genosse H. Hahn aus dem Leben geschieden.

* * *

Polizeiliches, Gerichtliches 2c.

— Ueber das Thema „Wie Anklagen zu stande kommen?" schreibt das „Volksblatt für Anhalt": Die Magdeburger Strafkammer hat den Antrag des Staatsanwalts Maiger abgelehnt, auf Grund von Aeußerungen, welche Genosse Peus in einem Vortrage zu Löderburg gethan, das Hauptverfahren gegen diesen zu eröffnen. Der Vortrag fand am 29. November 1891 statt; Anklage erhob die Staatsanwaltschaft am 22. September 1892, also nahezu zehn Monate später. Am 26. Oktober erhielt Peus die Anklage ins Gefängniß zu Plötzensee zugeschickt. Er erwiderte absolut nichts darauf. Aber wenn er nun nach elf Monaten Zeugen hätte suchen wollen, um den eigentlichen Sinn seiner Aeußerungen festzustellen, wo hätte er sie hergenommen und wenn hätte er die Zeugenschaft überhaupt zutrauen können? Notizen des überwachenden Beamten sind immer die Hauptgrundlage der Anklage. Das Gesetz schreibt vor, daß die Staatsanwaltschaft nicht nur die belastenden, sondern auch die entlastenden Momente beachte. Bei solchem Verfahren müssen aber nothwendig die belastenden Momente zu Ungunsten des Angeklagten ins Gewicht fallen. Was nun verstümmelte Notizen für den Angeklagten für Gefahren bringen, zeigt folgendes: Genosse Peus hatte unter anderem gesagt: Der § 131 des Reichs-Strafgesetzbuches werde fälschlicherweise zitirt „wegen Verächtlichmachung von Staatseinrichtungen". Er müsse zitirt werden „wegen Verbreitung wissentlich erdichteter oder entstellter Thatsachen u. s. w." Staatseinrichtungen verächtlich zu machen, sei an und für sich nicht verboten. Verboten sei nur die Behauptung und Verbreitung wissentlich erdichteter oder entstellter Thatsachen zu diesem Zweck. Staatseinrichtungen verächtlich zu machen, wenn sie wirklich verächtlich wären, durch die Mittel der Wahrheit, sei die Pflicht jedes ehrlich für Wahrheit und Recht strebenden Mannes, also auch besonders der Sozialdemokratie. Das Gefühl sei uns von der Natur gegeben, um es anzuwenden, um darin den Antrieb zum Denken und Handeln zu finden. Der überwachende Beamte schrieb von dieser ganzen Auseinandersetzung nur das durch Sperrdruck Hervorgehobene auf, woraus man dann entnehmen konnte, als habe Peus die Verächtlichmachung von Staatseinrichtungen um jeden Preis nicht nur mit den Mitteln der Wahrheit, sondern auch durch die Lüge für Pflicht der Sozialdemokratie erklärt. Jedenfalls muß man annehmen, daß die Staatsanwaltschaft diese verstümmelte Notiz des Beamten so auffaßte, denn sie schrieb in ihrer Anklageschrift, charakteristisch sei die Aeußerung des Angeschuldigten, Staatseinrichtungen verächtlich zu machen, sei die Pflicht der Sozialdemokratie. Die Strafkammer war einsichtig genug, in Peus' Aeußerungen nichts Strafbares zu finden, dagegen konnte sie es doch nicht unterlassen, in ihrem Beschluß als Zweck des Angeschuldigten die „Aufregung der unreifen Köpfe in der Versammlung gegen die bestehende Ordnung" zuzugeben. Richter sollten sich grundsätzlich aller solcher Urtheile enthalten. Denn es ist ein politisches Urtheil. Wir nennen diese „Aufregung der unreifen Köpfe" eine sehr ernstgemeinte Belehrung, die dem Volke so sehr noth thut, wie nur irgend etwas in unserer Zeit noth thun kann.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung

Theater.

Freitag, 9. Dezember.

Opernhaus. Bajazzi. Vorher: Die Jahreszeiten.
Schauspielhaus. Lydia. Die gelehrten Frauen.
Lessing-Theater. Nora.
Berliner Theater. Nora.
Wallner-Theater. Die Großstadtluft.
Deutsches Theater. Lolos Vater.
Kroll's Theater. Abu Hassan. Hierauf: Das Nachtlager in Granada.
Neues Theater. Logirbesuch.
Residenz-Theater. Im Pavillon. (Le Parfum).
Friedrich-Wilhelmstädt. Theater. Das verwunschene Schloß.
Belleallance-Theater. Keine Vorstellung.
Adolph Ernst-Theater. Die wilde Madonna.
Thomas-Theater. Der ledige Hof.
National-Theater. Im Abgrund.
Apollo-Theater. Spezialitäten-Vorstellung.
Theater der Reichshallen. Spezialitäten-Vorstellung.
Winter-Garten. Spezialitäten-Vorstellung.
Kaufmann's Variété. Spezialitäten-Vorstellung.
Gebrüder Richter's Variété. Spezialitäten-Vorstellung.

Adolph Ernst-Theater.

Vorletzte Woche.
Zum 94. Male:
Die wilde Madonna.
Gesangsposse in 3 Akten von **L. Treptow**. Couplets von **G. Görss**. Musik von **G. Steffens**. Mit neuen Kostümen aus dem Atelier d. Fr. **Köpke**, und neuen Dekorationen v. **Lütkemeyer** in Coburg. In Scene gesetzt von **Adolph Ernst**.
Anfang 7½ Uhr.
Morgen: Dieselbe Vorstellung.
In Vorbereitung:
Modernes Babylon.
Gesangsposse in 3 Akten v. **Ed. Jacobson** und **W. Mannstädt**. Couplets theilweise von **G. Görss**. Musik von **G. Steffens**.

Circus Renz.

(Karlstraße.)
Freitag, den 9. Dezember 1892:
Abends 7¼ Uhr:
Grosse humoristische Vorstellung
mit komischen Einlagen sämmtlicher Clowns. Außerdem: **Prinz Carneval und sein Gefolge**, vorgeführt von Hrn. **Oscar Renz. Coriolan**, Schulpferd, geritten v. Frl. **Oceana Renz. Mr. James Fillis** mit dem Schulpferde **Germinal.** Der Zwergelephant Nelli, vorgeführt durch den Clown **Lavater Lee.** Auftr. der musikalischen Clowns **Deltorelli etc.**
Zum Schluß: **Auf Helgoland.** Mit neuen Einlagen, u. A.: Aufzug der **Leib-Garde-Artillerie.** Ballet von 82 Damen.
Morgen, Sonnabend, 10. Dezember, Abends 7¼ Uhr: Große Vorstellung mit neuem Programm.
Sonntag: 2 gr. Vorstellungen. Nachmittags 4 Uhr (1 Kind frei): **Die lustigen Heidelberger.** Abends 7½ Uhr **Auf Helgoland.** Billet-Vorverkauf beim „Invalidendank", Markgrafenstr. 51a.
Fr. Renz, Direktor.

Castan's Panoptikum.

Sensationell!
Prinzeß Topase.
Vorstellungen 11—1 und 4—9½ Uhr stündlich.
Ohne Extra-Entree.
Entree 50 Pf., Kinder 25 Pf.

Passage-Panopticum.
Der Tigermensch.

Meyer's Lexikon, Brockhaus u. Bücher jeder Art kauft Hannemann, Kochst. 56.

Circus Corty-Althoff.

Berlin, Friedrich-Karl-Ufer, Ecke Karlstraße.
Freitag, den 9. Dezember, Abends 7½ Uhr:
Gr. Komiker-Vorstellung
mit höchst amüsantem Programm. Auftreten sämmtlicher Clowns in ihren neuen komischen Entree's u. Intermezzos. Außerdem Auftreten der renom. Künstlerinnen und Künstler, sowie Aufführung des Parforcestückes:
Ein ungarisches Czikosfest
oder:
Eine Bauernhochzeit a. d. Pussta, ausgeführt vom ges. Personal mit Benutzung von 30 Pferden.
55 Hengste, vorgeführt vom Direktor **Althoff** ꝛc.
Sonnabend, 10. Dez., Abends 7½ Uhr: **Novitätenvorstellung.**
Sonntag, 11. Dez.: Zwei Extra-Vorstellungen, 4 Uhr (1 Kind frei) u. 7½ Uhr.

Feen-Palast

Burgstraße, neben der Börse.
Welt-Lokal Berlins, 5000 Pers. fassend.
Täglich
Gr. Spezialitäten-Vorstellung
Anf. Wochent. 7½ Uhr, Sonnt. 6 Uhr. Entree 50 Pf.

Kaufmann's Variété

Am Stadtbahnhof Alexanderplatz.
Vollständig neues Programm.
Sœurs Leuth, Salon-Athletinnen.
Bernhard-Trio, Parterre-Akrobaten.
Miß Ophelia mit ihren dressirten Cacadus.
Clown Richards, Schnellzeichner und seinem Gänse-Zirkus.
Clara Betoni, bildhübsche Soubrette,
sowie Auftreten sämmtlicher anderer Spezialitäten.
Anfang Wochentags 8 Uhr.

Vereinszimmer, 30—40 Pers. faff., auch als Zahlstelle zu verg. 4696
O. Baatz, Fruchtstr. 31.

Achtung! Metallarbeiter!

Große öffentliche Versammlung aller in der Metallindustrie beschäftigten Arbeiter Berlins und Umgegend

Am Montag, den 12. Dezember, Abends 8½ Uhr, bei Gratweil (ob. Saal), Kommandantenstr. 77—79.

Tages-Ordnung:
1. Rechenschaftsbericht der Vertrauensmänner und Bericht der Revisoren.
2. Neuwahlen.
3. Bericht der Delegirten der Streik-Kontrollkommission.

Zur Deckung der Unkosten findet Tellersammlung statt.
Der wichtigen Tagesordnung wegen ist es Pflicht aller Kollegen in dieser Versammlung zu erscheinen.
332/4 J. A.: **C. Lenzner**, Reinickendorferstr. 48.

Freie Vereinig. d. Bauarbeiter Berlins.

Mitglieder-Versammlung

am **Sonntag**, den 11. d. M., Vorm. 11 Uhr, bei **Scheffer**, Inselstr. 10 II.

Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Genossen Franz Berndt. 2. Diskussion. 3. Vereinsangelegenheiten, Verschiedenes und Fragen.

Gäste sehr willkommen. Neue Mitglieder werden aufgenommen.
Um zahlreiches Erscheinen bittet
129/3 **Der Vorstand.**

Arbeiter-Bildungsschule (Ost-Bezirk).

Versammlung
am **Sonntag**, den 11. Dezember, Abends 6 Uhr, **Böhmisches Brauhaus**, Landsberger Allee 11—13.
Tagesordnung: 1. Vortrag: Religion und Sittlichkeit. Referent Herr **Dr. Joel.** 2. Diskussion. 3. Aufnahme neuer Mitglieder. 4645
Nach dem Vortrag: **Geselliges Beisammensein und Tanz.**
Gäste, Damen und Herren, sehr willkommen.

American-Theater.

Jeden Abend jubelnder Beifall!
Die Trockenwohner,
oder „Das Kind in der Kommode", **parodistisch-realistischer** Vorgang im Keller, beobachtet vom Hofe aus, von Oskar Wagner.
Bendix in seiner **Saison-Nummer:**
Man merkt's am Gang, Da ist was mang!
Auftreten sämmtl. Spezialitäten. Anfang 7½ Uhr. Entree 75 Pf. Sonntags 6 Uhr.

Gratweil's Bierhallen

Kommandantenstraße 77—79.
Täglich:

Germania-Konzert- u. Couplet-Sänger.
Wochentags frei.
Sonntags 30 Pfennig.
Kinder 10 Pf.
Gr. Frühstücks- u. Mittagstisch.
Zwei Säle
zu Versammlungen und Vergnügungen, sowie 6 Billards und 3 Kegelbahnen.
F. Sodtke.

Parteigenossen empfehle mein schön eingerichtetes Lokal zum gefälligen Besuch. Vereinszimmer oder Zahlstelle für 40—50 Personen, **Mühlenstr. 49.** Restaurateur **Bennarnd.** 4685

24 Verkäufer. — Elektrische Beleuchtung.

„Zum Prophet"

Größtes Confectionshaus Berlins.

Laut Abschluß mit unserer Fabrikanten-Vereinigung ist unser Welthaus gezwungen, bis Weihnachten noch einen garantirten Umsatz zu erzielen und offeriren von heute ab in einer Vielfältigkeit, Masse und Auswahl, wie es bisher noch keinem Publikum geboten worden ist.

Abtheilung I.
Winterpaletots.

Double mit Tuchfutter	sonst M. 20	b. u. v. 8	M. an.
I. Double m. Lamafutter	„ „ 24	„ „ „ 12	„ „
Diagonal m. gestr. Serge	„ „ 26	„ „ „ 13	„ „
Velour mit Clothfutter	„ „ 28	„ „ „ 14	„ „
Düffel mit Steppfutter	„ „ 30	„ „ „ 16	„ „
Ratiné mit Atlas	„ „ 34	„ „ „ 18	„ „
Floconné mit Zanella	„ „ 40	„ „ „ 16	„ „
Frisé mit Tuch	„ „ 45	„ „ „ 29	„ „
Montagnac mit Seidenf.	„ „ 50	„ „ „ 30	„ „
Kammgarn mit do.	„ „ 56	„ „ „ 32	„ „
Prince of Wales Winter-Paletots exquisit	„ „ 80	„ „ „ 45	„ „

Abtheilung II.

Reise-Mäntel	sonst M. 24	b. u. v. 12	M. an.
Kaiser-Paletots	„ „ 20	„ „ „ 10	„ „
Paletots, Fag. Prince Reg.	„ „ 36	„ „ „ 20	„ „
Ulster	„ „ 25	„ „ „ 15	„ „
Ulster m. halber Pelerine	„ „ 32	„ „ „ 18	„ „
Ulster m. ganzer Pelerine	„ „ 40	„ „ „ 27	„ „
Kaiser-Mäntel	„ „ 20	„ „ „ 12	„ „
Hohenzollern-Mäntel	„ „ 50	„ „ „ 27	„ „

Abtheilung III.
Complette Anzüge in

blau Cheviot	sonst M. 24	b. u. v. 8	M. an.
Bukskin	„ „ 22	„ „ „ 9	„ „
Crimmitschauer	„ „ 28	„ „ „ 14	„ „
Diagonal	„ „ 32	„ „ „ 18	„ „
Sportfaçon	„ „ 34	„ „ „ 17	„ „
für die Reise	„ „ 28	„ „ „ 15	„ „
Velour	„ „ 36	„ „ „ 20	„ „
Satin	„ „ 42	„ „ „ 26	„ „
Kammgarn	„ „ 34	„ „ „ 19	„ „
Kammgarn ranié	„ „ sonst M. 42	b. u. v. 26	M. an.
Gehrocksaçon	„ „ 50	„ „ „ 30	„ „
do. hochfein	„ „ 64	„ „ „ 36	„ „

Abtheilung IV.
Hosen — Hosen und Westen in

Tuch	sonst M. 7	b. u. v. 3	M. an
Winterbukskin	„ „ 12	„ „ „ 5	„ „
schwarzem Tuch	„ „ 14	„ „ „ 6½	„ „
Kammgarn	„ „ 15	„ „ „ 8	„ „
H. u. W. i. gedieg. Stoff.	„ „ 15	„ „ „ 8½	„ „
H. u. W. hochfein	„ „ 24	„ „ „ 14	„ „

Nouveauté Hosen, das Eleganteste der Saison, von 9½ M. an.

Abtheilung V.

Juppen fürs Haus	sonst M. 10	b. u. v. 6	M. an
Loden-Juppen	„ „ 12	„ „ „ 7	„ „
Gebirgs- u. Jagd-Juppen	„ „ 17	„ „ „ 11	„ „
Interims-Façon-Juppen	„ „ 22	„ „ „ 13	„ „

Spezialität in Juppen besseren Genres.

Abtheilung VI.

Schlafröcke in Double	sonst M. 18	b. u. v. 7	M. an
Schlafröcke „ Satin	„ „ 20	„ „ „ 9	„ „
Schlafröcke „ Velour	„ „ 22	„ „ „ 10½	„ „
Schlafröcke „ Double Face	„ „ 26	„ „ „ 15	„ „
Schlafröcke „ Frisé Mout.	„ „ 30	„ „ „ 20	„ „
Schlafröcke „ Floconné	„ „ 34	„ „ „ 21	„ „
Schlafröcke m. Steppfutter	„ „ 36	„ „ „ 22	„ „
Schlafröcke, Türkisch sonst	„ „ 45	„ „ „ 29	„ „

Abtheilung VII.

Westen, einzelne	sonst M. 6	b. u. v. 1½	M. an
Schwarze Tuchwesten	„ „ 7	„ „ „ 3	„ „
Weiße Westen	„ „ 6	„ „ „ 2	„ „
Hochelegante Westen	„ „ 12	„ „ „ 4	„ „

Abtheilung VIII.

Ia. Knaben-Anzüge	sonst M. 4,—	b. u. v. 2	M. an
„ in Cheviot	„ „ 5,50	„ „ „ 3	„ „
„ in Diagonal	„ „ 7,—	„ „ „ 4	„ „

Haute Nouveauté-Anzüge, wie solche nur Spezial-Geschäfte führen.

Ib. Burschen-Anzüge,	sonst M. 9	b. u. v. 5	M. an
„ in Cheviot	„ „ 10	„ „ „ 5¾	„ „
„ in Satin	„ „ 12	„ „ „ 6	„ „
„ hochfeine	„ „ 18	„ „ „ 8	„ „
Ic. Jünglings-Anzüg.,	sonst M. 15	b. u. v. M. 7	an
„ in Cheviot,	„ „ 10	„ „ „ „ 8	„
„ „ Diagonal,	„ „ 20	„ „ „ „ 11	„
„ „ Kammgarn	„ „ 24	„ „ „ „ 14	„
„ hochelegante,	„ „ 30	„ „ „ „ 18	„
IIa Knaben-Palet.,	sonst 6½ M.,	b. u. v. 2¾	M. an
mit Plüsch	„ „ 9	„ „ „ „ 6	„ „
mit Pelerine	„ „ 11	„ „ „ „ 7	„ „
Knaben-Schuwaloffs	„ „ 12	„ „ „ „ 8	„ „
Kaiser-Mäntel	„ „ 5	„ „ „ „ 2½	„ „

Haute Nouveautés-Paletots zu jedem Preise.

IIb Bursch.-Pal., Hr.-Fag.	sonst 12 M.,	b. u. v. 5	M. an
Schuwaloffs m. Peler.	„ „ 14	„ „ „ 7	„ „
Menchikoffs	„ „ 15	„ „ „ 9	„ „
Kaiser-Mäntel	„ „ 10	„ „ „ 4½	„ „
IIc Jünglings-Paletots	„ „ 15	„ „ „ 7	„ „
Jüngl.-Schuw. m. Pel.	„ „ 18	„ „ „ 11	„ „
Jüngl.-Menchikoffs	„ „ 19	„ „ „ 12	„ „
Jünglings-Ulster	„ „ 14	„ „ „ 8	„ „
Jüngl.-Kaiser-Mtl.	„ „ 12	„ „ „ 7½	„ „
Jüngl.-Hohenz.-Mtl.	„ „ 28	„ „ „ 13	„ „

1. Etage, Am Dönhoffplatz, 1. Etage,

Ecke Leipziger- und Kommandantenstraße.

14 helle Schaufenster. — Nur Schneiderarbeit.

Sonntags geöffnet von 7 bis 10 und von 12 bis 6 Uhr Nachmittags.

Verantwortlicher Redakteur: Wilhelm Schröder in Berlin. Druck und Verlag von Max Bading in Berlin, SW. Beuthstraße 2.

Hierzu zwei Beilagen

1. Beilage zum „Vorwärts“ Berliner Volksblatt.

Nr. 289. Freitag, den 9. Dezember 1892. 9. Jahrg.

Parteinachrichten.

Parteifinanzen. Hamburg, 2. Wahlkreis. Einnahme des Vertrauensmannes im abgelaufenen Verwaltungsjahre 3 622,42 M., Ausgabe 2 405,30 M., Bestand 1 217,12 M.

* * *

Für die Hamburger Nothleidenden haben die Parteigenossen Banks, einschließlich 200 M., die von den Vertrauensleuten des 2. hannöverschen und 2. oldenburgischen Wahlkreises gespendet wurden, im ganzen 1 020,54 M. gesammelt.

* * *

Wegen Saalverweigerung verhingen die Parteigenossen in Zeitz den Boykott über das Restaurant Waldschlößchen in Aue-Aylsdorf.

* * *

Das freisinnige Nürnberger Gemeindekollegium hat das vom sozialdemokratischen Wahlverein gestellte Gesuch, die Bürgeraufnahme-Gebühren abzuschaffen, wiederholt abgewiesen. Das ist der Freisinn, wie er leibt und lebt. Solange er die politische Gewalt nicht hat, singt er in den schmelzendsten Tönen Hymnen auf die Freiheit, und wenn er die Macht hat, regiert er ebenso oder noch unangenehmer als die Junker- und Pfaffenparteien.

* * *

Antisemitische Blätter brachten die Nachricht, im Wahlkreise Arnswalde-Friedeberg habe ein Sozialdemokrat, der für den freisinnigen Kandidaten Drawe agitirte, auf die Bauern geschossen. Der Betreffende, ein Arbeiter namens Dalsch, ist jedoch kein Sozialdemokrat, sondern Mitglied des Charlottenburger deutschfreisinnigen Vereins. Dalsch begab sich, wie die „Volks-Zeitung“ meldet, in jenem Wahlkreise „am Sonntag Abend in Begleitung eines Botenmeisters und eines Kutschers von Neuwedel nach Stechsdorf. Als sie sich im Gasthof befanden, wurden sie dort, da einer von ihnen für einen Juden gehalten wurde, gehänselt. Auf Veranlassung eines Gutsangestellten wurden sie später auf dem Wege von einer Rotte mit Zaunlatten überfallen und durchgeprügelt. Dalch machte in der Nothwehr von seinem Revolver Gebrauch. Er schoß in die Luft, um die Gegner zu erschrecken. Er wurde verhaftet und nach Neuwedel gebracht. Bisher ist es noch nicht gelungen, ihn zu befreien. Dalsch ist als ein sehr ruhiger, ordentlicher, besonnener Mann bekannt. Angeblich soll den Bauern, welche die freisinnigen Agitatoren überfielen, eine größere Quantität Branntwein gespendet worden sein.“

* * *

Bürgerliche Schmerzen. Die freisinnige „Sonneberger Zeitung“ setzt ihr Leserpublikum davon in Kenntniß, daß der sozialdemokratische Landtagsabgeordnete Webder bei Eröffnung des Landtags schon äußerlich zu erkennen war, indem es der einzige Abgeordnete gewesen sei, der nicht mit dem Zylinder und Frack angethan gewesen sei. — Für ein Blatt, das den bereits nach Kniehosen und Schnallenschuhen lüsternen Deutschfreisinn vertritt, muß ein solcher Anblick allerdings etwas Schreckliches haben.

* * *

Polizeiliches, Gerichtliches 2c.

— In Mülhausen i. E. ist die Parteiversammlung, in welcher Genosse F. Bueb über den Berliner Parteitag referiren wollte, im Auftrage des Bezirkspräsidiums ohne Angabe von Gründen verboten worden.

— Aus Straßburg i. E. meldet die „Elsaß-Lothringische Volks-Zeitung“ unterm 5. Dezember: „Die gestrige Versammlung in der „Aubette“, wo Reichstags-Abgeordneter Dr. Petri seinen Rechenschaftsbericht erstattete, wurde von dem überwachenden Polizeikommissar wegen Tumultes aufgelöst, nachdem unserm Parteigenossen Böhle, der die parlamentarische Thätigkeit Petri's gebührend kritisirte, das Wort entzogen worden war, was in der Versammlung große Unruhe hervorrief. Heute Nachmittag 5 Uhr wurde Böhle, wie man vermuthet wegen der in der gestrigen Versammlung gegen die Annexion und den bestehenden Zustand Elsaß-Lothringens gethanen Aeußerungen, in seiner Wohnung verhaftet und in das Untersuchungsgefängniß abgeführt. Die Verhaftung ruft selbst in gegnerischen Kreisen Erstaunen und Entrüstung hervor.“

— Genosse Adolf Thiele in Wurzen hat dieser Tage die zweimonatliche Gefängnißstrafe angetreten, welche wegen Beleidigung des sächsischen Landtages über ihn verhängt wurde. Sein Gesuch um Strafaufschub ist sowohl von der Staatsanwaltschaft wie vom Ministerium abgelehnt worden, was den Wurzener Kartellbrüdern um so lieber sein wird, als noch vor Weihnachten die Stadtverordneten-Wahlen stattfinden und nun Thiele verhindert ist, sich an der Agitation für unsere Kandidaten zu betheiligen.

— Die „Thüringer Tribüne“ hatte in Nr. 149 einen Artikel gebracht, in welchem der Behauptung, die Kinder des Kaisers seien nicht geimpft, ein Verweis auf § 4 der preußischen Verfassung: „Alle Preußen sind vor dem Gesetz gleich“ beigefügt war. Dem verantwortlichen Redakteur, Matthias Güldenberg, ging darauf ein amtsgerichtlicher Strafbefehl zu, inhalts dessen er wegen „groben Unfugs“ 30 Mark Strafe bezahlen sollte. Er erhob Einspruch beim Schöffengericht und brachte in der Gerichtsverhandlung einen Brief des Impfgegners Dr. Rüger zur Verlesung, aus welchem hervorging, daß sich dieser zweimal an das Oberhofmarschallamt gewandt und zuletzt die Antwort erhalten hat, daß über derartige interne Familienangelegenheiten der kaiserlichen Familie keine Auskunft ertheilt werde. Auf Antrag des Amtsanwalts wurde nun ein amtliches Schreiben verlesen, welches die Erfurter Behörde von dem Berliner Polizeipräsidium auf ergangene Anfrage schon im Juli d. J. erhalten hat und worin mitgetheilt ist, daß die kaiserlichen Kinder geimpft sind. Güldenberg beantragte darauf amtliche Befragung des Oberhofmarschallamts, der Amtsanwalt ersuchte jedoch um Ablehnung dieses Antrages, da der Bescheid des Polizeipräsidiums genüge. Der Artikel enthalte unwahre Thatsachen, habe das Publikum beunruhigt und der Schlußsatz sei dahin auszulegen, daß bei den höchsten Personen Unterschiede bezüglich der Impfung gemacht würden. Dadurch sei grober Unfug verübt und deshalb beantrage er 30 M. Geldstrafe. Der Gerichtshof beschloß demgemäß. Der Artikel habe nach zwei Richtungen beunruhigend gewirkt. Erstens sei eine unzulässige Agitation gegen das Impfgesetz darin enthalten und zweitens beunruhige der Schlußsatz hauptsächlich das Publikum. Die Agitation gegen das Impfgesetz sei erlaubt, aber nicht in diesem Maße. Außerdem lege der Gerichtshof dem Schreiben des Polizeipräsidiums Bedeutung bei. Das Schreiben Dr. Rüger's gab der Angeklagte auf Wunsch des Vorsitzenden zu den Akten.

Kommunales.

Stadtverordneten-Versammlung.

Oeffentliche Sitzung vom Donnerstag, den 8. Dezember Nachmittags 5 Uhr.

Zur Theilnahme an der Beerdigung des vorgestern verstorbenen Werner v. Siemens werden vier Stadtverordnete und der Vorsteher-Stellvertreter deputirt.

Die in der vorigen Sitzung gewählten Stadträthe Mugdan, Mielenz und Zabel haben die Wahl angenommen.

Auf der Tagesordnung steht zunächst der Antrag der neuen Fraktion (Wohlgemuth u. Gen.):

Die Stadtverordneten-Versammlung ersucht den Magistrat um gefällige Auskunft, wie weit die Ausführung ihres Beschlusses vom 12. Dezember 1889, betr. Freilegung der Schloßfreiheit, gediehen ist.

Stadtv. Wohlgemuth erinnert daran, daß die Angelegenheit s. Z. durch ein Komitee der Stadt näher gebracht wurde, welches die Niederlegung auf dem Wege der Lotterie erstrebte. Der damals gefaßte Beschluß der Stadtverordneten-Versammlung habe dem Komitee erst die Handhabe zu seinem weiteren Vorgehen geboten. In dem Beschlusse sei dem Komitee städtischerseits auferlegt, den Abbruch der Häuser spätestens im dritten Quartal 1892 zu bewirken. Nun ständen aber heute noch zum Skandal der ganzen Stadt die Häuser theilweise als Ruinen da. Redner wünscht, daß die Versammlung Auskunft über die Lage der Sache verlange.

Stadtrath Voigt: Die Ermächtigung, welche dem Magistrat durch jene Beschlüsse gegeben ist, einen Vertrag mit dem Komitee behufs Anlegung eines städtischen öffentlichen Platzes auf der Stelle der Schloßfreiheit zu schließen, ist an bestimmte Voraussetzungen geknüpft, welche bis jetzt nicht erfüllt sind. (Hört, hört!) Dazu gehört die Bedingung, daß das Helms'sche Grundstück der Stadtgemeinde kostenfrei zu Verfügung gestellt wird. Das ist bis jetzt nicht geschehen. (Hört, hört!) Die Schritte, welche jetzt geschehen, spielen sich ganz ohne Mitwirkung der städtischen Behörden ab.

Stadtv. Bortmann: Die Auskunft des Magistrats ist insofern ungenügend, als doch seiner Zeit der Oberbürgermeister, der Stadtsyndikus Zelle und der Dr. Stryck in dem Komitee für die Schloßfreiheitslotterie mit gesessen haben. Der Magistrat muß doch endlich einmal die Initiative ergreifen. Es ist inzwischen schon einmal der verschämte Versuch gemacht worden in der Parkdeputation, eine kleine gärtnerische Anlage an der Stelle des ersten abgebrochenen Gebäudes durchzudrücken, die Deputation hat aber abgelehnt, auf dieses Ansinnen einzugehen, bevor das Helms'sche Grundstück abgetreten und der Rest der festgesetzten Bedingungen erfüllt ist.

Stadtrath Voigt: Ich erkläre, daß der Magistrat in dieser Sache von seiner Wissenschaft nichts hintenanhält. Die Behandlung des erwähnten Antrags in der Parkdeputation ist auf völliges Mißverständniß zurückzuführen. Wir haben das betreffende Projekt ausarbeiten lassen und dem Minister eingereicht, eine Antwort aber bis heute nicht erhalten.

Stadtv. Singer: Nicht darüber, daß der Magistrat etwas hintenangehalten, sondern, daß er die Sache nicht genug vorwärts gebracht hat, ist Ursache zur Beschwerde vorhanden. (Sehr richtig!) Daß das Lotteriekomitee sich nicht rührt, scheint sehr begreiflich, denn sein Interesse ist in der Hauptsache erschöpft gewesen, als die Lotterie beendet war. (Zustimmung.) Wäre nicht der höchst betrübliche Umstand eingetreten, daß einige Mitglieder der städtischen Behörden in diesem Hintertreppen-Komitee saßen, so würde der heutige Zustand gar nicht beklagt zu werden brauchen, denn jener Beschluß wäre gar nicht zu stande gekommen. Der Zustand, wie ihn jetzt die Schloßfreiheit darbietet, ist ein geradezu unwürdiger, und wir müssen den Wunsch haben, daß wenigstens der Platz an der Schloßfreiheit hergerichtet wird, damit die Fremden nicht in den Glauben versetzt werden, sich in Krähwinkel zu befinden. Die Versammlung hat nicht von Anfang an in der Sache mitgearbeitet, wohl aber ist sie die Trägerin und Empfängerin aller Vorwürfe geworden, die sich an dieses unselige Projekt knüpfen; der Magistrat kann sich also nicht wundern, daß von hier auf seine Initiative gedrängt wird. Der Magistrat sollte in seiner Eigenschaft als Exekutive und Vertretung der Berliner Bürgerschaft an zuständiger Stelle kurzen runden und netten Bescheid verlangen, was mit der Sache werden soll. Ferner sollte die Baupolizei requiriren und erklären, daß die vorhandenen Verhältnisse auf die Dauer unerträglich sind. Schreitet der Magistrat mit demselben Eifer wie s. Z. für die Lotterie in dieser Weise ein, so wäre doch wohl möglich, daß der unwürdige Zustand bis zum 1. April 1893 beseitigt wird. Würde der Magistrat dem Komitee die Zähne zeigen, event. seinen offiziellen Rücktritt von dem Vertrage in Aussicht stellen, so würde die Sache sicher in ein schnelleres Tempo kommen.

Stadtv. Wohlgemuth: Es ist doch sehr erstaunlich, daß dasselbe Ministerium, welches dem Lotterieplan so günstig gegenüberstand, jetzt so große Schwierigkeiten wegen des Helms'schen Grundstücks macht. Die Hoffnung, daß hierfür noch Geld aus dem Stadtsäckel gezahlt werden möchte, hat aber gewiß in diesem Saale keine Aussicht auf Verwirklichung. Ich kann dem Magistrat nicht dringend genug empfehlen, den vom Kollegen Singer vorgeschlagenen Weg der Initiative zu gehen.

Der Antrag ist damit erledigt.

Am 1. April 1893 tritt das Gesetz vom 11. Juli 1891 in Kraft, wodurch die bisherige Befugniß der Land-Armenverbände, die Fürsorge für hilfsbedürftige Geisteskranke an Stelle der Orts-Armenverbände zu übernehmen, in eine Verpflichtung umgewandelt und zugleich die Aufstellung von Reglements über die Aufnahme, Behandlung und Entlassung der Anstalts-Pflegebedürftigen und über die Höhe der zu erstattenden Kosten vorgeschrieben wird. Diese Reglements unterliegen der Genehmigung der zuständigen Minister.

Der Magistrat hat entsprechend diesen Anforderungen des Gesetzes und auch in Rücksicht auf den Umstand, daß am 1. April 1893 die Eröffnung der neuen Irrenanstalt Herzberge erfolgt und mit diesem Moment die unmittelbare Aufnahme der Geisteskranken in die städtischen Anstalten als Regel festgehalten werden soll, ein neues einheitliches Reglement für die Irrenanstalten der Stadt Berlin zur Kenntnißnahme vorgelegt, welches sich auf alle in dieselben aufgenommenen (nicht blos die der Armenpflege verfallenen) Geisteskranken bezieht. Er ersucht zugleich die Versammlung um ihre Zustimmung dazu, daß für die nächsten 3 Jahre der Kostensatz für volle Anstaltsverpflegung auf 2 Mark, der Zuschlag für Außenpflege bei Privatanstalten auf 25, bei Familienpflege auf 45 Pfg., die allgemeinen Verwaltungskosten auf 1 M. festgestellt werden.

Stadtv. Stadthagen: Ich beantrage, die ganze Vorlage einem Ausschuß von 15 Personen zu überweisen. Es handelt sich hier um höchst einschneidende, für die persönliche Freiheit des Einzelnen sehr bedeutsame Bestimmungen. Das Reglement erweitert ganz erheblich die Befugnisse des Oberpräsidenten und schränkt diejenigen der Stadt ganz erheblich ein. Die Bestimmungen über die Aufnahme, Behandlung und Entlassung Geisteskranker sind uns garnicht zur Beschlußfassung vorgelegt, während gerade die Frage, ob und wann ein Geisteskranker aufgenommen werden kann, zu den brennendsten gehört. Nach dem Reglement soll ohne weiteres die Polizei berechtigt sein, jemanden, der nicht entmündigt ist, in die Irrenanstalt aufnehmen zu lassen. Der Entwurf läßt die frühere, jetzt von den Gerichten fast völlig verlassene rechtliche Anschauung bestehen. Es steht über jeden Zweifel fest, daß das Polizeipräsidium nicht das Recht hat, irgend jemand, den es für geisteskrank hält, einsperren zu lassen; es ist ihm durch das Ober-Verwaltungsgericht nur das Recht zugesprochen worden, auf seine eigene Verantwortung jemand, den sie für einen gemeingefährlichen Irren hält, in vorläufige Verwahrung zu nehmen, in allem übrigen hat das Gericht zu entscheiden. Diese letztere Vorsicht ist im Reglement ganz außer Acht gelassen. Wir dürfen uns doch hier nicht vorspannen lassen im Interesse derjenigen Richtung, welche entgegen dem bestehenden Gesetz diese Polizeibefugniß befürwortet. Erst in jüngster Zeit ist ein derartiger Fall Gegenstand der Beschwerde gegen den Staatsanwalt geworden, der das betr. Verfahren veranlaßt hat; ich hoffe, daß die städtischen Organe nicht direkt damit in Verbindung kommen werden, halte es aber für denkbar, daß auch die städtischen Beamten von Dalldorf bestraft werden könnten, wenn es sich nach der Auffassung des Gericht um unberechtigte Entziehung der Freiheit handelt. (Zwischenruf des Stadtv. Spinola.) Es handelt sich allerdings um den Fall Wabnitz. Alle Instanzen haben anerkannt, daß die Betreffende völlig geistesgesund ist; am 8. Oktober wurde die Untersuchungshaft aufgehoben, aber sie ist nicht entlassen, sondern im Widerspruch zur Straf-Prozeßordnung auf Veranlassung des Staatsanwalts durch die Polizei der Charitee zur Beobachtung ihres Geisteszustandes zugeführt worden. Das ist zweifellos ungesetzlich, wie inzwischen das Kammergericht anerkannt hat. Nur im sicherheitspolizeilichen Interesse ist solche Befugniß zulässig, sie beliebig sonst anzuwenden ist unerhört. Ueber den Begriff gemeingefährlich kann lediglich das Gericht entscheiden, nicht ein Chariteearzt. (Unruhe, die bis zum Schluß der Rede andauert.) Denken Sie an die Hamburger Fälle, die Gefahr, die Sie hier so leicht nehmen, schwebt über jedem von Ihnen!

Stadtv. Spinola empfiehlt Ablehnung der Ausschußberathung. Das Reglement sei durchaus nicht neu, sondern bestehe seit zehn Jahren und beruhe auf gesetzlichen Vorschriften. Gegen diese möge Herr Stadthagen im Reichstage angehen. Außerdem stehe ja die Anstalt in Dalldorf unter der Aufsicht eines Kuratoriums. Der Fall Wabnitz gehöre hier nicht her. Die Charitee habe das Fräulein aufgenommen auf Requisition des Gerichts. Sie sei für unheilbar geisteskrank erkannt und dann nach Dalldorf gebracht worden. Für ihre Geistesschwachheit spreche nicht nur das thörichte Verweigern der Nahrung, sondern auch das Verschlucken von Stecknadeln und dergl., außerdem aber der Umstand, daß sie Herrn Stadthagen ihr Vertrauen entzogen habe (Große Heiterkeit) und daß sie erklärt habe, Herr Singer sei gar keine sozialdemokratische Autorität (Erneute große Heiterkeit). Wenn jemand zur Nachtzeit mit dem Revolver die Passanten bedrohe, könne nicht erst der Richter wegen der Gemeingefährlichkeit eines solchen Geisteskranken befragt werden.

Die erste Berathung wird geschlossen.

Persönlich bemerkt Stadtv. Stadthagen: Der Fall Wabnitz ist von Herrn Spinola entstellt dargestellt worden. Fräulein Wabnitz hat mir nicht das Vertrauen entzogen (Lachen). Wenn das ein Beweis von Verrücktheit ist — nun Sie lehnen ja doch auch jeden Augenblick Anträge von uns ab. (Unruhe). Es hat sich ergeben, daß Briefe von mir unterschlagen worden sind, es ist auch deswegen der Strafantrag gestellt. Daher die angebliche Vertrauensentziehung.

Der Antrag Stadthagen wird abgelehnt.

In der zweiten Berathung stellt Stadtv. Singer den Antrag wiederum und führt zur Begründung aus: Ich bitte die Versammlung, den Fall Wabnitz von den etwas scherzhaften Behandlung loszulösen, die ihr Herr Spinola angedeihen ließ. Bisher habe ich geglaubt, daß auch den höchsten Verwaltungsorganen die Pflichten obliegen, wie dem Arzt, Beichtvater, Rechtsanwalt, daß sie über Dinge, die sie in solcher amtlichen Eigenschaft erfahren, nicht öffentlich sprechen. Herr Spinola hätte sich doch überlegen können, ob es seiner Stellung als Vorsteher der Charitee-Krankenanstalt angemessen ist, solche Mittheilungen in einer Weise, wie man gewöhnlich gegen einen kranken Mitmenschen nicht handelt, dem Gespött und der Lächerlichkeit auszusetzen. Ich gehe daher auch auf das nicht ein, was in Verbindung mit meinem Namen gesagt ist; ich halte die Frage für so tief ernst, daß ich es nicht über mich gewinnen könnte, nur den Versuch eines Spottes daran zu knüpfen (Unruhe) — ich verzichte auf die Kennzeichnung dieses Verfahrens der anderen Seite. Die sachlichen Ausführungen des Herrn Spinola waren unzutreffend. Deshalb, weil die Vorschriften den Gesetzen entsprechen, sind sie doch nicht sakrosankt; wir haben das auch vom Magistrat gar nicht bestrittene Recht, Aenderungen vorzuschlagen, auch wenn uns die Vorlagen blos zur Kenntnißnahme vorgelegt werden. Herr Spinola soll hier doch die Selbstverwaltung wahren und achten, das wird ihm auf diese Art nicht gelingen. Stadthagen hat überzeugend nachgewiesen, daß die Bestimmung, wie sie jetzt liegt, dem Rechtszustand wirklich widerspricht. Sie wissen ja doch auch, wie in den letzten Jahren, namentlich aber in den letzten Monaten sich diese Fälle auffallend gehäuft und die öffentliche Meinung erregt haben, daß eine Reihe von Leuten in den Irrenanstalten detinirt wurden, von denen sich herausstellte, daß sie gar nicht geisteskrank waren; und im ersten Moment, wo Sie im Interresse der Bedrückten ein Veto einlegen können, finden Sie keine andere Antwort darauf als zu lachen? Wollen Sie sich dem berechtigten Vorwurf aussetzen, daß die konservative Presse in dieser Frage viel einsichtiger ist, als die liberale Berliner Stadtverordnetenversammlung? Ich hoffe, Sie werden nicht versuchen, diese Frage zu begraben; sie läßt sich gar nicht begraben, sie wird immer wieder auferstehen, bis dem beleidigten Rechtsgefühl Genugthuung geworden ist. Diese Zustände dürfen sich doch nicht zu einem Zustand der Barbarei auswachsen. Früher verachtete und verspottete man die Geisteskranken als von Gott gezeichnet; sorgen Sie jetzt dafür, daß nicht jeder beliebige Polizeibeamte seinen Gegner einfach ins Irrenhaus sperren kann (Lachen). Es müssen Instanzen geschaffen werden, um diese Sachen wenigstens zu untersuchen, und Sie sollten dem Stadtv. Stadthagen dankbar sein, daß er die Anregung dazu gegeben hat.

Stadtsyndikus Weise: Die Gesetzgebung ist gewiß reformbedürftig, aber auf dies Reglement können wir die Reform nicht aufbauen. Die Garantien, die man in den Fällen Morris de Jonge u. s. w. gefordert hat, beziehen sich auf das Entmündigungsverfahren. Die vorläufige Unterbringung wird und muß in der bisherigen Weise auch ferner stattfinden; das hat bezüglich der Rücksicht auf die öffentliche Sicherheit Herr Stadthagen selbst anerkannt. Die Angelegenheit ist doch eigentlich Verwaltungssache und nur für die Kostenfrage ist die Mitwirkung der Versammlung erforderlich. Diese Vorschriften beruhen auf dem allgemeinen Landrecht und auf der Kabinetsordre von 1804.

Stadtv. Stadthagen: Ich habe gegen die Verwaltungen von Dalldorf nichts geäußert, wie Herr Spinola vielleicht voraussetzt, ich habe amtlich und außeramtlich anerkannt, daß in Dalldorf eine musterhafte Verwaltung ist gerade gegenüber der erbärmlichen Wirthschaft in der Charitee. (Zustimmung und große Unruhe.) Herr Spinola meint, wir müssen uns an das Gesetz halten, aber er ist nicht im stande, es mir zu nennen. Durch das Reglement wird das Gesetz von 1891 nach zwei Richtungen verletzt. Wir haben nicht nur beim Kostenpunkt mitzusprechen, dem steht der Wortlaut des Gesetzes direkt entgegen; stellt sich der Magistrat auf den Standpunkt, daß über Aufnahme, Behandlung und Entlassung der Kranken nur er Bestimmungen zu treffen hat, nicht wir, so ist

das ein Bruch der Selbstverwaltung. Zweitens werden hier die Befugnisse von Polizei und Gericht verwechselt. Dalldorf ist ein Ort der Bewahrung für die Ewigkeit, nicht blos der vorläufigen Verwahrung. Die Entmündigung ist im Falle Wabnitz vom Vormundschaftsgericht abgelehnt worden. Wollen Sie etwa nicht zugeben, daß es auch besser ist, wenn das Kuratorium durch das Plenum gedeckt wird? Das Prinzip der Selbstverwaltung und die außerordentliche Wichtigkeit der Sache erfordere die Ausschußberathung der Vorlage. Der Syndikus irrt, wenn er sich auf die Kabinetsordre von 1804 beruft, die ist aufgehoben und abgeändert worden; er irrt, wenn er glaubt, daß die Bewegung sich blos auf eine Reform des Entmündigungsverfahrens richtet; sie richtet sich gerade auch gegen versuchte Uebergriffe der Verwaltungsbehörden. Wenn die Vorlage Selbstverwaltung ist, dann packen Sie mit Ihrer Selbstverwaltung ein.

Stadtsyndikus Weise: Herr Stadthagen irrt, wenn er meint, daß ich irre. Die Kabinetsordre von 1804 besteht in Kraft; auch die jüngst über diese Frage erschienene Broschüre nimmt ausdrücklich auf sie Bezug.

Stadtv. Stadthagen: Daß diese Kabinetsordre abgeändert ist, kann der Herr Syndikus in jedem Lehrbuch über das Entmündigungsverfahren nachlesen. Er theilt den Irrthum mit anderen, wenn er annimmt, daß die Zivilprozeß-Ordnung blos das Entmündigungsverfahren geordnet habe. Die Frage ist zum mindesten zweifelhaft und daher Ausschußberathung um so mehr nothwendig.

Der Antrag Singer wird abgelehnt, der Magistratsantrag angenommen, das Reglement durch Kenntnißnahme für erledigt erklärt.

Der Betrag von 280 000 M. für die Herstellung der Heimstätte für Brustkranke in Malchow ist um 9560 M. überschritten worden. Der Magistrat sucht um die nachträgliche Genehmigung nach und beantragt zugleich, die Versammlung wolle sich damit einverstanden erklären, daß in die Heimstätte auch solche Personen zur Verpflegung aufgenommen werden können, welche aus anderen als städtischen Krankenhäusern oder aus der häuslichen Pflege kommen, wenn und soweit diese Heimstätte nicht von Pfleglingen der städtischen Krankenhäuser in Anspruch genommen ist.

Der Antrag wird damit motivirt, daß die ursprüngliche Voraussetzung, die Anstalt werde von den aus den städtischen Krankenhäusern abzugebenden Rekonvaleszenten von Tuberkulose vollständig gefüllt werden, sich nicht erfüllt hat. Nachdem vielmehr das Koch-Liebreich'sche Tuberkulin sich nicht bewährt habe und seine Anwendung sehr eingeschränkt worden sei, stehe der Heimstätte nur noch eine geringe Auswahl zu Gebote, namentlich da der hiesige Gewerks-Krankenverein es abgelehnt habe, seine Mitglieder in der Heimstätte verpflegen zu lassen.

Stadtv. Dr. Zadek: Daß die Auswahl nur gering sein soll, muß Wunder nehmen. Ich könnte allein hundert Patienten hinausschicken; wir haben 30—40 000 Lungenkranke in Berlin. Warum hat der Gewerks-Krankenverein die Benutzung abgelehnt? Es wäre sehr wünschenswerth gewesen, wenn der Magistratsvertreter seine Kraft angewendet hätte, einen andern Beschluß durchzusetzen, statt durch Wiederholung seines Ukases einen großen Theil der alten Gewerksärzte zu boykotten. Entweder liegt die Weigerung des Vereins an der Geldfrage, oder er hält die Anstalt für nicht geeignet. An der Geldfrage scheinen diese Unternehmungen alle zu scheitern, daher müssen wir von unserm Standpunkte immer wieder die Unentgeltlichkeit der gesammten Krankenpflege verlangen. Andererseits entspricht die Anstalt nicht den Anforderungen, die man an ein Sanatorium für Lungenkranke stellen muß. Seit einem Menschenalter giebt es solche Anstalten, in denen die Lungenkranken gebessert und geheilt werden, die 30—40 pCt. als geheilt entlassen. Aber nur die besitzenden Klassen können sie für sich nutzbar machen. Berlin hat bisher nichts gethan, um den Unbemittelten diese Wohlthat zuzuwenden. In Falkenstein im Taunus ist jetzt die erste deutsche Volksheilstätte für Lungenkranke unter Dr. Dettweiler eröffnet worden. Die Stadt müßte entweder zur Errichtung ähnlicher Anstalten schreiten oder Kontrakte mit bestehenden abschließen, und der Magistrat sollte daher schon in den nächsten Etat die Mittel dafür einstellen.

Stadtrath Straßmann: Lediglich um der Geldfrage willen hat der Gewerks-Krankenverein abgelehnt; er konnte nicht anders, da 46 000 Mitglieder ausgeschieden sind. Wenn der Verein als solcher beschließt, Gewerksärzte, die bei ihm angestellt sind, nicht den Kassen mit freier Arztwahl beitreten zu lassen, so ist das seine Sache, wir haben darauf keinen Einfluß, außer daß die Beschlüsse ordnungsmäßig gefaßt sein müssen.

Stadtv. Dr. Zadek: Ich hoffe, daß der in dieser Beziehung reaktionäre Gewerks-Krankenverein doch noch von seiner Auffassung bekehrt wird. Malchow entspricht durchaus nicht den Forderungen, welche man an ein Sanatorium stellen muß.

Stadtv. Virchow: Von einem Sanatorium, wie es Herr Zadek haben will, ist bei der Beschlußfassung über die Anstalt niemals die Rede gewesen. Sie sollte die Krankenhäuser entlasten. Man muß die Wirkung der Einrichtung noch ferner abwarten. Es giebt zur Zeit in den städtischen Krankenhäusern keinen Fall, der durch die Behandlung mit Tuberkulin geheilt wäre, oder der Heilung nahe stände. Selbst für ein künftiges Sanatorium ist eine Anstalt wie die bestehende eine gute Vorbereitung. Will man ein solches, so soll man einen dahingehenden Antrag stellen.

Stadtv. Zadek: Wir haben doch seit 30 Jahren Sanatorien, wir wissen, daß die Schwindsucht heilbar ist. (Vorsteher Langerhans ersucht den Redner, die Frage des Sanatoriums nicht weiter zu erörtern.) Den Mangel an Besuch in Malchow ist also eine Wirkung der Geldfrage. Die Kassen und die einzelnen Kranken haben eben kein Geld für die langwierige Behandlung, die erforderlich ist. Woher soll der besitzlose Arbeiter, der dabei noch eine Familie ernähren soll, das Geld hernehmen? (Unruhe.) Geben Sie die Behandlung unentgeltlich und die Anstalt wird voll werden. Können Sie das nicht, dann beweisen Sie wieder, daß die heutige Gesellschaft ohnmächtig ist. (Lachen.)

Stadtv. Virchow verliest nochmals den Kommunalbeschluß, auf dem die Anstalt beruht; danach sei von einem Sanatorium keine Rede. Daß Lungenschwindsüchtige geheilt seien, sei leichter zu behaupten als zu beweisen.

Die Vorlage wird angenommen.

Ein Antrag Esmann auf Einsetzung einer gemischten Deputation zur Vorberathung einer Vorlage wegen Anbringung von Straßenschildern wird abgelehnt.

Ein Antrag Kleefeld und Gen. betr. die Außerbetriebsetzung der in der Zentral-Markthalle vorhandenen Anlage zur elektrischen Beleuchtung ist durch einen Artikel der „Staatsbürger-Zeitung" veranlaßt worden, die die Maßnahmen als eine Begünstigung privater Interessen bezeichnet hatte. Nach den Erläuterungen des Stadt-Bauraths Blankenstein erklärt die Versammlung, wie Stadtv. Hermes konstatirt, die erhobene Beschuldigung für durchaus haltlos und unbegründet.

Schluß 8¼ Uhr.

Lokales.

Zu den Gewerbegerichts-Wahlen. Der bekannte Vorsitzende des Verbandes Berliner Metallindustrieller hat folgendes Zirkular erlassen:

„Vertraulich. Berlin, den 7. Dez. 1892.

Von einem Mitgliede unseres Verbandes geht uns soeben folgendes Schreiben zu:

„Wie bekannt, werden die Wählerlisten für die Gewerbegerichte am 11. ds. definitiv geschlossen und ist naturgemäß jeder Wahlberechtigte, der seine rechtzeitige Eintragung in die Listen unterläßt, von der Wahl ausgeschlossen. — Während die Arbeitnehmer ihre Rechte in umfangreichster Weise wahrnehmen, stehen die Arbeitgeber der Sache unbegreiflicher Weise sehr gleichgiltig entgegen, und sind Anmeldungen von diesen bisher nur sehr spärlich eingegangen. Welche Gefahr hierin liegt, bedarf einer weiteren Auseinandersetzung hier kaum; will man aber verhindern, daß die Gewerbegerichte nur aus sozialdemokratischen Elementen zusammengesetzt werden, dann ist schleunigste Sorge zu treffen, daß die Arbeitgeber ihre Anmeldungen zur Eintragung in die Wählerlisten ungesäumt veranlassen. Ich möchte deshalb ergebenst anheimstellen, die Arbeitgeber durch ein Zirkular an ihre Pflichten zu erinnern und auf die drohende Gefahr aufmerksam zu machen."

Bei der außerordentlichen Wichtigkeit dieses Gegenstandes können wir Obiges unseren Verbandsmitgliedern nur zur eingehendsten Erwägung empfehlen, da leider die Zeit fehlt, weitere Schritte zu veranlassen.

Hochachtungsvoll!
Verband Berliner Metallindustrieller.
Der Vorsitzende.
Fritz Kühnemann."

Es macht uns viel Vergnügen, durch Abdruck dieses Zirkulars den Absichten des Herrn Kühnemann auch in unseren Kreisen die Beachtung verschaffen zu können, welche sie verdienen.

Die Neue Maschinenbauer-Krankenkasse (Fabrik-Kasse) zu Berlin besitzt noch immer nicht die freie Aerztewahl. Die Mehrzahl der Mitglieder erstrebt zwar schon seit Jahr und Tag die freie Aerztewahl, sie kann aber nicht zu ihrem Ziele gelangen, und zwar aus folgenden Gründen: In der ordentlichen Generalversammlung vom 15. März d. J. war von den Delegirten der Arbeitnehmer beantragt und beschlossen worden, die freie Aerztewahl einzuführen. Die Arbeitgeber aber protestirten hiergegen und vertraten die Ansicht, es bedinge das eine Aenderung der Statuten. Eine solche mußte nun so wie so stattfinden, weil die Kasse sich der Krankenkassengesetz-Novelle anpassen wollte. Bei dieser Gelegenheit beantragten die Delegirten der Arbeitnehmer zugleich eine Aenderung des Paragraphen 41. Dieser lautet in dem alten Statut: „Die Generalversammlung faßt ihre Beschlüsse mit absoluter Stimmenmehrheit. Bei Stimmengleichheit gilt der betreffende Antrag als abgelehnt. Zur Beschlußfassung über Abänderungen des Statutes und über Auflösung der Kasse ist jedoch eine Majorität von ⅘ der in der Versammlung vertretenen Stimmen erforderlich."

Dieser letztere Passus sollte nach dem Antrage der Arbeitnehmer-Delegirten gestrichen werden, in Zukunft also die einfache Majorität genügen, um über eine Statutenänderung beschließen zu können. Die Waffe der ⅘-Majorität wollten sich aber die Fabrikanten nicht aus den Händen winden lassen und deshalb lehnten sie die Aenderung dieses Paragraphen ab. Nach der Abstimmung legte die Mehrzahl der Delegirten ihre Mandate nieder und verließ den Saal, weil sie den Auftrag und die Wünsche der von ihr vertretenen Mitglieder nicht zur Geltung zu bringen vermochte. Es soll nun in den nächsten Tagen eine öffentliche Mitgliederversammlung einberufen werden, um gegenüber dem Vorgehen der Arbeitnehmer Stellung zu nehmen.

Da sich das Prinzip der freien Aerztewahl bei den Kassen immer mehr Bahn bricht und die Kassen darunter nicht mehr leiden, als bisher, ist es nicht recht ersichtlich, weshalb die Arbeitgeber in der Neuen Maschinenbauer-Krankenkasse sich so sehr gegen die Einführung sträuben. Vielleicht geschieht dies lediglich aus dem Grunde, um den Arbeitern nicht noch mehr „Freiheit" zu gewähren. Dadurch könnte das Unabhängigkeitsgefühl derselben noch gestärkt werden und das darf beileibe nicht geschehen. Der „Respekt" vor dem Arbeitgeber und dessen ihm angeborener Weisheit muß erhalten werden, er gehört mit zu dem „patriarchalischen" Verhältniß, das nach der Ansicht der braven Bürger zwischen Arbeitnehmer und Arbeitgeber herrschen soll. Für die Ersteren bedeutet dasselbe allerdings gemeiniglich die schrankenlose Ausnutzung ihrer Arbeitskraft.

Etwas von der „Humanität" des Staates. Das Betteln ist bekanntlich im heiligen deutschen Reich auf das Strengste verboten, die „Vagabunden" werden ohne Erbarmen eingelocht. Aus nachstehenden zwei Beispielen erhellt, was der Staat seinerseits dazu beiträgt, um die Zahl der Bettler zu vermindern. In Moabit wurde dieser Tage ein junger Mann verurtheilt, weil er gegen fremdes Eigenthum „gefrevelt" hatte. Der „Dieb" hatte seinem Dienstherrn ein Quantum Kartoffeln entwendet, das er alsbald aufgezehrt hatte. Jetzt sollte er deshalb acht Tage brummen. Das war aber sein geringster Kummer. Er war von Grünberg in Schlesien durch einen Transporteur zum Termine vorgeführt worden, weil er aus Mangel an Geld einen früheren Termin versäumt hatte. Nach Beendigung des Termins ging der Transporteur seiner Wege, der Verurtheilte blieb ohne einen Pfennig Geld zurück! Der Gerichtsdiener erbarmte sich seiner und veranstaltete eine Kollekte für ihn, damit er wenigstens nach Grünberg wieder zurückfahren konnte. Er hätte sich sonst bis dorthin durchbetteln müssen!

Aus Wriezen kamen zwei Frauen, Mutter und Tochter, zum Termin. Sie wurden ebenfalls wegen Diebstahls verurtheilt. Ihnen stand schließlich aber auch dasselbe Schicksal bevor, wie dem Grünberger Leidensgefährten, nämlich per Schub befördert zu werden. In dem Wetter eine Fußreise bis nach Wriezen zu machen, das wäre den beiden Frauen nicht möglich gewesen. Auch hier erbarmten sich die Richter, indem sie eine Sammlung veranstalteten.

Was aber wäre aus den Leuten geworden, wenn sie nicht beschenkt worden wären? Wenn sie nicht schon in Berlin verhungern wollten, dann passirte es ihnen sicher auf der Landstraße, — ausgenommen natürlich, sie bettelten! Das aber ist streng verboten. Aus eigenem Antriebe wäre es den Leuten auch gar nicht eingefallen, um Almosen anzusprechen, aber der Staat hat sie ja geradezu hierzu gezwungen. Der junge Mann wird ohne viel Federlesens aus Schlesien nach Berlin geschleppt, und hier sitzen gelassen. Kein Mensch kümmert sich darum, ob er überhaupt und wie er wieder nach Hause kommt.

Aus dem „Stromerleben". Ein Handwerksbursche im Alter von einigen zwanzig Jahren hatte, wie die „Nat.-Ztg." schreibt, bei einer Gemeinde in der Nähe Potsdams an einem der letzten Frosttage um ein Unterkommen während der Nacht gebeten. Obwohl dies durch eine Streu im Gemeindehause sehr leicht hätte beschafft werden können, wurde dem Handwerksburschen dennoch die Thür gewiesen. Am folgenden Morgen fand man ihn unweit des Dorfes mit vollständig erfrorenen Füßen an der Landstraße liegen. Der Aermste wurde nach dem städtischen Krankenhause zu Potsdam befördert, wo ihm am nächsten Tage beide Beine bis zum Knie abgenommen werden mußten. So geschehen im 19. Jahrhundert christlicher Zeitrechnung, im christlichen Staate Preußen und in der Aera des „praktischen Christenthums".

Die „Post", das Organ der Freikonservativen, hat sich aus einer Handelsgesellschaft in eine „Gesellschaft mit beschränkter Haftung" umgewandelt. Das Stammkapital der Gesellschaft beträgt 240 000 M. Als Stamm-Einlagen haben übernommen: 1. Karl Freiherr von Stumm-Halberg, Geheimer Kommerzienrath zu Neunkirchen, 23 000 M., 2. Viktor Herzog von Ratibor auf Randen, 26 000 M., 3. Wilhelm von Neumann, Legationsrath a. D., zu Gerbstaedt, 5000 M., 4. Otto Fürst zu Stolberg-Wernigerode auf Wernigerode 50 000 M., 5. Rudolf Stengel, Konsul a. D., zu Staßfurt, 22 000 M., 6. Hans Heinrich Fürst von Pleß auf Pleß 26 000 M., 7. Dr. Robert Freiherr Lucius von Ballhausen, Staatsminister, auf Klein-Ballhausen, 15 000 M., 8. Hugo Fürst zu Hohenlohe-Oehringen, Herzog von Ujest, auf Slaventzitz, 18 000 M., 9. Fred Graf von Frankenberg-Tillowitz auf Tillowitz, 15 000 M., 10. Ernst Freiherr von Eckardtstein-Pröthel zu Berlin, 6000 M., 11. Andreas Graf von Maltzahn auf Militsch 5000 M., 12. Octavio Freiherr von Zedlitz und Neukirch, Geheimer Ober-Regierungsrath, zu Berlin, 4000 M., 13. Ernst Freiherr v. Falkenhausen auf Bielau 19 000 M., 14. Hermann Fürst von Hatzfeldt-Trachenberg auf Trachenberg 6000 M. Geschäftsführer ist: der Redakteur Dr. Leopold Kayßler zu Berlin.

Die Influenza ist wieder in Sicht. Vor kurzem berichteten wir, daß nach übereinstimmenden ärztlichen Beobachtungen seit mehreren Wochen in Berlin die Influenza wieder aufgetreten ist und mehrfach bereits zu schweren Erkrankungen geführt hat. Auch des verstorbenen Werner von Siemens Leiden begann mit Influenza. Nunmehr theilen die „Veröffentlichungen des kaiserlichen Gesundheitsamtes" mit: Während der diesjährigen Epidemie war es in Deutschland der Regierungsbezirk Düsseldorf, wo sich die Krankheit zuletzt, und zwar bis Anfang Juni, gezeigt hat. In Deutschland hörte man seitdem nichts von einem epidemischen Auftreten der Influenza, in England, Nordamerika und auch in Italien hielt sich die Epidemie etwas länger, doch auch von hier hat seit geraumer Zeit nichts darüber verlautet. Jetzt melden die „Veröffentlichungen", daß in den beiden letzten Wochen in Kopenhagen je 106 Erkrankungen, in London 6 bezw. 2, in New-York 3 Todesfälle an Influenza beobachtet sind.

Jedem nach Verdienst. Wie die „Berl. Ztg." schreibt, ist der Bankier Maaß jetzt im Plötzensee Gefängniß Bibliothekar. Er hat die Bücher, die an zwei Wochentagen an die Gefangenen ausgegeben werden, aus der Bibliothek zu entnehmen, über die Ausgabe Buch zu führen und darf sich beständig in der Bücherei aufhalten. —

Das ist für Maaß gewiß sehr angenehm, und der Mann hat diese fürsorgliche Behandlung wohl auch verdient. Daß er Depots unterschlagen und mit fremden Geldern Jahre lang in dulci jubilo gelebt hat, was ist am Ende Schlimmes dabei? Ja, wenn der Mann ein politischer Verbrecher wäre, wenn er etwa bei einem Hoch auf den Kaiser den Hut aufbehalten oder gar während eines solchen sitzen geblieben wäre — für solche „Verbrecher" giebt es in deutschen Gefängnissen keine Vergünstigung. So ein Preßsünder oder Majestätsbeleidiger, der muß sein „Pensum" liefern und wird mit „blauem Heinrich" gefüttert. Hat einer aber blos Hunderttausende unterschlagen und Bücher gefälscht, so wird er Bibliothekar. Das kommt davon, daß wir im „Kulturstaat" sind.

Dreizehn Jahre unterwegs ist eine Postkarte gewesen, welche dieser Tage (am 6. Dez.) einer Firma in Sagan seitens des dortigen Postamtes als „unbestellbar" zurückgeliefert worden ist. Im Jahre 1879 wurde die Karte mit der Adresse einer Firma in Frankfurt a./M. aufgegeben. Wo sich der papierne Vagabund in diesen dreizehn Jahren umher getrieben hat, kann der Absender nicht erfahren, weil es die Post selbst nicht weiß."

5000 M. in preußischen Konsols sind jetzt aus einem am 10. Juli d. J. bei Frau Direktor Haas, Wilhelmstr. 10, verübten Diebstahl zum Vorschein gekommen und von der Kriminalpolizei mit Beschlag belegt worden. Der Diebstahl geschah an einem Sonntag; schon am Tage darauf waren an der hiesigen Börse sämmtliche Nummern der gestohlenen Papiere durch Anhang bekannt gemacht. Erst einige Tage später sind die jetzt entdeckten Konsols von einer Frau, die angab, aus Landsberg a. O. zu sein, in London an einen Bankier verkauft und von diesem einer hiesigen Bankfirma übersandt worden, welche die Papiere weiter verkaufte, bis diese von einem Privatmanne bei der Reichsbank als Depot hinterlegt wurden. Hier wurden, nach der „Vossischen Zeitung", die Stücke durch die Kriminalpolizei mit Beschlag belegt. Die mitgestohlenen Urkunden privater Natur, wie Geburtszeugniß, Trauschein, eine Rentenurkunde über 50 000 M. nebst Kupons ꝛc., sind trotz der ausgesetzten hohen Belohnung, obwohl diese Papiere für einen Dritten vollständig werthlos sind, bis jetzt nicht zum Vorschein gekommen.

Die Weihnachtsbäume treffen, im Vergleich zu den Vorjahren, bis jetzt sehr spärlich in Berlin ein. Es scheint, als ob in den Kreisen der Großhändler keine rechte Stimmung für größere Ankäufe herrscht; sie stehen nämlich noch unter dem Eindruck der im verflossenen Jahre erlittenen Schlappe. Bekanntlich war während der letztverflossenen Weihnachtssaison das Angebot außergewöhnlich groß, die Nachfrage, bedingt durch die schlechten Geschäfts- und Erwerbsverhältnisse aber so schwach, daß die Händler mit den meisten Christbäumen sitzen blieben und sie schließlich zu Schleuderpreisen an Lokalbesitzer abgaben, die ihre Wirthsräume damit dekorirten.

Zahlreiche Waldbrände haben im April und Mai d. J. in den Canner (Köpnicker) und Grünauer Forsten stattgefunden, wodurch etwa 12 Hektar Baumbestände und Schonungen vernichtet worden sind. Da der dringende Verdacht vorliegt, daß die Brände in elf Fällen, und zwar am 9., 10., 18., 23. und 30. April, sowie am 11. Mai, ferner fünf Brände am 27. April durch Brandstiftung hervorgerufen worden sind, so hat der Erste Staatsanwalt bei dem königlichen Landgericht II, Berlin, für Nachweisung der Brandstifter 300 Mark Belohnung ausgesetzt.

Die Feuerwehr hatte in der Nacht zum Donnerstag auf dem Grundstück Skalitzerstraße 74, auf welchem sich die Bureaus der 4. Polizei-Hauptmannschaft befinden, einen umfangreichen Brand zu bekämpfen, durch welchen die Bodenräume des ausgedehnten fünfstöckigen Quergebäudes mit ihren zahlreichen Verschlägen und deren aus Hausgeräthschaften und Heizmaterialien bestehenden Inhalt sowie die Bedachung zum wesentlichsten Theil vernichtet worden sind. Die Flammen hatten bei Ankunft der um ½2 Uhr alarmirten Feuerwehr sich bereits über das ganze Dachgeschoß ausgedehnt, und konnte es unter diesen Umständen nur darauf ankommen, eine weitere Ausdehnung des Brandes auf die angrenzenden Seitenflügel, insbesondere aber einen Durchbruch der Flammen nach den unterliegenden Wohnungen zu verhindern. Beides ist in vollem Umfange gelungen. Der Brand ist über das Dachgeschoß des Quergebäudes nicht einen Fuß breit hinausgekommen. Der Angriff wurde mit zwei Schlauchleitungen aufgenommen und in verhältnißmäßig kurzer Zeit durchgeführt; schon gegen 5 Uhr früh rückten die letzten Löschzüge auf den Wachen wieder ein. Im Laufe der Löscharbeit wurde der Feuerwehr die Mittheilung gemacht, daß in einer Wohnung der vierten Etage im Seitenflügel, welche vom Feuer gar nicht berührt worden war, eine Frau und mehrere Kinder bewußtlos liegen sollten. Die schleunigst nach oben entsandten Rettungsmannschaften fanden in der That die Frau des Schlossers Witzenhausen mit fünf Kindern, im Alter von 1½ bis 12 Jahren, von Rauch vollständig betäubt, meistens noch in den Betten liegend vor. Wie sich ergab, war die Qualm von dem brennenden Quergebäude nach dem Seitenflügel hingezogen und in die Wohnung des Schlossers Witzenhausen, deren Fenster von dem Manne wahrscheinlich geöffnet worden sind, gedrungen, nachdem letzterer sich unten begeben hatte. Den von den Feuerwehr-Samaritern in energischer Weise eingeleiteten Wiederbelebungsversuchen, welchen sich demnächst auch der herbeigeeilte Dr. Hoffmann betheiligte, ist es glücklicherweise gelungen, die Frau und sämmtliche Kinder wieder zum Bewußtsein zu bringen, und dem Anscheine nach dürften für dieselben weitere böse Folgen nicht zu befürchten sein. Zwei Kanarienvögel haben dagegen den Erstickungstod erlitten. Die Entstehungsursache des Brandes ist unaufgeklärt geblieben. — Kurz vorher gegen 1 Uhr Nachts war auf dem Grundstück des Gärtnereibesitzers Schulz in der Straße — an der Frankfurter Allee — in dem Kesselhause für die Centralheizungen Feuer ausgekommen, welches hauptsächlich

Dach desselben in sein Zerstörungsbereich gezogen hat. Zur Bewältigung des Brandes war nur ein kurzes Eingreifen mit einer Schlauchleitung erforderlich.

Gegen den Landgerichts-Präsidenten Brausewetter, welcher im Ahlwardt-Prozeß von „Droschkenkutschern und anderen bestraften Subjekten" sprach, soll — so läßt sich die „Kölnische Volks-Zeitung" von hier telegraphiren — Beschwerde beim Justizminister erhoben werden.

Dritter Wahlkreis. Genossen, welche noch im Besitz von Sammellisten zum Parteitag sind, werden ersucht, dieselben an G. Ladewig, Ritterstr. 70, abzuliefern.

Polizeibericht. Am 7. d. M. Vormittags wurde vor dem Hause Rosenthalerstr. 16/17 ein 14jähriger Knabe durch einen Geschäftswagen überfahren und an den Oberschenkeln so bedeutend verletzt, daß er nach dem Jüdischen Krankenhause gebracht werden mußte. — Als Abends eine junge Dame auf der Haltestelle vor dem Hause Skalitzerstr. 62 einen Pferdebahnwagen besteigen wollte, wurde sie von einem vorüberkommenden Müllwagen überfahren und erlitt eine Verletzung am Oberschenkel. — In der Nacht zum 8. d. Mts. brach im Dachstuhle des Hauses Skalitzerstr. 74 Feuer aus. Durch den entstandenen Rauch wurden im vierten Stock die Schlosserfrau Witzenhausen und ihre fünf Kinder betäubt, sie wurden jedoch durch die Feuerwehr gerettet und durch einen hinzugerufenen Arzt unter Beihilfe von Mannschaften der Feuerwehr bald wieder zum Bewußtsein und außer Gefahr gebracht. — Außerdem fanden im Laufe des Tages sechs kleine Brände statt.

Gerichts-Zeitung.

Ahlwardt und die „Judenflinten".

IX.

Der Andrang zum Gerichtsgebäude ist heute ein so gewaltiger, daß nicht nur in Gängen, sondern auch vor dem Gebäude Schutzmänner postirt sind, welche die Ordnung aufrecht zu erhalten haben. Die Ungeduld des im Zuhörerraum anwesenden Publikums wird auf eine harte Probe gestellt, denn die Anklagebank bleibt leer und der Gerichtshof bleibt länger als gewöhnlich im Berathungszimmer. Das zuerst leise auftretende Gerücht „Ahlwardt ist krank geworden!", welches anfänglich mit ungläubigem Lächeln entgegengenommen wird, findet bald eine Bestätigung, denn der Arzt des Untersuchungs-Gefängnisses, Geh. Rath Lewin, erscheint auf der Bildfläche und begiebt sich in das Berathungszimmer. Bald erscheint auch der Gerichtsphysikus Sanitätsrath Dr. Mittenzweig und beide Aerzte begeben sich zu dem Angeklagten. Der Ober-Staatsanwalt Dr. Wachler hält längere Gespräche mit dem Ersten Staatsanwalt Drescher. Erst um 11 Uhr kehren die Gerichtsärzte zurück und schreiben am Tische des Gerichtsschreibers ihr Gutachten nieder. Bald darauf erscheint der Gerichtshof.

Präsident Landgerichtsdirektor Brausewetter: Mir ist die Nachricht geworden, daß der Angeklagte krank sei.

Erster Staatsanwalt Drescher: Auch mir ist diese Nachricht geworden. Ich habe mich infolge dessen ins Gefängniß begeben und dort festgestellt, daß gestern Abend nach Beendigung der Dienststunden des Gefängnisses der ehemalige Vertheidiger des Angeklagten Rechtsanwalt Hertwig im Gefängniß erschienen, Zutritt nachgesucht und auch erhalten hat, ohne irgend welche Genehmigung dazu zu besitzen. Der Oberaufseher hat ihm den Zutritt leider auch gestattet in der Meinung, daß der Herr noch der Vertheidiger des Angeklagten sei, was bekanntlich nicht der Wahrheit entspricht. Ich habe es für nothwendig erachtet, diese Thatsache öffentlich bekannt zu geben.

Präs.: Ich habe Veranlassung genommen, den Gefängnißarzt Geh.-R. Dr. Lewin und Sanitätsrath Dr. Mittenzweig beauftragt, eine Untersuchung des Gesundheitszustandes des Angeklagten vorzunehmen. Das mir zugegangene schriftliche Gutachten werde ich verlesen. In dem Gutachten wird bescheinigt, daß der Angeklagte über Trockenheit im Schlunde, Magenbeschwerden und katarrhalische Affektionen klagt. Der Pulsschlag beträgt 140 in der Minute. Nach Ansicht der Sachverständigen leidet der Angeklagte an Rachen- und Blasenkatarrh, er werde jedoch voraussichtlich morgen verhandlungsfähig sein.

Der Präsident vertagt infolge dessen die Sitzung auf Freitag 10 Uhr.

Freigesprochen von der schweren Anklage der Unterschlagung im Amte in mehrfachen Fällen wurde der frühere Amtsdiener Karl Hartung zu Reinickendorf, welcher sich dieserhalb am 5. d. M. vor der II. Strafkammer des Landgerichts II zu verantworten hatte. Derselbe war beschuldigt, im Jahre 1889 eingezogene amtliche Gelder im Betrage von 88,70 M. nicht an zuständiger Stelle abgeliefert zu haben. H. stellte dies nicht in Abrede, führte indessen zu seiner Entschuldigung seine Ueberlastung mit Arbeiten an, hervorhebend, daß er an manchen Tagen gegen hundert Sachen zu erledigen gehabt hätte. Als das Defizit schließlich auf dem Amte zu Tage trat und der Amtsvorsteher Wilke ihn aufforderte, den Fehlbetrag zu begleichen, habe er sofort 60 M. abgeliefert. Der Restbetrag sei bis auf etwa 2 M. weiterhin abgetragen worden, was der Amtsvorsteher bestätigte, der dem H. im übrigen das beste Zeugniß ausstellte. Der Amtsvorsteher bekundete jedoch, daß H. die Requisitionslisten nicht abgeliefert habe, in deren Besitz zu sein H. jedoch in Abrede stellte. Der als Sachverständiger geladene Kanzleirath Kühne gab sein Gutachten dahin ab, daß H. als Vollstreckungsbeamter unbedingt hätte Listen führen müssen, was aber nicht geschehen sei, und daß eine ordnungsmäßige Kontrolle seitens des Amtes nicht stattgefunden habe. Seitens des Staatsanwalts war eine sechsmonatliche Gefängnißstrafe beantragt worden. Demgegenüber wurde seitens der Vertheidigung hervorgehoben, daß dem Angeklagten eine strafbare Absicht fern gelegen habe und daß verschiedene Fälle nicht aufgeklärt seien, berief sich auf die gute Führung des Angeklagten, sowie auf den Umstand, daß derselbe als Soldat mehrere Feldzüge mitgemacht habe und plädirte für Freisprechung resp. eine gelindere Bestrafung. Der Gerichtshof folgte den Darlegungen der Vertheidigung und sprach H. von der Anklage der Unterschlagung im Amte frei.

Soziale Uebersicht.

Wegen Lohnherabsetzung ist über die Firma Darmann u. Co. in Solingen von den dortigen organisirten Formern die Sperre verhängt.

Neue Arbeiterkündigungen sind, wie die „Frankfurter Zeitung" berichtet, auf dem Bochumer Verein, bei Krupp und einer Anzahl kleinerer Eisenwerke vorgenommen worden. Die Gesammtzahl der gekündigten Arbeiter beträgt zuverlässiger Schätzung zufolge gegen 500. „Daneben gehen allgemein Lohnkürzungen und Betriebseinschränkungen; die Arbeitslosigkeit wächst in erschreckendem Maße."

Wie groß die Arbeitslosigkeit, davon weitere Beispiele. Im Hause des Droguisten F. O. Palis, Bremen, Langestraße, wurde laut Inserat der „Bremer Nachrichten" ein Arbeiter gesucht. Gegen 200 fanden sich ein.

In der Kesselschmiede-Werkstätte des Norddeutschen Lloyd zu Bremerhaven sind am Sonnabend 25 Kesselschmiede, darunter viele Familienväter, wegen Arbeitsmangels entlassen worden.

Auf der Schiffsbau- und Maschinenwerkstätte „Vulkan" in Stettin sollen nach und nach zirka 1000 Arbeiter entlassen worden sein.

Die Arbeitslosen Bielefelds, deren Zahl von der dortigen „Volkswacht" auf 600 geschätzt wird, wollen eine Petition an den Magistrat richten, um diesen zu veranlassen, ihnen durch Inangriffnahme öffentlicher Arbeiten Verdienst zu schaffen.

Genehmigt wurde am 20. November d. J. das im Oktober 1891 bei der Behörde eingereichte Statut des Gewerkschaftsvereins sämmtlicher im Hutmacher- und verwandten Gewerben beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen Oesterreich-Schlesiens. (Sitz Troppau.)

Die Generalversammlung des Verbandes deutscher Schuhmacher wurde am 7. Dezember, Vormittags 10 Uhr, in Frankfurt a. M. durch den Vorsitzenden des Verbandes, Herrn Siebert aus Nürnberg eröffnet. Zu Vorsitzenden wurden Siebert-Nürnberg und Markus-Erfurt, zu Schriftführern Kutsche-Hannover und Säckler-Augsburg gewählt. Telegramme und Begrüßungsschreiben sind eingelaufen aus Nürnberg, München, Altenburg und Berlin. Die Präsenzliste ergab die Anwesenheit von 30 Delegirten.

Aus dem Geschäftsbericht des Vorstandes ist zu entnehmen, daß die Mitgliederzahl seit der letzten Generalversammlung um 4000 abgenommen hat, was der Vorsitzende dem schlechten Geschäftsgange zuschreibt. Nach dem Kassenbericht betrugen die Einnahmen des Verbandes vom 1. Oktober 1891 bis 1. Oktober 1892 77 360 Mark. Die Ausgaben 71 172 Mark. Die Mitgliederzahl beträgt gegenwärtig 10 121.

Es wird sodann ein Flugblatt verlesen, welches Nürnberger Schuhmacher an die Delegirten gesendet haben. In dem Flugblatt werden dem Verbandsvorsitzenden Siebert und dem Hauptkassirer Reuß Veruntreuungen und Unregelmäßigkeiten vorgeworfen.

Bock-Gotha berichtet als Vorsitzender des Ausschusses, daß er die Bücher und die Kasse öfters revidirt und alles in musterhafter Ordnung befunden habe.

Um 12½ Uhr wird hierauf die Sitzung vertagt.

Die Nachmittagssitzung wird erst um 3½ Uhr eröffnet, da die Delegirten sich nach Oberrad begeben hatten, um die Einrichtungen der Schuhfabrik Strauß zu besichtigen. Der Verbandsvorsitzende Siebert geht sodann auf die Behauptungen des Flugblattes ein. Aus seinen Ausführungen ist zu entnehmen, daß die Behauptungen theils auf kleinliche Reibereien, meist aber auf Intriguen zurückzuführen sind.

Der Kassirer Reuß erklärt, daß er sofort nach seiner Rückkehr nach Nürnberg gegen den Herausgeber des Flugblattes Klage anstrengen werde.

Bock giebt, bevor er auf die Sache eingeht, die Erklärung ab, daß, wenn er im Zweifel wäre, daß an den Anschuldigungen auch nur etwas Wahres sein könnte, er schon wegen seiner hohen Stellung als Reichstags-, Landtags-Abgeordneter und Vertrauensmann der Schuhmacher Deutschlands sich nicht erlauben würde, hier zur Rechtfertigung des Vorstandes aufzutreten. Redner, der die Sache in Nürnberg untersucht hat, führt nun Thatsachen an, welche die Art und Weise, wie die Intriguen von einzelnen Personen gegen den Vorstand geführt wurden, in einem solchen Lichte zeigen, daß die Versammlung öfters durch Pfuirufe ihre Entrüstung ausspricht. Bezeichnend ist, daß der Unterzeichner des Flugblattes Vorstandsmitglied eines Kriegervereins in Nürnberg ist.

Sämmtliche Redner sprechen ihre Entrüstung über die maßlosen Verleumdungen aus. Die meisten sind der Ansicht, daß man mit dem Flugblatt beabsichtige, einen Keil in die Bewegung zu treiben.

Um 8 Uhr Abends wird die Verhandlung vertagt.

Internationaler Textilarbeiter-Kongreß. Werthe Genossen! Laut Beschluß des ersten internationalen Textilarbeiter-Kongresses, welcher vom 18. bis 20. August zu Brüssel tagte, soll, wenn sich vorher die Nothwendigkeit eines solchen nicht ergiebt, der zweite am gleichen Ort und zu gleicher Zeit mit dem allgemeinen sozialistischen Arbeiterkongreß im Jahre 1893 abgehalten und soll von den Genossen des betreffenden Landes einberufen werden. Der internationale Sozialistenkongreß findet nun in der Schweiz und zwar laut Beschluß der Vertreter der schweizerischen Arbeiterschaft in Zürich statt. Die unterzeichneten Beauftragten kommen daher der angenehmen Pflicht nach, Euch, werthe Berufsgenossen aller Länder, auf Anfang August 1893 nach Zürich einzuladen. Wir fordern Euch auf, Euch jetzt schon zu rüsten, damit Ihr Euch recht zahlreich könnt vertreten lassen; denn je größer die Zahl der Delegirten, um so mehr wird uns die übernommene Aufgabe erfreuen. Ferner ersuchen wir, die Wünsche und Anträge für den Kongreß uns längstens bis 1. Juni 1893 unter genauer Angabe Eurer Adresse mitzutheilen, damit wir eine vorläufige Tagesordnung zusammenstellen und dieselbe bekannt geben können. Werthe Berufsgenossinnen und Genossen! Wenn Ihr Eure Lage, die Mittel und Wege zur Besserung derselben überdenkt, so werdet auch Ihr wie wir zu dem Schlusse kommen, daß nur durch internationale Vereinigung dieselbe besser gestaltet werden kann; darum rüstet Euch und erscheint nächstes Jahr zahlreich in Zürich. Mit Brudergruß und Handschlag!

Die Gewerkschaft der Seidenarbeiter Zürichs.

Sämmtliche Korrespondenzen sind zu richten an: Franz Lacher, Seefeldstr. 28, Zürich.

An die Metallarbeiter aller Länder.

Werthe Berufsgenossen! Infolge eines Beschlusses des Brüsseler Kongresses wird uns die angenehme Pflicht zu theil, Sie zu einem internationalen Metallarbeiter-Kongreß einzuladen. Wir hoffen, Sie werden uns mit Ihrer Zusage beehren und mithelfen, unsere internationalen Bestrebungen zu pflegen. Was ist's, das die Proletarier der ganzen Welt zusammenführt? Was anders, als sich die Menschenrechte zu erringen, die im Laufe von Jahrtausenden für sie verloren gegangen sind. Arbeiter aller Länder! Große, erhabene Ziele haben wir vor uns. Diese zu erreichen und unsere Kämpfer zu einheitlichem Vorgehen zu organisiren, soll der Zweck sein unserer internationalen Verbindungen, unserer internationalen Kongresse. Wir schätzen uns glücklich, zur Berathung der Lösung unserer gemeinsamen Tagesfragen Sie in unserer Alpenrepublik zu begrüßen und heißen Alle herzlich willkommen. Die Tage des Kongresses sind anfangs August 1893 und gedenken wir, zwei bis drei Tage vor Anfang des Sozialisten-Kongresses den unsrigen abzuhalten, worüber wir später durch Zirkular das Nähere mittheilen werden. Wollen Sie uns gefälligst Ihre Anträge einsenden, welche Sie am internationalen Metallarbeiter-Kongresse behandelt wissen wollen. Es ist im Interesse der vorzunehmenden Vorbesprechungen geboten, daß dieselben bis spätestens Ende Februar 1893 an uns gelangen.

Mit genossenschaftlichem Gruß und Handschlag!

Zürich, Ende November 1892.

Für den Zentralvorstand
des Schweizerischen Metallarbeiter-Verbandes.

Der Präsident: G. Berger. Der Sekretär: R. Frick.

Vermischtes.

Hamburg, 8. Dezember. Heute früh 6 Uhr brannten im Petroleumlager von Wilhelm Spieckelmann hier 8000 Liter Petroleum; das Feuer wurde gegen 1 Uhr Mittags gedämpft, das Gebäude ist gerettet.

Todesfall. Der Professor der Philosophie an der Leipziger Universität, Rudolf Seydel, ist in vergangener Nacht gestorben.

Gruben-Unglück. Auf Zeche Escouffiaux in Hornu brach infolge Entzündung von Grubengasen ein Schacht zusammen. Zwei Arbeiter wurden getödtet.

Zusammenstoß. Zwischen Valenciennes und Quiévrain fuhr ein Güterzug einem Personenzuge in die Flanke. Die Maschine stürzte um, einige Wagen wurden zertrümmert; mehrere Personen sind verwundet.

Briefkasten der Redaktion.

Müller, Cöstinerstr. Ja.

W. F. 18, Berlin. Wir empfehlen Ihnen Hasenclever's Jugendschatz, geb. 2 M.; Theobald Werra, Lesebuch für Kinder aufgeklärter Eltern. 3 Bändchen, geb. à 1,20 M.; zu beziehen durch die Buchhandlung des „Vorwärts", Berlin SW, Beuthstraße 2. Das weiter Gewünschte kann Ihnen jede Buchhandlung in verschiedenen Ausgaben vorlegen.

Tillack, Monoster. Ihr Abonnement ist bis 24. Januar beglichen.

Achtung!

Freie Vereinigung der Getreideträger (Schipper) und Speicherarbeiter.

Mitglieder-Versammlung

Sonntag, den 11. Dezember, Vormittags 10½ Uhr, bei Röllig, Neue Friedrichstr. 44.

Tagesordnung: 1. Vortrag des Genossen Hoffmann. 2. Diskussion. 3. Vereinsangelegenheiten. Gäste willkommen. Aufnahme neuer Mitglieder. 197.4

Der Vorstand.

Verband aller in der Metallindustrie beschäftigten Arbeiter

Berlins und Umgegend.

Morgen, Sonnabend, 10. Dezember, Abends 8½ Uhr, im Lokal des Herrn Röllig, Neue Friedrichstraße 44:

Branchen-Versammlung

aller in Gas-, Wasser- und Dampf-Armaturen beschäft. Arbeiter, sowie Bohrer, Hobler und Stosser.

Tagesordnung: 1. Vortrag des Genossen Türk, über: „Sibirien". 2. Diskussion. 3. Aufnahme neuer Mitglieder. 4. Verbandsangelegenheiten und Verschiedenes. 228/5

Um zahlreiches und pünktliches Erscheinen der Kollegen ersucht

Der Vorstand.

Möbel-, Spiegel- und Polsterwaaren, ganze Wohnungseinrichtungen in Mahagoni und Nussbaum, empfehlen 3270L

Gebr. Klink, SW., Friesenstrasse 21, SW.

Mehlhandlung

L. Brachvogel,

Mauteuffelstr. 75,

empfiehlt in nur besten Quantitäten:

	a Pfd. Pf.	1/16 Ctr. M.	1/8 Ctr. M.	1/4 Ctr. M.
Wiener-mehl . .	22	1,30	2,60	5,20
Kaiser-auszug .	16	0,95	1,88	3,75
Bestes Weizen-mehl . .	15	0,88	1,75	3,50
Feines Roggen-mehl . .	15	0,88	1,75	3,50

Prima-Sultaninen a Pfd. 35 u. 50 Pf., große Rosinen „ 30 „ 45 „ Corinthen 40 Pf., Citronat 1,20 M., Mandeln, süße u. bittere, 1 M. Feinste Süßfahnenbutter 1,20 u. 1,80 M. 2593b

Kalbfleisch von 40—50 Pf. täglich Augustst. 50a. 53/16

Alte Stiefel für Herren u. Damen verk. Gen. Lehmann, Linienstraße 6. 2992b

Komiker empfiehlt sich. S. M. 90 Postamt 26. 458b

Vereinszimmer u. Kegelbahn noch zu vergeben. Restaurant Friedenstr. 100

Bitte, lesen Sie!

Jedem Genossen, der seinen Bedarf an

Winter-Paletots,

sowie Anzügen, einzelnen Röcken, Jackets, Hosen, Westen 2c., ferner Stiefeln, Hüten, Wäsche, Betten, gold. u. silberne Herren- und Damen-Uhren, Reise- und Holz Koffern, Waschkesseln, Damen-Mänteln und Kleidern 2c. billig und gut kaufen will, empfehle mein bekanntes, sehr reichhaltiges Lager in Alt und Neu. Kaufe alles auf Auktionen und Leihämtern, bin daher im Stande, meine Kunden wirklich billig und reell zu bedienen.

A. Wergien, Schneidermstr.,

Partiewaarenhändler,

Skalitzerstraße 127, gegr. 1874.

Bitte, recht genau auf Namen und Hausnummer zu achten. 3128L

Für Raucher.

Offerire direkt ab Fabrik zu Engros-Preisen 719b

100 Stück Messalina M. 4,40
100 „ Castillo „ 4,90

aus besten überseeischen Tabaken. Versand franko gegen Nachnahme.

Stift Quernheim bei Bünde i./W.

Aug. Budde, Cigarren-Fabrik.

Bruchbänder,

chirurg. Gummiwaaren, Gummi-Strümpfe, Geradehalter, Leibbinden, Spritzen, Suspensor's etc., Umstandsbinden, medicin. Verbandstoffe, Brillen etc., Pincenez, sowie Artikel aller Art zur Krankenpflege empfiehlt [2950L

J. Ch. Pollmann, gepr. Bandagist, Berlin, 30 Linienstrasse 30.

Lieferant für die vereinigten Hilfs-Krankenkassen.

Alte Stiefel gr. Auswahl, Reparatur u. Best. reell u. billig. Genossen, seit Monaten liegt mein Mann ohne Unterstützung auf dem Krankenlager. Bitte mich im Bedarfsfalle durch obige Arbeit und Kauf zu unterstützen. 462b

Runge, Naunynstr. 2.

Pelzwaaren.

Einzelverkauf zu Engros-Preisen direkt in d. Werkstatt Stallschreiberstr. 50/51, v. 1 Tr., Ecke Alexandrinenstr. 3429

Vorzügliche Ungarweine

zu billigen Engrospreisen sind zu haben bei Knoll & Schemann, Berlin, Sandstr. 11. 3394B

Deutsch. Tischlerverband

(Zahlstelle Berlin).

Versammlungen

Branche der Musik-Instrumentenmacher

am **Sonnabend,** den 10. Dezember, Abends 8 Uhr, im Lokal von **Keller,** Bergstr. 68, und am **Montag,** den 12. Dezember, Ab. 8 Uhr, im Lokal von **Deigmüller,** Alte Jakobstr. 48a.

Tagesordnung: 1. Vortrag. 2. Diskussion. 3. Wahl eines Beisitzers und Beitragssammler. 316/9

Bezirks-Versammlungen

am **Montag,** den 12. Dezember, Abends 8 Uhr:

Osten: Lokal von **Schirrmacher,** Andreasstr. 26. Ref. Koll. **Wiedemann.**
Südosten: Hoffmann's Festsäle, Oranienstr. 180. Ref. Koll. **Coblenzer.**
Norden: Keller's Lokal, Bergstr. 68. Referent Kollege **Glocke.**

Dienstag, den 13. Dezember, Abends 8 Uhr:

Südwest und Westen: Habel's Brauerei, Bergmannstr. 5—7. Referent Stadtv. **Fritz Zubeil.**

Tagesordnung in den 4 Bezirks-Versammlungen:

1. Die Organisationsfrage. 2. Diskussion. 3. Wahl eines Beisitzers und Beitragssammler.

Zahreiches Erscheinen ist nothwendig.

Den organisirten Kollegen Berlins hiermit zur Kenntniß, daß dieselben Aufnahme in den Verband vom 1. Dezember 1892 bis zum 1. Februar 1893, ohne Eintrittsgeld und mit vollen Rechten, Aufnahme finden, sofern ihr Buch bis zum 1. Dezember in Ordnung ist.

Aufnahmen finden statt in den oben angezeigten Versammlungen und auf folgenden Beitrags-Sammelstellen, **Sonnabends von 8—10 Uhr:**

Kohr, Naunynstr. 78; **Schöning,** Stallschreiberstr. 23; **Henke,** Blumenstraße 38; **Lorenz,** Koppenstr. 43c; **Ziemer,** Cuvrystr. 25; **Golz,** Grünauerstraße 3; **Zubeil,** Naunynstr. 86; **Stramm,** Ritterstr. 123; **Haase,** Königgrätzerstraße 46; **Scheuer,** Schleiermacher- und Gneisenaustraßen-Ecke; **Parchtbar,** Katzlerstr. 15; **Holzbücher,** Moabit, Dreysestr. 3; **Gleinert,** Fenn- und Müllerstraßen-Ecke; **Rabe,** Ruppiner- und Schönholzerstraßen-Ecke; **Klein,** Schönleinstraße 6; **Schmidt,** Friedrichsbergerstraße 25; **Kunstmann,** Skalitzerstraße 107; **Hilscher,** Belleallianceplatz 6; **Petersen,** Veteranenstr. 22; **Scheuer,** Ecke Schleiermacher- und Gneisenaustraße; Steinmetzstraße 57; Dresdenerstraße 116; **Matthias,** Lübeckerstraße 41; **Ungering,** Breslauerstraße 27; **Duschek,** Rixdorf, Bergstr. 7; **Krüger,** Fennstr. 5; Ecke Sorauer- und Görlitzerstraße; **Klebs,** Weißensee, Ecke Völker- und Charlottenstraße; **L. Schmidt,** Ecke Treskow- und Diedenhofener-Straße; **Walter,** Badstraße 23; **Zabel,** Frankfurter Allee 90.

Daselbst kann sich jeder Kollege als Mitglied des Verbandes aufnehmen lassen.

Die Lokalverwaltung.

Achtung! Musikinstrumenten-Arbeiter!

Laut Beschluß der außerordentlichen Generalversammlung vom 28. November löst sich der **Fachverein der Musikinstrumenten-Arbeiter** am 1. Dezember auf, um als Sektion dem **Deutschen Tischlerverband** anzugehören. Diejenigen Mitglieder, die noch vor dem 1. Januar 1893 ihren Uebertritt angemeldet haben und ihre Beiträge bis 1. Dezember an den Fachverein bezahlt haben, treten mit vollen Rechten in den Verband über. 253/8

Pflicht eines jeden Mitgliedes ist es, sobald wie möglich den Uebertritt zur Ausführung zu bringen. — Kollegen, die an den Verein noch Pflichten haben, werden hierdurch aufgefordert, bis zum 20. Dezember an die unterzeichnete Liquidationskommission ihre Restbestände zu begleichen, widrigenfalls ihre Namen im „Vorwärts" veröffentlicht werden.

Die Liquidations-Kommission.

B. Wustrow, Wienerstr. 51, v. 4 Tr. **W. Heinrich,** Wienerstr. 45, v. 3 Tr.
W. Groth, Liegnitzerstr. 39, H. 2.

Zum Besten der gemaßregelten Pferdebahn-Bediensteten.

Montag, den 12. Dezember 1892,
in den **Concordia-Festsälen,** Andreasstr. 64:

Vokal- und Instrumental-Konzert.

12 Jahre der Verbannung
oder:
Des Ausgewiesenen Heimkehr.

Lebende Bilder, gestellt nach den von Scävola und Porsenna geschaffenen Lichtdruck-Bildern. 273/11

Nach Beendigung der lebenden Bilder: **Tanz.**

Einlaß 7½ Uhr. Billet 30 Pf. Anfang 8½ Uhr.

Billets sind in allen bekannten Lokalen und bei den bekannteren Genossen zu haben.

Der Veranstalter: **Hermann Faber.**

Theodor Fricke,

Strickgarn- und Strumpfwaaren-Fabrik, Berlin.

1. Geschäft: Oranienstr. 174. **2. Geschäft: Jannowitzbrücke 1.**

Tricot-Damen-Taillen

Winterstoff mit eingewirktem Futter von 2,50—7,50 Mark.

Normal-Hemden

	Gr. 1	2	3	4
Merino	1,50	1,60	1,75	1,90
Halbwollene	3,50	4,00	4,50	5,00
Reinwollene	4,50	5,00	5,50	6,00

Normal-Hosen

	Gr. 3	4	5	6	7
Merino	1,40	1,50	1,60	1,75	1,90
Halbwollene	2,50	3,00	3,50	4,00	4,50
Reinwollene	4,00	4,50	5,00	5,50	6,00

Unterjacken

für Herren und Damen

Merino	0,85	1,10	1,40	1,70	1,90
Vigogne	1,55	1,85	2,15	2,45	2,75
Angora	2,75	3,00	3,25	3,50	3,75
Reinwoll.	2,75	3,25	3,75	4,25	4,75
Respirations-Angora	2,75	3,00	3,25	3,50	3,75

Winter-Unterhosen

mit einfachem Bund

	Gr. 4	5	6	7
Ungebleicht	1,10	1,35	1,60	1,90
Merino	1,25	1,50	1,75	2,00
Starke Merino	2,25	2,50	2,75	3,00

Herren-Westen

links und rechts gestrickt, mit und ohne Muster,
2,75, 3,00, 4,00, 4,50, 5,00, 6,00, 7,00, 8,00.

Damen- und Kinder-Westen

von 1,50—6,00 M.

Neuheiten

in hocheleganten **Capotten**
in allen Farben
2,25, 3,00, 4,00, 4,50, 6,00, 7,50.

Wollene Plaids und Taillen-Tücher

in großer Auswahl
von 2,00, 2,50, 3,00—6,50.

Bei Abnahme von 3 Stück einer Sorte

10 Prozent Rabatt.

Verlag des „Vorwärts" Berliner Volksblatt,

Berlin SW., Beuthstraße 2.

Folgende **empfehlenswerthe**

Festgeschenke

halten wir gut und elegant gebunden vorräthig:

Unterhaltungs-Literatur.

Bellamy, Edw., Ein Rückblick aus dem Jahre 2000. Gebd. M. —,80
Béranger's Lieder. Gebd. M. —,80
Blos, Wilhelm, Das Ende vom Lied. Sozialer Roman. Gebd. M. 4,—
— Rothenburger Tage. Eine Geschichte aus stürmischer Zeit. Gebd. M. 2,—
Börne's Gesammelte Schriften. Gebd. M. 6,—
Burns, Lieder und Balladen. Gebd. M. —,60
Daudet, Der Unsterbliche. Gebd. M. —,75
— Die Könige im Exil. 2 Bde. Gebd. M. 1,50
— Numa Roumestan. 2 Bde. Gebd. M. 1,50
— Der Nabob. 3 Bde. Gebd. M. 2,25
Deutsche Arbeiter-Dichtung. Eine Auswahl Lieder und Gedichte deutscher Proletarier. 1. Band. Gedichte von W. Hasenclever, K. E. Frohme und Adolf Lepp. 2. Band. Gedichte von Jakob Audorf. 3. Band. Gedichte von einem Namenlosen. 4. Band. Gedichte von Max Kegel. 5. Band. Gedichte von Andreas Scheu. Preis pro Band elegant gebd. M. 1,—
Dickens, David Copperfield. Gebd. 2 Leinenbände M. 2,25
— Nikolas Nickleby. 2 Leinenbände. M. 2,25
— Die Pickwickier. 2 Leinenbände. M. 2,—
Dostojewskij, Memoiren aus einem Todtenhaus. Gebd. M. 1,50
— Schuld und Sühne. (Raskolnikow). Gebd. M. 1,50
— Erniedrigte und Beleidigte. Roman. Gebd. M. 1,—
Dulk, Alb., Gedichte. Ausgewählt aus seinem Nachlaß. Zweite Aufl. In elegantem Prachtband. M. 1,50
Freiligrath, Ferd., Gesammelte Dichtungen. 6 Bände. Gebd. M. 13,—
— Gedichte. Gebd. M. 4,40
Gogol, N. M., Altväterliche Leute und andere Erzählungen. Gebd. M. 1,—
— Russische Novellen. Gebd. M. 1,—
Gontscharow, J., Eine alltägliche Geschichte. Roman aus dem Russischen. Gebd. M. 1,—
Heine's Werke, herausgegeben von Bölsche. 12 Bände. in 6 gebd. M. 13,50
— Volksausgabe. 12 Bde. in 4 gebd. M. 6,—
Einzelausgaben:
— Atta Troll. — Deutschland Gebd. M. —,60
— Buch der Lieder. In Ausgaben von M. 0,80—4,—
— Die Harzreise. Gebd. M. —,60
— Neue Gedichte. Gebd. M. —,60
— Romanzero. Gebd. M. —,60
Henckell, K., Trutz Nachtigall. Gebd. M. 2,—
Herwegh, Georg, Gedichte eines Lebendigen. Gebd. M. 4,60
— Neue Gedichte. Herausgegeben nach seinem Tode. Gebd. M. 5,—
Houtz, W., Freie Gedanken. Lieder und Balladen. — Der Ring der Ewigkeit. Eine kosmische Phantasie. Beides zusammen in einem eleganten Prachtband. M. 1,50
Ibsen, Gesammelte Werke. 3 Bde. Gebd. M. 4,50
Immermann, K., Der Oberhof. Gebd. M. 1,50
Jokai, Maurus, Ein Goldmensch. Gebd. M. 1,50
Jugendschatz, Illustrirter Deutscher. Eine Festgabe für Knaben, Jünglinge, Mädchen und Jungfrauen. Gebd. M. 2,—
Kegel, Max, Lichtstrahlen der Poesie. Gedicht-Sammlung. Illustrirt von Otto Emil Lau. In elegantem Prachtband mit Goldschnitt M. 3,50
— Sozialdemokratisches Liederbuch. Gebd. M. —,40
Kennan, Sibirien. Drei Theile. Gebd. M. 1,50
Kielland, Gift. Gebd. M. —,75
— Fortuna. Gebd. M. —,75
— Das Johannisfest. Gebd. M. 2,—
— Schnee. Gebd. M. —,75
— Schiffer Worse. Gebd. M. —,75
Korolenko, W., Der blinde Musiker. Eine Studie. Aus dem Russischen. Gebd. M. —,75
— Sibirische Novellen. 2 Bändchen in 1 Band Gebd. M. —,80
Liebknecht, Wilh., Ein Blick in die Neue Welt. Elegant gebd. M. 3,—
Lie, Jonas, Der Lootse und sein Weib. Aus dem Norwegischen übersetzt. Gebd. M. —,75
— Die Töchter des Kommandeurs. Gebd. M. —,75
Maupassant, G. de —, Zwei Brüder. Aus dem Französischen Gebd. M. —,75
— Novellen. M. 1,—
— Der schöne Georg (Bel-Ami). Roman. Brosch. M. 3,—, gebd. M. 4,—
Meyer, C. F., Das Amulet. Novelle. Gebd. M. 3,—
— Der Heilige. Novelle. Gebd. M. 4,—
— Hutten's letzte Tage. Gebd. M. 3,—
— Jürg Jenatsch. Eine Bündnergeschichte. Gebd. M. 5,—
— Leiden eines Knaben. Novelle. Gebd. M. 3,—
— Der Schuß von der Kanzel. Novelle. Gebd. M. 3,—
Puschkin, Onegin. Gebd. M. —,80
— Gefangene im Kaukasus. Gebd. M. —,60
— Die Hauptmannstochter. Gebd. M. —,80
— Novellen. Gebd. M. —,80
Reuter, Werke, Volksausgabe. 7 Bände. Gebd. M. 26,—
Schiller, Fr. v., Gedichte. In Ausgaben von M. —,85 bis M. 4,—
Scott, Ivanhoe. Gebd. M. 1,20
— Die Jungfrau vom See. Gebd. M. —,80
— Kenilworth. Gebd. M. 1,20
— Quentin Durward. Gebd. M. 1,50
Shelley, Feenkönigin. Gebd. M. —,60
Strodtmann, Ad., Gedichte. Gebd. M. 1,20
Suttner, Bertha von, Die Waffen nieder! Eine Lebensgeschichte. 2 Bände M. 6,— Gebd. M. 8,—
Tolstoj, Graf L. N., Krieg und Frieden. Historischer Roman. M. 1,50
Turgenjeff, Dunst (Rauch). Gebd. M. —,80
— Frühlingswogen. Gebd. M. —,80
— Gedichte in Prosa. Gebd. M. —,60
— Memoiren eines Jägers. Gebd. M. 1,—
— Väter und Söhne. Gebd. M. 1,—
— Die neue Generation (Neuland). Gebd. M. 1,—
Walster, A. Otto, Am Webstuhl der Zeit. Sozialpolitischer Roman in drei Büchern. 3 Bände in 1 Band Gebd. M. 4,40
Werra, Theobald, Lesebuch für Kinder aufgeklärter Eltern. 3 Theile. à M. 1,20
Zola, Emile, Germinal. Sozialer Roman. M. 6,—

Alle Klassikerausgaben (Schiller, Göthe, Uhland, Lenau, Platen, Klopstock, Wieland, Hauff, Lessing, Shakespeare, Byron ꝛc.) werden auf Verlangen sofort besorgt.

Bekanntmachung.

Die Wahl der Delegirten zur Wahl der Vertreter der Arbeitnehmer für den Vorstand der Ortskrankenkasse der Maschinenbau-Arbeiter und verwandten Berufsgenossen zu Berlin findet am

19. Dezember 1892

statt (§ 42 des Statuts) und zwar:

1. Diejenigen Mitglieder, deren Betriebsstätten 75 Arbeiter oder mehr beschäftigen, wählen in ihren **Fabrikslokalen.**

2. Diejenigen Mitglieder, deren Betriebsstätten weniger als 75 Arbeiter beschäftigen, wählen im Restaurant **Seefeldt, Grenadierstr. 33,** Abends 8 Uhr.

3. Diejenigen Mitglieder, welche der Kasse auf Grund der §§ 3 und 7 des Statuts als Diverse (freiwillige) Mitglieder angehören, wählen im Restaurant **Seefeldt, Grenadierstr. 33,** Abends 8 Uhr.

Das Quittungsbuch legitimirt.

Anträge für die Tagesordnung der General-Versammlung sind bis zum 1. März 1893 schriftlich beim Vorstande einzureichen. 468b

Der Vorstand
der Ortskrankenkasse der Maschinenbau-Arbeiter und verwandt. Berufsgenossen zu Berlin.
Carl Thieme.

Kinderwagen. Größtes Lager Berlins **Andreasstr. 23. H.p.**

Achtung! Achtung!

Gruppe III. Baugewerbe,

dazu gehören Bau-Arbeiter, Maurer, Zimmerer, Dachdecker, Putzer, Stuckateure, Töpfer, Glaser, Steinmetzen, Steinsetzer, Maler, Lackirer und Brunnenmacher.

Am Sonntag, den 18. Dez., Vorm. 10 Uhr, findet eine

öffentl. Versammlung

im **Feenpalast,** Burg- und St. Wolfgangstraße statt. 273/12

Tagesordnung:

1. Die Gewerbegerichte. 2. Wahl der Ersatzkandidaten, so weit dieselben noch nicht gewählt sind.

Die Gewerkschaftsvorstände, sowie die Kandidaten können vom 10. Dez. an Handzettel bei Pyrtek, Gipsstr. 5, in Empfang nehmen und für den Vertrieb sorgen.

Die Agitationskommission der Gruppe III.

Puppen! Puppen!

Die schönsten u. billigsten angekleideten

Puppen!

39932

verkauft in größter Auswahl zu Spottpreisen, so lange der Vorrath reicht

Versandthaus Rippu,
Berlin, Neue Friedrichstr. 79, I.

Zentral-Kranken- u. Sterbekasse der Tischler ꝛc.

(E. H. Nr. 3 in Hamburg.)

Oertliche Verwaltung Berlin D.

Die Zahlstelle von **Moser,** Lübecker- und Perlebergerstraßen-Ecke, ist eingetretener Umstände halber nach Birkenstraße 28, Ecke der Stephanstraße, im Restaurant **Kluge** verlegt. 309/3

Daselbst werden Beiträge entgegengenommen, sowie die Kranken-Unterstützung ausgezahlt.

Die Ortsverwaltung.
J. A.: Ernst Liebenow.

Ortskrankenkasse der Maler.

Dienstag, den 13. Dezember 1892,
[466b] Abends 7 Uhr,

Gr. Versammlung

sämmtlicher Kassenmitglieder (Arbeitgeber u. Arbeitnehmer) in **Ebert's Clubhaus, Kommandantenstr. 72.**

Tagesordnung: Wahl von 115 Delegirten (Arbeitgeber); Wahl von 230 Delegirten (Arbeitnehmer).

Der Vorstand.

---

2 talentvolle Clowns

werden zu einer Arbeiterfestlichkeit am 2. Sonntage im Februar n. J. gewünscht. Gefällige Adressen an: [465b]
W. Schäfer, Reichenbergerstr. 72.

Verantwortlicher Redakteur: Wilhelm Schröder in Berlin Druck und Verlag von Max Bading in Berlin SW., Beuthstraße 2.

2. Beilage zum „Vorwärts“ Berliner Volksblatt.

Nr. 289. Freitag, den 9. Dezember 1892. 9. Jahrg.

Schlesische Zustände.

Ueber die Lage der meist polnischen Arbeiter der schlesischen Grubenbezirke wird uns aus Königshütte geschrieben:

Die polnische Arbeiterbevölkerung in Oberschlesien ist trotz der zentralisirten Arbeitermassen, trotz der aufs höchste gesteigerten Ausbeutung durch den Kapitalismus, der sich vielleicht nirgends in so brutaler Form äußert wie gerade hier, noch immer den gewaltigen Arbeiterbewegungen im übrigen Deutschland fern geblieben.

Nachstehend geben wir einige tabellarische Zusammenstellungen behufs besserer Orientirung und zwar nur für drei Industriezweige, in denen es den Arbeitern verhältnißmäßig noch am besten geht.*)

	Hochofenbetrieb	Walzwerksbetrieb für Eisen u. Stahl	Steinkohlen
Anzahl der Gruben	30	20	56
Geldwerth der gesammten Produktion in Mark.	27 297 889	51 595 939	96 005 139
Bruttogewinn nach Abzug der Löhne in Mark pro Kopf	5925,77	8200,51	732,42
Netto-Gewinn pro Arbeiterkopf	1/2 des Bruttogewinns, d. h. ungefähr 1975 M.	1/2 des Bruttogewinns, d. h. 1066 M.	1/5 des Bruttogewinns, d. h. ungefähr 1255 M.

Somit sehen wir, daß der Nettogewinn, den ein Arbeiter im Durchschnitt erarbeitet, ein ganz außerordentlicher ist.

Sehen wir uns nun die Arbeitsverhältnisse an.

Anzahl der beschäftigten Arbeiter über 16 Jahre für die drei oben erwähnten Betriebe:

	männl.	weibl.	männl.	weibl.	männl.	weibl.
Im Jahre 1887 . .	2452	712	9208	332	36999	3852
Im Jahre 1891 . .	3081	943	11995	603	49117	4950

Anzahl der Arbeiter unter 16 Jahren:

	männl.	weibl.	männl.	weibl.	männl.	weibl.
Im Jahre 1887 . .	56	14	348	8	96	21
Im Jahre 1891 . .	105	18	492	22	621	59

Jahres-Durchschnittslohn pro Kopf in Mark:

	männl.	weibl.	männl.	weibl.	männl.	weibl.
Des erwachs. Arbeiters pro 1891	762	fehlt die Angabe	773	fehlt die Angabe	819	264
Des Arbeit. unt. 16 J.	378	„	354	„	294	fehlt die Angabe

Aus dieser Zusammenstellung ist manches hervorzuheben und insofern interessant, als die kapitalistische Produktion hier ein geradezu klassisches Beispiel borrender Ausbeutung und der Mittel, deren sie sich in ihrer Profitwuth bedient, darbietet.

Man sieht vor allen Dingen die stetige Zuhilfenahme der weiblichen Arbeiter und die Heranziehung der Kinder zur Arbeit. Man beobachte nur den kolossalen Zuwachs, welchen die Zahl der Frauen und Kinder seit 1887 erfahren hat; beträgt ja doch die Frauenarbeit für Hochofenbetrieb 30,90 pCt., für Walzwerke 5,92 pCt., für Kohlenproduktion 10,07 pCt. und für Koksindustrie sogar 68,58 pCt.

Aehnlich stellt sich das Verhältniß der jugendlichen Arbeiter zu dem erwachsenen für dieselben Betriebe und zwar in folgenden Prozenten:

3,05 pCt., 4,08 pCt., 1,25 pCt. und für Koks 20,07 pCt.

Wir setzen, daß in den Koksbetrieben die Frauen und Kinder die Männer fast vollständig verdrängt haben. Infolge dessen stellt sich der Jahresdurchschnittslohn nur auf **513** Mark. Demgegenüber beträgt der Bruttogewinn in der gesammten Koksproduktion (bei 17 Werken) im Jahre 1891 **2024** Mark pro Arbeiterkopf!

In welcher Weise die Proletarier ausgebeutet und ihre schwachen Kräfte zerstört werden, sieht man am besten an folgenden Beispielen:

Ein Junge von 16 Jahren aus Königshütte, arbeitet 12 Stunden täglich für 1,50 M. Die Arbeit ist nicht nur am Tage, weit häufiger ist es Nachtarbeit zu demselben Preis!

Ferner die niedrigen Löhne. Der Jahresdurchschnittslohn für den männlichen Arbeiter schwankt zwischen 528 und höchstens 900 M.

Es muß zugegeben werden, daß sich der Lohn gegen das Vorjahr gesteigert hat, dagegen wurden durch die russischen Ausfuhrverbote und Mißernten die Lebensmittel so vertheuert, daß zum Beispiel der Preis für Weizen um 15—20 pCt., für Roggen um ziemlich 35 pCt. und für Gerste um 10 pCt. höher war als im Vorjahre. Um den Arbeiter nicht geradezu verhungern und einigermaßen arbeitsfähig zu lassen, mußte die Lohnerhöhung eintreten.

Man bedenke aber, daß von dem Lohn folgende Abzüge gemacht werden. Nach § 8 der Arbeitsordnung für die Arbeiter der Aktiengesellschaft der Baildonhütte

1. die gesetzlichen Beiträge zur Invaliditäts- und Altersversicherung;
2. die Beiträge zu der Betriebs-Krankenkasse des Werkes;
3. die Beiträge zur Pensions- und Unterstützungskasse;
4. Schadenersatzbeträge;
5. die Geldstrafen;
6. die etwaigen Mehrkosten der Verteetung.

Wir haben in diesen Tagen einen Lohnzettel gesehen, der manches Interessante darbietet, und den wir beifolgend zum Abdruck bringen. Der Arbeiter, dem dieser Zettel gehört, ist am 15. August erkrankt und ins Lazareth gewandert. Am 1. Oktober wollte er die Arbeit wieder aufnehmen, aber es gab keine Arbeit für ihn. Man sollte die Frau während der Krankheit ihres Mannes wöchentlich 9,50 M. bekommen. Davon jedoch keine Spur; es ist fast unglaublich, was die oberschlesischen Arbeiter im Hungern leisten können. Als aber die Geschichte doch zu schlimm wurde, bekam sie 10 M. Vorschuß. Endlich wurde dem Arbeiter jetzt vor einer Woche der Krankenlohn bezahlt. Und nun höre man. Der Krankenlohnzettel lautet:

Stahlwerks-Betriebe der Königshütte pro September 1892:

Kranke lohn		26,75 M.
Davon sind abgezogen:		
Baar Vorschuß . .	10,— M.	
Krankengeld . . .	3,— „	
Musikbeitrag . . .	0,04 „	
Strafe	0,90 „	13,94 M.
Bleiben zu zahlen .		12,81 M.

Somit hatte der Arbeiter in der Zeit vom 15. August bis zum 15. Oktober noch Abzug der 13,94 M. 12,81 M. Dazu der Vorschuß gerechnet macht 22,81 M.

Die Strafe von 90 Pf. kam daher, weil der Kranke im Lazareth einen Glasspucknapf, der wohl kaum 50 Pf. Werth gehabt haben wird, ganz zufällig und ohne Absicht zerbrochen hat.

Davon hatte der Arbeiter mit Frau und Kindern zwei Monate lang zu leben. Zu bemerken ist, daß dieser Fall durchaus nicht vereinzelt ist, er ist im Gegentheil typisch. Jeden Tag kommen solche und noch schlimmere Fälle vor.

Die Arbeitszeit beträgt durchschnittlich 15 Stunden und bei doppelter Schicht ununterbrochen 24 Stunden. Frauen müssen zur Arbeit, ihre unmündigen Kinder zu Hause lassend; daher kommen sehr oft Fälle vor, wie der, den wir unlängst in dem Pfaffenorgan „Katholik“ vom 18. Oktober verzeichnet gefunden haben: Das 9 Monate alte Kind eines Arbeiters wurde von einem Schweine so gebissen und im Gesicht zerrissen, daß es starb.

In Königshütte giebt es keine einzige Bade-Anstalt für Arbeiter. Die Arbeiter, die von schwarzem Kohlenstaub über und über bedeckt von der Arbeit kommen, müssen sich zu Hause ganz nackt ausziehen, worauf sie von ihren Frauen abgewaschen werden. Zu bemerken ist, daß die Kinder, da der Arbeiter mit seiner nicht selten aus 5—7 Köpfen zusammengesetzten Familie nur eine Stube bewohnt, bei dem Reinigungsakt zugegen sind. Nun denke man sich diesen demoralisirenden Einfluß! Waschräume werden den Arbeitern in den seltensten Fällen geboten, weil, wie sich ein preußischer Geheimrath in seiner Denkschrift von 1889 über das Berggesetz ausgesprochen hat, die Arbeiter nach erfolgter Waschung und Umkleidung verlockt werden, in die Wirthshäuser zu gehen!

Dabei sind die sanitären Zustände geradezu haarsträubend. In den Königlichen Bergwerken bei Zabrze (Heinitz-Gesenk)*) müssen die Arbeiter im Durst arbeiten, Wasser können sie erst auf 1000 Schritt Entfernung finden. Fortwährende Kopfschmerzen und Appetitlosigkeit ist die Folge. Wenn die Arbeiter um bessere Luft und Wasser bitten, dann ziehen sie sich nur die Ungnade der Beamten zu. Es wagt kein Oberbeamter dort zu erscheinen, weil sie es in der stickigen Luft nicht aushalten können.

In Chropatschew**) müssen die Arbeiter ein Wasser trinken, das wegen der Cholerogefahr so zubereitet ist, daß sie regelmäßig Bauchschmerzen bekommen. Das Wasser stammt nämlich aus einem Brunnen, der einen sehr starken Gehalt von Schwefelsäure in sich birgt. Der Direktor meinte jedoch auf die diesbezüglichen Klagen, daß das Wasser gut sei, obwohl er niemals dieses Wasser getrunken hat.

Vielfach ist die Entfernung der Arbeiterwohnungen von dem Betrieb so weit, daß die Arbeiter um 3 Uhr Morgens aufstehen und um 10 Uhr Abends nach Hause kommen. Während der ganzen Zeit lebt der Arbeiter von trockenem Brot. Die Nahrung besteht überhaupt nur aus Kartoffeln, Mehl und Brot, Fleisch wird einmal im Monat und zwar in sehr geringen Portionen genossen.

Sonntagsruhe wird in den seltensten Fällen innegehalten. In den Zinkhütten in Kattowitz wird kein Sonntag gefeiert, in der ganzen Umgegend auch nicht.***)

In Zawarze wird jeder 3. Sonntag gefeiert. An den anderen Sonntagen wird wie werktäglich gearbeitet, aber man höre: Bis zu Mitternacht sollten die Arbeiter arbeiten, aber sie müssen bis 3 Uhr Morgens arbeiten. (So war es wenigstens im September.)†)

Am 17. Oktober††) wurden durch einen Grubenbesitzer in Bismarckshütte 32 Arbeitern 115 M. abgezogen, und zwar, weil sie einen Tag im Monat nicht zur Arbeit gehen konnten. Nun bedenke man aber: Der Arbeiter verdient kaum 2 M. täglich, abgezogen wurden ihm für einen Tag 5 M. Nach den Statuten darf jedoch nur (!) die Hälfte des Tagelohnes abgezogen werden. Unter diesen 32 Arbeitern waren zwei Mädchen, die täglich 80 Pfg. verdienen, dafür wurden ihnen 2 M. für einen Tag als Strafe abgezogen!

Zur Vervollständigung des Bildes diene noch eine Beschreibung der geistigen Kost, die dem Volke dargereicht wird:

Am Sonntag, den 16. Oktober, hat der Pfarrer in Königshütte eine Predigt über das Leben der heiligen Hedwig gehalten. Dabei sagte er ungefähr folgendes: Die heilige Hedwig (Schutzpatronin von Schlesien) war eine Prinzessin und hat doch niemals Fleisch gegessen und ging ohne Abendbrot schlafen! Sie soll als Beispiel für die Arbeiter dienen! Er sprach weiter darüber, wie die heilige Hedwig in härenem Gewand einherging und die Arbeiter treiben Luxus und kaufen für ihre Frauen Kleider und Hüte. Ferner sagte er folgendes: Seht mal diese Bildung, wozu wird sie verwandt, doch nur zum Sturz der Kirchen und Klöster. Man zerstört Kirchen und baut Gefängnisse! Eine schöne Warnung vor der Bildung, die ins Gefängniß führt!

*) Jahresbericht der Handelskammer in Oppeln für 1890. (Amtliche Quellen.)

*) Praca Nr. 38 vom 20. September.
Wir zitiren diese Fälle aus dem Pfaffenblatt, damit und der Vorwurf der Uebertreibung erspart wird. Das Blatt will auf dem Wege der Bitten und christlichen Ermahnungen einige Verbesserungen in der Arbeiterlage erzielen.

**) Praca Nr. 42 vom 18. Oktober.

***) Praca Nr. 41 vom 11. Oktober.

†) Praca Nr. 38 vom 20. September.

††) Nr. 43 der „Gazeta Robotnicza“.

Versammlungen.

Ueber die Protest-Versammlungen gegen die Militärvorlage, welche am Mittwoch Abend unter regster Betheiligung der Genossen überall einen imposanten Verlauf genommen haben, liegen uns bis jetzt die folgenden Berichte vor:

Die Genossen des ersten Wahlkreises hatten sich in den Arminhallen so zahlreich versammelt, daß die Tische und Stühle aus dem großen Saale entfernt werden mußten. Kopf an Kopf dicht gedrängt lauschten die Genossen aufmerksam dem Vortrage des Reichstags-Abgeordneten Schumacher. An der Hand schon öfter in der Presse wiederholter Zahlen und Daten bewies der Redner, daß auf die Dauer in bisheriger Weise nicht mehr weiter gewirthschaftet werden könne. Die 67 Millionen Mehrausgaben für das Militär sollen vorab wohl durch Anleihen gedeckt, nachher jedoch durch eine Erhöhung der Brausteuer, und wie neuerdings zu Ohren des Referenten gelangt, auch durch eine neue Branntweinsteuer wett gemacht werden. Also wiederum hätte das Volk die Lasten zu tragen. Redner verliest die Soll-Stärke, die nach der neuen Vorlage im ganzen 100 000 Mann mehr beträgt, als bisher, und erklärt die zweijährige Dienstzeit dahin, daß nach zwei Jahren die Mannschaften nur beurlaubt werden. Ferner zählt Redner die Reichsschulden und außerdem die Schulden der Einzelstaaten auf, welche einen Gesammtbetrag von 11 Milliarden ausmachen. Diese Summe auf die Dauer zu verzinsen, sei unmöglich, schon jetzt sei das Volk aufs äußerste erschöpft. Redner beleuchtet ferner die Frage des Schutzzolls und weist auf die Aeußerung v. Frege's hin, nach welcher man statt die Schutzzölle aufzuheben, vielmehr daran denkt, dieselben noch zu erhöhen. Ferner führt Redner an, welche Summen jedem Lande der bewaffnete Friede kostet. Die europäische Schuldenlast hat sich innerhalb des letzten Jahrzehnts um 80 pCt., die Zinsenlast um mehr als 100 pCt. vermehrt. Es wird nicht verlangt, Deutschland solle sich den anderen Völkern gegenüber bloßstellen, jedoch, wenn es wirklich an der Spitze der Zivilisation marschiren wolle, so müsse es auch die Initiative ergreifen, daß die unerträglichen Lasten des stehenden Heeres von den Schultern des Volkes genommen und dafür das Milizsystem, wie in der Schweiz, eingeführt werde, die anderen Länder würden gewiß dem Beispiele folgen. Der Redner zog die aus einem etwa ausbrechenden Kriege sich ergebenden Konsequenzen bezüglich der Zahl der Verwundeten, Bergung derselben, Unmöglichkeit der nothwendigen ärztlichen Hilfe ꝛc. Nachdem der Redner den Beweis erbracht hatte, daß die Entscheidung über Krieg und Frieden dem Volke obliegen müsse, wenn wahrhaft gesicherte Zustände unter den sogenannten Kulturvölkern Platz greifen sollten, schloß der Redner mit den Worten: Wir internationalen Sozialdemokraten können stolz sein, daß wir zuerst die Fahne des Friedens ergriffen haben. Wir werden sie hoch halten. Wir wollen die Eintracht aller Nationen. Aus diesem Grunde protestiren wir gegen die Militärvorlage. Langanhaltende Beifallsbezeugungen gaben das vollständige Einverständniß der Versammlung mit dem Redner zu erkennen. Es sprachen noch die Genossen Meyner, Täterow und Kiefert im Sinne des Referenten. Gimbart machte in betreff der Pensionsverhältnisse einige interessante Mittheilungen. Nachdem der Referent in seinem Schlußwort noch einige Mißverständnisse klargelegt hatte, wurde die in folgendem wiedergegebene Resolution des Parteitages einstimmig angenommen:

„Durch die dem Reichstage zugegangene Militärvorlage werden dem schon jetzt durch den Militarismus aufs äußerste bedrückten deutschen Volke noch neue persönliche und finanzielle Lasten zugemuthet, die es nicht tragen kann, ohne auf die wichtigsten Kulturarbeiten zu verzichten, und ohne daß die Quellen der produktiven Arbeit geschädigt werden.

Das herrschende Militärsystem, nicht im stande, die Sicherheit Deutschlands gegen feindliche Ueberfälle zu gewährleisten, bildet eine fortdauernde Bedrohung des Völkerfriedens, und dient der kapitalistischen Klassenherrschaft, deren Zweck die wirthschaftliche Ausbeutung und die politische Niederhaltung der Arbeiterklasse ist, als vornehmlichstes Werkzeug.

Die Versammlung fordert daher, entsprechend dem Programm der sozialdemokratischen Partei, die Einführung eines auf Erziehung zur allgemeinen Wehrhaftigkeit beruhenden und die allgemeine Volkebewaffnung verwirklichenden Wehrsystems und erklärt, daß die sozialdemokratischen Abgeordneten in vollem Einklang mit der in der Sozialdemokratie politisch organisirten Arbeiterklasse Deutschlands handeln, indem sie die Regierungsvorlage sowie jede anderweite Forderung für das gegenwärtige Militärsystem verwerfen.“

Nachdem fand noch folgende Resolution Annahme:

Die heutige Versammlung protestirt gegen die Aeußerungen der Abgeordneten v. Frege und v. Schalscha, welche besagen, daß die sozialdemokratische Partei in den größeren Städten nur aus grünen Jungens besteht. Diese Aeußerungen beweisen eben, in welch alberner Weise die Gegner uns in ihrer Verlegenheit bekämpfen. Da man keine anderen Mittel und Wege findet, eine zwei Millionen Köpfe starke Partei offen zu bekämpfen, so muß zu den sittlichen Verleumdungen gegriffen werden. Dieses ist mit aller Entschiedenheit zurückzuweisen. Gleichzeitig erklärt die Versammlung sich mit Bebel's Erwiderung, daß die konservativen Wähler dann als dumme Kerle bezeichnet werden könnten, einverstanden.“

Nachdem noch auf die Gewerbegerichts-Wahlen hingewiesen worden war, schloß der Vorsitzende diese imposante Versammlung mit einem Hoch auf die internationale, revolutionäre Sozialdemokratie, worin alle Anwesenden begeistert einstimmten. Unter dem Gesange der Marseillaise gingen die Versammelten auseinander.

In der Unionsbrauerei (Hasenheide) sprach vor einer tausendköpfigen Zuhörerschaft der Genosse Schwartz. Der von Männern wie von Frauen überfüllte Saal wurde auf Anordnung des überwachenden Beamten noch vor ½9 Uhr gesperrt und viele mußten, ohne Einlaß gefunden zu haben, wieder umkehren. Kopf an Kopf gedrängt, lauschten die Versammelten den Ausführungen des Redners, welcher zunächst einen geschichtlichen Ueberblick über die Entwickelung des Militarismus in Deutschland gab, anführend, daß er weniger zur Vertheidigung des Vaterlandes, als dazu geeignet sei, dasselbe in Kriege zu verwickeln. Seit Gründung des Deutschen Reiches habe der Militarismus von Jahr zu Jahr mehr Opfer gefordert, so daß die Schuldenlast Deutschlands auf eine ungeheure Höhe hinaufgebracht worden sei. Im Jahre 1887 habe die Regierung den Reichstag aufgelöst, weil derselbe das Septennat nicht bewilligen wollte, der neugewählte Kartell-Reichstag bewilligte jedoch im Handumdrehen der Regierung jeden Mann und jeden Groschen; zur Deckung der neuen Lasten wurden auch von diesem Reichstage die Steuern auf die nothwendigsten Lebensmittel des Volkes bewilligt. Nachdem das Septennat unter Dach und Fach gebracht war, wurde wiederholt von der Regierung betont, daß das Deutsche Reich auf lange Zeit gerüstet sei, so daß es keiner Neuforderung bedürfe. Diese lange Zeit dauerte jedoch nur drei Jahre, das Septennat war noch nicht zur Hälfte abgelaufen, da kam die Regierung schon wieder mit einer Mehrforderung, die wiederum die letzte sein sollte. Das Zentrum gab inzwischen seine oppositionelle Stellung gegen die Regierung auf und wurde Regierungspartei. Doch dichten die Wähler des Zentrums heute schon ganz anders, als bei der letzten Wahl. Die Ersatzwahl in Keigelm zeige zur Genüge, daß das Zentrum seine Machtstellung nicht mehr unehalten werde. Heute stütze sich die Regierung bei dieser ungeheuerlichsten Forderung speziell auf das Zentrum und hoffe mit dessen Hilfe die Militärvorlage durchzudringen. Die Gründe für die Mehrforderung seien ganz dieselben, wie die bei der Einbringung des Septennats vorgebrachten. Referent weist des ferneren durch Ziffern nach, welche Riesensummen dem Moloch Militarismus geopfert worden sind; es hätte mit diesen Millionen wirkliche Kulturarbeit vollzogen werden sollen. Zum Schluß führte der Redner aus, daß die Sozialdemokratie einer Auflösung des Reichstags furchtlos gegenüber stehe, mehr als je habe sie die Volksmassen hinter sich. Bei fleißiger Agitation hoffe er, daß die Sozialdemokraten in verdoppelter Anzahl in den neuen Reichstag einziehen werden. Möge die Militärvorlage daher überall als Stoff zur Agitation benutzt werden. (Rauschender Beifall). An der Diskussion betheiligten sich die Genossen Schumann, Jaffrei, Pötsch und Gottfr. Schulz im Sinne des Referenten, welcher im Schlußworte die Anwesenden ermahnte, eifrigst unter den Arbeitern zu agitiren, damit die Erkenntniß der heutigen unhaltbaren Zustände überall Platz greife. Die Resolution des Parteitages wurde hierauf mit folgendem Zusatze angenommen: Die Versammlung verwahrt sich gegen Aeußerungen, wie sie vor wenigen Tagen im Reichstage von dem Abg. v. Frege gethan worden sind; indem wir schon wissen werden wen wir wählen, und uns auch noch bei keiner Wahl wie „grüne Jungen“ benommen haben.

Die Versammlung im 3. Wahlkreis tagte im Lokale Sanssouci und war von mindestens 2000 Personen beiderlei Geschlechts besucht. Schon um 8 Uhr sperrte die Polizei den Zugang zum überfüllten Lokal ab. Es referirten die Reichstags-Abgeordneten Frohme und Jöst. Ersterer führte aus: Nach dem siegreichen Kriege von 1870/71 war allgemein in den Kreisen der Patrioten und anderer Leute der Glaube verbreitet, es werde das goldene Zeitalter für Deutschland anbrechen, das Zeitalter einer ungeahnten Höhe der wirthschaftlichen Entwickelung — unter dem Zeichen des Friedens. Wenn auch Deutschland noch eine Zeitlang kriegsbereit würde dastehen müssen, werde das Volk doch für die Zukunft mit weiteren militärischen Anforderungen der Regierung verschont bleiben. Dieser fromme Wahn wäre wie folgt durch die Thatsachen korrigirt worden: Vor 22 Jahren staunte man über die 1 350 000 Mann, welche Deutschland an kriegsfähigen Soldaten aufwies; jetzt seien dagegen schon (mit Offizieren) 3 900 000 solche wehrfähige Männer vorhanden. Da sollte man meinen, das sei das Möglichste, was zu leisten wäre. Die Regierung denkt aber anders, für sie gilt der Grundsatz, daß Deutschland nicht kriegsbereit genug sein könne — um des Friedens willen! Ein theurer, theurer Friede! Die Regierung fußt auf den militärischen Verbesserungen, welche in Frankreich stattgefunden, und auf der Kriegstüchtigkeit Rußlands mit ihrer neuen, so exorbitanten Forderung. Dazu schrieb kürzlich ein angesehenes russisches Blatt, daß Deutschland mit der Durchführung seiner Militärvorlage an der Grenze des Möglichen ankommen werde, während Rußland seine Heeresmacht noch verdoppeln könne; es würden dazu sich die Mittel und Wege finden. Es sei darum falsch, wenn Deutschland annehme oder vielmehr seine Regierung, jemals wehrfähiger werden zu können wie Rußland. Und Bismarck, der gefallene Förderer des Militarismus, äußert sich in seinen Hamburger Nachrichten dahin, daß eine zwingende Nothwendigkeit für die Vermehrung des Heeres in dem geplanten Umfange nicht vorliege. Hat er oft die Unwahrheit gesagt, diesmal sprach er die Wahrheit. Der Redner wies zahlenmäßig die Opfer an Geld nach, welche seit dem letzten Kriege das Militärwesen in Deutschland verschlungen hat. Seit dem Jahre 1872 seien für Militärzwecke (Extra- und laufende Ausgaben) 11 597 000 000 M. ausgegeben worden. Um die ungeheueren Summen aufzubringen, ist die Regierung gezwungen gewesen, neue, früher ungeahnte Steuern und Lasten dem Volke zu bescheeren: sie schuf und vermehrte die indirekten Steuern, die Zölle und Abgaben auf Verbrauchsartikel. Nur die Zinsen für das Geborgte erfordern schon eine große Summe. Während 1877 das Reich erst 16 300 000 M. Schulden hatte, besaß es deren 1891 schon 1 877 779 000 M. Und da meint man, das Volk könne noch einen neuen Aderlaß vertragen? Selbst die Herren am grünen Tischen müßten, da ihnen ja die Statistik zur Verfügung stehn, vom Gegentheil überzeugt sein. Das Volk hat kein Interesse am Militarismus. Uns Sozialdemokraten wird vorgeworfen, wir wollten das Vaterland wehrlos machen. Das ist falsch. Wir wollen nur an Stelle des heutigen stehenden Heeres ein Milizsystem, das basirt ist auf einer zur Erziehung zur allgemeinen Wehrhaftigkeit erweiterten Jugenderziehung. Für den Militarismus und seine so oft kritisirten schlechten Auswüchse machen wir nicht einzelne Personen verantwortlich. Er ist mit Naturnothwendigkeit aus den gesellschaftlichen Zuständen historisch entstanden, was selbstverständlich nicht seine Ewigkeit bedeutet. Die Sozialdemokraten werden natürlich gegen jeden Mann und jeden Groschen im Reichstag stimmen, getreu ihren Grundsätzen, getreu ihrem Programm. Vor allem ist unser Verlangen, daß man dem Proletar erst seine Heimath lieb macht, erst dann kann man von dem Schutz derselben reden. (Stürmischer, anhaltender Beifall.) Genosse Jöst vervollständigte darauf die Ausführungen Frohme's und legte ausführlich die Vorzüge des Milizsystems gegenüber dem bestehenden Militärsystem dar. Redner schloß ebenfalls unter stürmischem Beifall, nachdem er folgende Resolution zur Annahme vorgeschlagen hatte, welche einstimmig erfolgte:

„Die heute im Lokale Sanssouci von 2000 Personen besuchte Volksversammlung protestirt gegen die von der Reichsregierung geforderten Mehrausgaben für das stehende Heer und erwartet von allen Abgeordneten, welche wirklich die Vertretung der Volksinteressen sich zur Aufgabe gemacht haben, daß sie gegen dieses Projekt der Reichsregierung, insbesondere gegen die beabsichtigte Erhöhung indirekter Steuern stimmen. Die Versammlung spricht die Ueberzeugung aus, daß es im Interesse aller Kulturvölker gelegen ist, das heute herrschende Militärsystem baldmöglichst zu ersetzen durch ein Milizsystem, wie dies im sozialdemokratischen Programm gefordert wird."

Nachdem noch der Beitritt zum Wahlverein den Versammelten ans Herz gelegt worden war, gingen dieselben mit einem stürmischen Hoch auf die internationale Sozialdemokratie auseinander.

Im vierten Wahlkreise war der große Saal der Königsbank von etwa 2000 Personen besucht. Reichstags-Abgeordneter Förster wies auf die Unsummen hin, welche der Militarismus bei uns schon bisher verschlungen hat, und bemerkte, daß, nach einem Ausspruche Moltke's, wir das im letzten Kriege eroberte Land 50 Jahre zu schützen hätten. Wenn nun schon die ersten 20 Jahre uns so theuer zu stehen gekommen seien, was müsse dann erst von den noch übrigen 30 Jahren dieses „Schutzes" befürchtet werden! Redner besprach dann die Art und Weise, wie diese ungeheueren Lasten auf die Schultern des armen Mannes abgewälzt sind, der, sofern er eine Familie von nur fünf Köpfen hat, allein 70 M. im Jahr an indirekten Steuern zur Erhaltung des Militarismus aufbringen muß. Redner bewies schließlich, daß die Sozialdemokraten, die dieses System verurtheilen, Deutschland gleichwohl nicht wehrlos machen wollen, vielmehr Errichtung einer Volkswehr fordern, die viel mehr zu leisten im stande und doch weit billiger ist als das stehende Heer. Die Bourgeoisie werde jedoch auf diese Forderung nie eingehen, weil sie das stehende Heer zur Erhaltung ihrer Herrschaft, zur Ausbeutung und Unterdrückung der arbeitenden Bevölkerung gebraucht. Aus demselben Grunde hätten aber die Arbeiter mit aller Macht gegen den Militarismus anzukämpfen und deshalb auch jede neue Forderung desselben energisch zurückzuweisen. Brausender Beifall folgte diesen Ausführungen. Der Vorsitzende verlas sodann außer der auf dem Parteitag beschlossenen noch folgende Resolution:

„Die in der heute stattfindenden öffentlichen sozialdemokratischen Versammlung anwesenden Genossinnen, Frauen und Mädchen, erklären, daß die neue Militärvorlage einen verderblichen Einfluß auf das Volkswohl ausübt. Sie erklären, daß bei der geringen Arbeitsgelegenheit und dem geringen Verdienst, sowie den direkten und indirekten Steuern es unmöglich ist, dem Volke noch neue Lasten aufzuerlegen, und erwarten, daß die Reichstagsmitglieder, speziell die sozialdemokratische Fraktion, gegen die neue Militärvorlage stimmt. Würde demzufolge der Reichstag aufgelöst, so erklären wir, voll und ganz mit den Männern wirken zu wollen."

Beide Resolutionen wurden ohne Debatte einstimmig angenommen. Unter Verschiedenem beleuchtet ein Redner die Halbheit des Antisemitismus. Eine Genossin fordert die Männer auf, die Frauen aufzuklären. Ein Genosse ermahnt jeden, der von Soldatenmißhandlungen erfahre, dieselben aufzudecken. Dabei betonte, daß es in der Frauenbewegung sich besonders um Heranziehung der Mädchen zu den Bestrebungen der Sozialdemokratie handle. Nach einigen Mittheilungen schließt der Vorsitzende mit einem Hoch auf die Sozialdemokratie die Versammlung.

Die Volksversammlung, welche im Böhmischen Brauhause stattfand, war von ungefähr 2000 Personen besucht. Referent war Reichstags-Abgeordneter Bruhns-Bremen. Derselbe führte aus: Seit Gründung des Deutschen Reiches hätten fortwährend Forderungen für den Militarismus stattgefunden, aber niemals wäre eine größere Entrüstung hervorgerufen worden, als durch die jetzige Militärvorlage. Infolgedessen hätte sich die Opposition gegen dieselbe aller Bevölkerungsschichten bemächtigt. Dazu käme noch die schlimme wirthschaftliche Lage, in der wir uns heute befänden und die es unmöglich mache, weitere Steigerungen zu ertragen. Mit Einführung der allgemeinen Wehrpflicht erwuchsen dem Volk ungeheure Lasten. Früher habe das stehende Heer nur den Zweck gehabt, als Schutz gegen den äußeren Feind zu fungiren, heute werde es als Mittel angewandt, dem „inneren Feind" Trotz zu bieten. Ferner benutze man den Militarismus, um die junge Generation, allerdings vergeblich, zur Unterwürfigkeit und zur Knechtschaft zu erziehen. Ueberall athme der militärische Geist, auf der einen Seite Rücksichtslosigkeit gegen die Untergebenen, auf der andern Seite protziges Auftreten gegen Zivilpersonen. Die einzelnen Nationen führten einen geradezu wahnsinnigen Wettkampf; marschiren wir an der Spitze, müssen wir bald die Erfahrung machen, daß uns die Nachbarstaaten schon überflügeln; gegenwärtig erleben wir, daß der französische Kriegsminister eine ähnliche Vorlage wie die deutsche in der Deputirtenkammer vorlegt. Die Ausgaben für Militär hätten im Etatsjahr 1883/84 615 Millionen betragen, im Jahre 1891/92 seien dieselben auf zirka 1400 Millionen angeschwollen. Wer das Geld aufbringe, darüber herrsche gar kein Zweifel, das seien zu 70 pCt. die Arbeiter, zu 30 pCt. die Besitzenden. Durch das System der indirekten Steuer falle das nicht so scharf ins Auge, aber wenn das so fortgehe, würden sich die bisherigen Vertreter der bürgerlichen Parteien den Reichstag nur noch von außen ansehen können! Alle Staaten ständen in finanzieller Hinsicht binnen kurzem vor dem Bankrott und es sei nur noch zu verwundern, daß Leute, die so gegen jede kulturelle Bewegung seien, der Sozialdemokratie noch den Vorwurf der Kulturfeindlichkeit machten. Unsere Programmforderung müsse maßgebend sein, indem eine allgemeine Volksbewaffnung und die Entscheidung nationaler Streitigkeiten durch ein Schiedsgericht angebahnt würde. Aber die Bourgeoisie wolle aus eigenem Klasseninteresse nichts davon wissen, weil ihr eine allgemeine Miliz gefährlich erscheine. Auch mit der Vaterlandsliebe der Bourgeoisie sei es nicht weit her, er verweise nur auf das Verhalten der deutschen Kapitalisten bei Ausbruch des deutsch-französischen Krieges. Unser Patriotismus bestehe in der Kritik der bestehenden Verhältnisse, für uns gebe es keinen Unterschied der Nation und der Sprache. (Lebhafter Beifall.) Ohne Diskussion wurde die Resolution des Parteitags einstimmig angenommen. Mit einem dreifachen Hoch auf die internationale Sozialdemokratie sowie unter Absingen der Marseillaise ging die Versammlung auseinander.

Die Volksversammlung für den fünften Wahlkreis, welche im Saale der Brauerei „Friedrichshain" tagte, war von etwa 2000 Personen, Männern und Frauen, besucht. Das Referat hatte Reichstags-Abgeordneter Molkenbuhr. Derselbe erläuterte in seinem Vortrage, daß von jeher gegen eine Vermehrung des stehenden Heeres in den breiten Schichten der Bevölkerung sich ein Widerstand geltend gemacht habe, indem gerade diese vorzugsweise die mit einer Vermehrung des stehenden Heeres verbundenen persönlichen und materiellen Lasten zu tragen hätten. Frage man, wozu das stehende Heer, die Armee, Verwendung finden solle, so erhalte man zur Antwort: Gegen den inneren und den äußeren Feind! Als inneren Feind betrachte man die Sozialdemokratie. Diese sei aber kein Feind des Vaterlandes, sondern nur ein Feind des heutigen Klassenstaates. Die herrschenden Klassen hätten ein Klassen-Interesse daran, die Armee immer mehr zu vermehren, theils, um ihre heutigen Privilegien zu schützen, theils um für ihre Söhne ein standesgemäßes Unterkommen zu ermöglichen. Seit Bismarck an die Spitze der preußischen Regierung trat, habe eine ständige Vermehrung des stehenden Heeres stattgefunden, was zur Folge hatte, daß unter den europäischen Staaten ein Wettrüsten und mit diesem ein Wettpumpen stattfindet. Um die neu geforderte Vermehrung des Heeres plausibel zu machen, werde der Krieg gegen zwei Fronten an die Wand gemalt, ein Schreckgespenst, berufen, angstvolle Spießbürger ins Bockshorn zu jagen. Rußland werde von Oesterreich und England im Schach gehalten, und Deutschland sei Frankreich gewachsen. Eine Vermehrung des stehenden Heeres habe weiter eine Vermehrung der Kasernenfreuden und eine enorme Steigerung der Staatsschulden zur Folge. Zur Deckung der durch die neue Vorlage entstehenden Kosten sollen Bier und Branntwein und möglicherweise auch der Tabak vertheuert werden. Die Lasten hätten also wiederum die breiten Massen der Bevölkerung zu tragen. Die zweijährige Dienstzeit und die Verjüngung der Armee sei nur dekoratives Beiwerk, um die Vorlage schmackhaft zu machen. Die Sozialdemokratie sei kein Feind der allgemeinen Wehrpflicht, wohl aber der stehenden Heere. Die Sozialdemokratie verlange eine Volkswehr im wahren Sinne des Wortes, die bedeutend werthvoller sei, als die stehenden Heere, welche die einzelnen Staaten dem Ruine entgegenführen. Ein Irrthum sei es, daß die stehenden Heere eine Bürgschaft für den Frieden seien, dieselben trügen vielmehr wesentlich dazu bei, die Kriegsgefahr zu erhöhen. Mit der Beseitigung der stehenden Heere würde auch die Kriegsgefahr beseitigt und die Völker könnten sich Kulturarbeiten hingeben, welche der heutigen Zeit würdiger seien, als die Barbarei des Krieges. Den Ausführungen des Referenten wurde rauschender Beifall gezollt. Auf die Aufforderung des Vorsitzenden Drescher meldeten sich Gegner nicht zum Worte. Nachdem noch ein Redner zur Diskussion gesprochen hatte, gelangte die Resolution des Parteitages einstimmig zur Annahme, welches Ergebniß mit lautem Beifall begrüßt wurde. Mit einem dreifachen Hoch auf die internationale revolutionäre Sozialdemokratie wurde hierauf die Versammlung geschlossen. Unter den Klängen der Arbeitermarseillaise entfernten sich die Anwesenden aus dem Saale.

Eine Versammlung von Arbeitslosen im Baugewerbe, die hauptsächlich von Malern, Anstreichern, Lackirern und verwandten Berufsgenossen zusammengesetzt war, tagte gestern, Donnerstag, Vormittag im Joël'schen Saale, Andreasstraße. An Stelle des etwas verspätet eingetroffenen Stadtverordneten Otto Klein referirte Genosse Hohlwegler. In allen Ländern, so führte derselbe aus, wo die kapitalistische Produktionsweise vorherrschend sei, nehme die Arbeitslosigkeit immer größere Dimensionen an, aber da dieselbe nicht die Folge einer momentanen Krisis sei, sondern periodisch in allen Industrieländern auftrete, müsse man die Ursachen zu ergründen suchen. Auf der einen Seite finde man als Grund die wirthschaftlichen Maßnahmen der Regierungen, auf der anderen Seite die fortschreitende Entwickelung der Technik. Dampf und Elektrizität brächten immer neue Arbeitskräfte auf die Straße. Trotz alledem habe die Verkürzung der Arbeitszeit nicht mit den „Sozialreformen" Schritt gehalten. Auf der einen Seite würden eine kleine Anzahl Arbeiter 12, 14 und 16 Stunden ausgebeutet, wogegen auf der anderen Seite viele Tausende gar keine Arbeit hätten. Aber noch mehr, die durch das Maschinenwesen entstandene Theilarbeit mache auch die Menschen zu Maschinen. Dazu komme die uneingeschränkte Lehrlingszüchterei von seiten der Unternehmer. Zugeben müsse man auch, daß die Naturereignisse vielfach Schuld seien an der Arbeitslosigkeit; aber dann müsse man erst recht die Forderung stellen, daß beispielsweise im Sommer so hohe Löhne gezahlt würden, daß man auch im Winter zu leben habe. Die indirekten Steuern auf Lebensmittel trügen die Arbeiter in demselben Maße, als die Krupp, Stumm, Bleichröder u. s. w. (Zustimmung. Rufe: noch mehr!) Dazu kämen noch die direkten Steuern, die immer mehr in die Höhe geschraubt würden. Die bürgerliche Presse sage zwar, daß die „hohen" Arbeitslöhne an den hohen Miethspreisen Schuld seien (Bewegung), aber für uns herrsche kein Zweifel darüber, daß dieselben in der zügellosen Bauspekulation ihre Ursache haben. (Zustimmung.) Für uns Arbeiter liege nur in einer Reihe die Pflicht vor, als nächstes Ziel zur Abstellung von Mißständen in allen Reihen für Aufklärung zu sorgen. Um die Masse über Wasser zu halten und um sie nicht allzu sehr der Versumpfung anheimfallen zu lassen, müsse man sie zuerst der Gewerkschaftsbewegung zuführen. Aber in Anbetracht, daß die bestehenden Mißstände nur eine Folge der privatkapitalistischen Produktionsweise sind, müsse man an Stelle der heutigen die sozialistische setzen. Dann würde alles soziale Elend verschwinden. (Lebhafter Beifall.)

Stadtverordneter Klein spricht wesentlich im Sinne des Referenten, dessen Ausführungen er durch Mittheilungen über Vorkommnisse in den gesetzgebenden Körperschaften erweitert. Auch er weist auf den Werth der Organisation in wirthschaftlicher sowie in politischer Beziehung hin. Siedecke trägt der Versammlung seine Erfahrungen vor, die er auf der Suche nach Arbeit gesammelt hat und schildert speziell Zustände im städtischen Arbeitshaus. Retzerau ist für den Anschluß an die gewerkschaftliche und politische Bewegung. Köhn meint, weder die politische noch die gewerkschaftliche Bewegung hätte den Arbeitslosen Rettung gebracht. An Stelle der neun Protest-Versammlungen gegen die Militärvorlage hätten neun Arbeitslosen-Versammlungen stattfinden müssen. Günther legte dar, daß, wie die herrschenden Klassen an allem Schuld seien, dürften sie sich auch nicht wundern, wenn dann Verbrechen vorkämen. Den Schluß der Diskussion, in der Hohlwegler und Klein alle gegentheiligen Aeußerungen unter dem Beifall der Versammlung widerlegten, bildete die Annahme einer Resolution, in der die Staats- und Kommunalverwaltungen aufgefordert werden, die öffentlichen Arbeiten in Regie zu nehmen. Außerdem verpflichtete sich die Versammlung in der Resolution, für das Gedeihen der Gewerkschaftsbewegung einzutreten, um für die politische gerüstet zu sein. Mit einem dreifachen Hoch auf die völkerbefreiende Sozialdemokratie gingen die Versammelten auseinander, auf der Straße von zahlreichen Polizeibeamten in „Ordnung" gehalten.

Kegelklub „Hintereck" jeden Freitag Abends 9 Uhr, Falkensteinstr. [illegible], Klubhaus Süd-Ost.

Musikverein „Hoffnung". Jeden Freitag Uebung Proskauerstr. [illegible] bei Schneider.

Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Tischler u. s. w. (E. H. Nr. [illegible]) Hamburg. Die Mitglieder der Ortsverwaltungen Berlins und Umgegend versammeln sich am Sonntag, den 11. Dezember cr., Nachmittags 3 Uhr, [illegible]schreiberstr. 29 bei Schöning.

Arbeiter-Bildungsschule. Freitag, Abends von 8½—10½ Uhr: Süd-Schule, Hagelsbergerstr. 43: Unterricht in Buchführung (doppelte); [illegible] Rechnen. Süd-Ost-Schule, Reichenbergerstr. 183: Deutsch (unteres); [illegible]thematik und mathematische Geographie. Ost-Schule, Markusstraße [illegible] Unterricht in Geschichte (neue). Nord-Schule, Müllerstraße 179a [illegible] richt in Deutsch (unteres); Physiologie. In alle Fächer, können Schüler und Schülerinnen, auch jetzt im Laufe des Semesters, eintreten.

Lese- und Diskutirklubs. Freitag. Karl Marx. Abends 8½ Uhr bei Grube, Mariendorferstr. 10. — Wezen, bei Hämerle, Bülowstr. [illegible] — „Holzarbeiter". Abends 8½ Uhr im Lokale des Herrn [illegible] [illegible]str. 22.

Arbeiter-Sängerbund Berlins und Umgegend. Freitag. Uebungsstunde Abends 9 Uhr. Aufnahme von Mitgliedern. Kaiser'scher Männerchor, Schönhauser Allee 28, bei Kuhlmey. — Nord, [illegible]straße 66, bei Keller. — Vorwärts I, S.O. Adalbertstr. 21, bei [illegible] — Kummer'scher Gesangverein, Langestraße 85, bei Tempel. — Buchbinder-Männerchor Berlins, Alte Jakobstraße 68, bei R. [illegible] — Maiglöckchen, Hochstr. 33a, bei Wilke. — Gemüthlichkeit [illegible] Pufer), Seydelstr. 30. — Iris, Naunynstr. 86, bei Zubeil. — [illegible] in Weißen, bei Schröder. — Blaue Schleife, in Pankow, Mühlenstr. [illegible] bei Stöhr. — Morgenroth 4, Köpenick, Müggelheimerstr. 3 bei [illegible] — Wahrheit, An der Zwölf-Apostelkirche 7b, bei Franke. — [illegible]scher Gesangverein, Lichtenbergerstr. 21, bei Heise. — „Moabit" [illegible] Wilhelmshavenerstraße 28, bei Brosch. — Freie Liedertafel, [illegible]grafenstr. 8. — Gesangverein Eintracht zu Alt- und Neu-Glienicke [illegible] Stabelhof, [illegible]straße. — Gesangverein Morgenroth [illegible] Charlottenburg, Bismarckstr. 74. — Arbeiter-Gesangverein Freies Lied I, Friedrichsberg, Friedrich-Karlstraße 11 bei Heinecke. — Gesangverein Berliner Typographia, Fischerstr. 26. — Gesangverein Nordwacht, Müllerstr. 7, bei Reichelt. — Gesangverein Schmargendorf in Schmargendorf, Wirthshaus. — Gesang- und Theaterverein [illegible] (Gem. Chor), Köpnickerstr. 1—3, bei Schweigberger. — Zukunft I, [illegible]straße, im Gambrinus. — Offenbacher Sängerkranz, [illegible] Brog. Annenstr. 9. — Gesangverein Collegia I, Manteuffelstr. [illegible] Nowacki. — Gesangverein Freiheit Moabit, Kronen-Brauerei, Moabit 47/49. — „Vereinte Sangesbrüder Moabit" Stromstr. [illegible] bei Lange.

Bund der geselligen Arbeitervereine Berlins und Umgegend. Alle Zuschriften sind zu senden an G. Schröder, [illegible]str. 29. [illegible] **Freitag:** Vergnügungsverein Grüne Tanne, Markusstr. 8. — [illegible] und Gesangverein Akazie, Köpnickerstr. 3. — Tambour-Verein [illegible] Königsbergerstr. 24. — Tambour-Verein Auf, [illegible]str. 1. — Tambour-Verein Wirbel, Gartenstr. 52.

Gesang-, Turn- und gesellige Vereine. Freitag. Männer-Gesangverein Union, Abends 9 Uhr, Berliner Bockbrauerei. — Quartettverein [illegible] Wedding, Abends 8½ Uhr, bei Schäfer, Neue Hochstr. 49. — [illegible] Waldesrauschen, Abend 9 Uhr, bei Weigt, Markgrafenstr. 87. — [illegible] Theaterverein Crescendo, Abends 9 Uhr, bei Schulz, Putbuserstr. [illegible] — Buchbinder-Männerchor, Abends 9 Uhr, Restaurant Richter, [illegible] Jakobstraße 68. — Musik-Dilettantenverein „Tonika", Abends 8½ Uhr [illegible] Schenk, [illegible]str. 39, Uebungsstunde.

Berliner Turngenossenschaft. Die erste Männerabtheilung turnt Freitag und Dienstag Abend von 8½—10½ Uhr in der Turnhalle des Lessing-Gymnasiums Pankstr. 9—10. — Turnverein Gesundbrunnen: die 1. Männer-Abtheilung turnt heute Abend von 8½—10½ Uhr in der Turnhalle des Lessing-Gymnasiums, Pankstr. 9—10.

Vergnügungsverein Esperance, Abends 9 Uhr, Rosenthalerstr. [illegible] im Restaurant. — Vergnügungsverein Veilchen, Abend 8½ Uhr, bei [illegible] Oranienstr. 183 p. — Geselliger Arbeiterverein Graphia, Abends [illegible] Alte Jakobstr. 129 (Logenhaus). — Unterhaltungsklub Schiller, [illegible] Freitag Abend 8 Uhr im Restaurant Holzbächer, Dresdenerstr. 3. — Grand. Jeden Freitag, Abends 8½ Uhr, bei Hubrich, Lübbenerstr. [illegible] Kegelklub Hintereck, jeden Freitag 8½ Uhr im Klubhaus Süd-Ost.

English Conversational Club Shakespeare. Meeting every Friday at 9 p. m. at Behrens Restaurant, Königstr. 62, Guests are welcome.

Gerichts-Zeitung.

Wegen eines erheblichen Unglücksfalls, verursacht durch durchgegangene Pferde, hatte sich der Bauerngutsbesitzer Hübner und sein Knecht Brederec vor der ersten Strafkammer des Landgerichts I zu verantworten. Im April v. J. wurden auf dem Hofe des Pferdehändlers Kupper Pferde gemustert und es ging hierbei infolge des häufigen Knallens sehr lebhaft zu. Der Wagen des Angeklagten Hübner, auf welchem dieser selbst, sowie sein Knecht Brederec saß, fuhr in diesen Hof ein und machte daselbst Halt. Hübner und Kupper begaben sich alsbald in die am andern Ende des Hofes belegene Restauration und hielten sich dort längere Zeit auf, ohne vorher die Stränge der Pferde losgemacht zu haben. Kaum waren die Pferde allein gelassen, als sie sich auch sofort in schärfster Gangart in Bewegung setzten und in einen schmalen Gang hineinrasten, in welchem sich gerade der Koppelknecht Jende befand. Die Pferde sammt dem Wagen jagten über denselben hinweg, und Jende zog sich so erhebliche innere Verletzungen zu, daß er ca. 9 Wochen lang im Krankenhause verweilen mußte. Auch heute noch klagt derselbe über Schmerzen; er kann den Fuß nicht gehörig bewegen und ist noch manchmal gezwungen, für einige Zeit seine gewohnte Beschäftigung aufzugeben. Der Angeklagte Hübner führte zu seiner Entschuldigung an, daß er sich auf seinen sonst durchaus zuverlässigen Kutscher verlassen habe. Im Uebrigen behaupteten beide Angeklagte, daß sie vorschriftsmäßig die Stränge von den Pferden losgemacht hätten. Diese Angabe wurde von verschiedenen Augenzeugen widerlegt. Der Staatsanwalt beantragte daher gegen Hübner eine Geldstrafe von 100 M., gegen Brederec eine solche von 300 M. Der Verletzte war als Nebenkläger zugelassen worden und in seinem Namen beantragte Rechtsanwalt Dr. Haase eine Buße in Höhe von 1000 M. Der Antrag wurde damit motivirt, daß immerhin eine verminderte Erwerbsfähigkeit des Verletzten vorliege. Der Gerichtshof verkündete das Urtheil dahin, daß Hübner freizusprechen sei, da er sich in der That auf seinen Kutscher verlassen durfte. Dagegen wurde Brederec zu einer Geldstrafe von 150 M. verurtheilt und dem Verletzten eine Buße von 600 M. zuerkannt.

Verantwortlicher Redakteur: Wilhelm Schröder in Berlin. Druck und Verlag von Max Bading in Berlin SW., Beuthstraße 2.